



# Landtag von Baden-Württemberg

102. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 25. Juni 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 12:52 bis 14:15 Uhr

Schluss: 18:08 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	6067	Abg. Johannes Stober SPD . . . . .	6091, 6098
Umbesetzung im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz . . . . .	6067, 6139	Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .	6092, 6098
Begrüßung des Präsidenten des Parlaments der auto- nomen Provinz Vojvodina, Herrn István Pásztor, und seiner Delegation sowie des serbischen Generalkon- suls in Stuttgart, Herrn Bozidar Vucurovic. . . . .	6091	Minister Franz Untersteller . . . . .	6093
1. Aktuelle Debatte – <b>Kein umweltgefährdendes Fracking in Baden-Württemberg</b> – beantragt von der Fraktion der SPD. . . . .	6067	<b>4. Regierungsbefragung</b>	
Abg. Rosa Grünstein SPD . . . . .	6067	4.1 <b>Engagementstrategie der Landesregierung</b> . . .	6099
Abg. Wolfgang Reuther CDU . . . . .	6069, 6074	Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	6099, 6102
Abg. Alexander Schoch GRÜNE . . . . .	6071, 6075	Ministerin Katrin Altpeter. . . . .	6100, 6101, 6102, 6103
Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .	6071, 6075	Abg. Wilfried Klenk CDU . . . . .	6100
Minister Franz Untersteller . . . . .	6072	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	6101
2. Aktuelle Debatte – <b>Wann ist Schluss mit dem durchsichtigen Land-Bund-Pingpongspiel bei den Solidaripaktverhandlungen mit den Hoch- schulen?</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/ DVP . . . . .	6075	Abg. Werner Raab CDU . . . . .	6101
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. . . . .	6075, 6085	Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU . . . . .	6102
Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .	6077, 6085	<b>4.2 Schulpolitik</b> . . . . .	6103
Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE . . . . .	6078	Abg. Georg Wacker CDU . . . . .	6103, 6109
Abg. Martin Rivoir SPD . . . . .	6081	Minister Andreas Stoch. . . . .	6104, 6105, 6106, 6107, 6109
Ministerin Theresia Bauer . . . . .	6083	Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . .	6105
3. Aktuelle Debatte – <b>Umgang mit zurückkom- menden radioaktiven Abfällen aus Wiederauf- arbeitungsanlagen: Die CDU drückt sich vor der Verantwortung ihrer jahrzehntelangen Atompolitik</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	6087	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . .	6106
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	6087, 6096	Abg. Volker Schebesta CDU . . . . .	6107
Abg. Ulrich Müller CDU . . . . .	6089, 6097	<b>5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskinder- geldgesetzes</b> – Drucksache 15/5166	
		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frau- en und Senioren – Drucksache 15/5274. . . . .	6109
		Abg. Wilfried Klenk CDU . . . . .	6109
		Abg. Thomas Poreski GRÜNE . . . . .	6110
		Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	6110
		Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	6111
		Ministerin Katrin Altpeter . . . . .	6111
		Beschluss . . . . .	6112

<p>6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>3. IQB-Länderbericht 2012 – Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP</b> – Drucksache 15/4170 (Geänderte Fassung) . . . . . 6112</p> <p>Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . . 6112, 6119</p> <p>Abg. Volker Schebesta CDU . . . . . 6114, 6119</p> <p>Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . . 6114</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . . 6115</p> <p>Minister Andreas Stoch . . . . . 6116</p> <p>Beschluss . . . . . 6120</p> <p>7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – <b>Mittlerückfluss aus dem (Landes-)Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz</b> – Drucksache 15/4682 (Geänderte Fassung) . . . . . 6120</p> <p>Abg. Thaddäus Kunzmann CDU . . . . . 6120, 6126</p> <p>Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . . 6121</p> <p>Abg. Hans-Martin Haller SPD . . . . . 6122</p> <p>Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . . 6123</p> <p>Staatssekretärin Dr. Gisela Splett . . . . . 6124</p> <p>Beschluss . . . . . 6126</p> <p>8. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – <b>Verkehrsinfrastrukturfinanzierung</b> – Drucksache 15/4283 . . . . 6126</p>	<p>Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . . 6126, 6133</p> <p>Abg. Winfried Mack CDU . . . . . 6127</p> <p>Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE . . . . . 6128</p> <p>Abg. Hans-Martin Haller SPD . . . . . 6130</p> <p>Minister Winfried Hermann . . . . . 6131</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Mai 2014 – <b>Entwurf einer Verordnung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO)</b> – Drucksachen 15/5183, 15/5270 . . . 6133</p> <p>Abg. Georg Wacker CDU . . . . . 6133</p> <p>Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . . 6135</p> <p>Abg. Klaus Käppeler SPD . . . . . 6135</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . . 6136</p> <p>Minister Andreas Stoch . . . . . 6137</p> <p>Beschluss . . . . . 6138</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 6138</p> <p>Anlage</p> <p>Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz . . . . . 6139</p>
--	--

## Protokoll

über die 102. Sitzung vom 25. Juni 2014

Beginn: 10:01 Uhr

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 102. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Ulrich Lusche erteilt.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Frau Staatsrätin Gisela Erler, Herr Minister Dr. Nils Schmid ab der Mittagspause, Herr Minister Rainer Stickelberger, Herr Minister Franz Untersteller ab 15:30 Uhr und Herr Abg. Dr. Wolfgang Reinhart.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen.

Eine Zusammenstellung der Eingänge liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rechnungshofs vom 2. Juni 2014 – Beratende Äußerung „Förderung von großen Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Personennahverkehr“ – Drucksache 15/5290

Überweisung an den Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

2. Mitteilung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren vom 11. Juni 2014 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg – Drucksache 15/5337

Überweisung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Kein umweltgefährdendes Fracking in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD**

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten mit der üblichen Abfolge festgelegt, wo-

bei ich auch die Mitglieder der Landesregierung bitte, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erteile ich Frau Kollegin Grünstein für die SPD-Fraktion.

**Abg. Rosa Grünstein** SPD: Guten Morgen, Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren!

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Guten Morgen!)

Eigentlich dachte ich, das Thema Fracking sei für uns erledigt. Dann kamen jedoch plötzlich ganz viele Luftblasen auf, die munter verbreitet werden. Deshalb ist es uns ein Anliegen, hier noch einmal für Klarheit zu sorgen.

Selbst in der renommierten „Zeit“ finden sich Überschriften in dieser Größenordnung.

(Die Rednerin hält einen Zeitungsausschnitt hoch.)

Dass sich Zeitungen, die eigentlich als seriös gelten, auf diesen Zug geschwungen haben, ist sehr bedauerlich. Da berichtet z. B. – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten – die „Süddeutsche Online“:

*Gesetzemachen im WM-Taumel – Fracking soll legalisiert werden*

*Noch vor der parlamentarischen Sommerpause will die Bundesregierung Fracking, die Förderung von Schiefergas, in Deutschland erlauben und die Bedingungen dafür festlegen. Im vergangenen Jahr war die Einführung des Frackings gescheitert, Bayern stellte sich gegen die Pläne der Bundesregierung. Die Umweltminister der Länder sprachen sich nach einer gemeinsamen Konferenz im Mai geschlossen gegen Fracking aus.*

*Doch angesichts der Krise in der Ukraine und der Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas will Gabriel die umstrittene Fördermaßnahme nun trotzdem legalisieren. Dafür soll eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Verbot in Wasserschutzgebieten für die Genehmigung ausreichen.*

So der Minister gemäß der „Süddeutschen Online“. Das ist allerdings durch nichts, durch gar nichts belegbar und ist deshalb unter „Storytelling“ abzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Storytelling!)

(Rosa Grünstein)

Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt eine reißerische Überschrift: „Fracking im Eiltempo“. In einer kurzen Notiz schreibt sie darunter:

*Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel treibt das Gesetz zur Erdgasgewinnung gegen den Widerstand von Parteifreunden voran.*

Das ist ein reißerischer Titel, der sich jedoch im Laufe des Artikels sehr relativiert. Allerdings haben die Herrschaften von der Beteiligungsplattform Campact wahrscheinlich nur die Überschrift gelesen und nicht weitergelesen, denn unter dem Titel „Fracking im Eilverfahren“ verweisen sie auf die „Frankfurter Rundschau“:

*Weil das Fracking-Gesetz im letzten Jahr am breiten Widerstand der Bevölkerung scheiterte, will Gabriel die umstrittene Technologie jetzt im Schatten der Fußball-WM durchdrücken.*

Wenn die Herrschaften von Campact wirklich lesen könnten, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass zwar der Titel, jedoch nicht der Artikel inhaltlich richtig wiedergegeben wurde. Man sollte vielleicht doch immer bis zum Ende lesen. Richtig ist, wie die „Frankfurter Rundschau“ schreibt, dass auch das Haus Gabriel sagt,

*„umwelttoxische Substanzen“ sollten bei der Anwendung „nicht zur Anwendung kommen dürfen“.*

Hätten die Leute von Campact das gelesen, hätten sie sich vielleicht etwas besser ausgedrückt.

Entgegen sich zurzeit häufenden Pressemeldungen will Sigmar Gabriel während der Fußball-WM kein „Fracking-Ermöglichungsgesetz“ im Eiltempo durchdrücken. Das ist reine Panikmache. Das Prinzip für die Regulierung von Fracking ist: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Gründlichkeit heißt aber auch, zu differenzieren und klar zu sagen, wofür man eigentlich ist. Ist man gegen die Schiefergasförderung mithilfe von umwelttoxischen Substanzen? Bundesumweltministerin Hendricks hat sich grundsätzlich gegen diese Technologie ausgesprochen. „Fracking ist die falsche Antwort auf unsere Energiefragen“, sagt sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Sehr gut!)

Ist man gegen die Methode zum Aufsprengen von Gestein – also gegen Fracking –, die z. B. auch in der Tiefengeothermie zum Einsatz kommt? Warum ist es anscheinend so schwer, zu unterscheiden, dass bei der Geothermie eben keine umwelttoxischen Substanzen verwendet werden müssen, dass dies also nur scheinbar das Gleiche ist? Dies ist auf gar keinen Fall vergleichbar.

Das Bundesministerium für Wirtschaft sagt:

*Der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit hat absoluten Vorrang. Daher wird auch der Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie abgelehnt.*

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Aha!)

Fakt ist: Ebenso wie die zuständige Fachministerin Barbara Hendricks ist auch Sigmar Gabriel gegen den Einsatz von umwelttoxischen Substanzen bei der Förderung von Gas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels der Fracking-Technologie. Damit liegt er mit uns auf einer Linie, siehe Antrag Drucksache 15/3976 – Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland.

Er bewegt sich auch in den Grenzen der Vereinbarung des Koalitionsvertrags. Kurz zusammengefasst steht da: Der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit hat absoluten Vorrang. Umwelttoxische Substanzen dürfen beim Fracking nicht zur Anwendung kommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Gerade die Risiken des unkonventionellen Frackings, insbesondere bei der Schiefergasförderung, sind zurzeit nicht abschätzbar. Eine kommerzielle Nutzung dieser Technologie kommt vor diesem Hintergrund bis auf Weiteres nicht in Betracht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb begrüßen wir den gemeinsamen Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, mit dem sich das Bundeskabinett nach den parlamentarischen Sommerferien befassen wird.

Klar muss aber auch sein: Die Förderung von Kohlenwasserstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking – sollte dies irgendwann ohne den Einsatz umwelttoxischer Substanzen möglich sein – ist kein Ersatz für den Umstieg auf erneuerbare Energien. Denn auch Kohlenwasserstoffe in unkonventionellen Lagerstätten sind fossile Brennstoffe und damit endlich.

Gabriel selbst hat sich gleich in mehreren Interviews dazu geäußert. Die „Bild“ fragt ihn: „Brauchen wir Fracking in Deutschland?“ Gabriel antwortet:

*Nach meiner Überzeugung ist das Risiko für Mensch und Umwelt mit den heutigen Techniken einfach zu hoch. Aber die Unternehmen forschen ja an einer besseren Technologie. Die Ergebnisse werden wir uns anschauen müssen.*

Beim Interview von Greenpeace wird gefragt:

*Beim Fracking werden große Mengen Wasser und Chemikalien in tiefliegende Schieferschichten gepresst, um das darin gebundene Gas freizulegen und zu fördern. Mit den Ressourcen könnte Deutschland seinen Erdgasbedarf zwölf Jahre lang decken. Eine gute Idee?*

Gabriel sagt:

*Nein, nach allem, was wir gegenwärtig darüber wissen, sollte man davon die Finger lassen.*

Das ist doch sehr deutlich.

„Frankreich hat Fracking verboten“, sagt Greenpeace. „Fördern Sie das auch für Deutschland?“ Gabriel sagt:

*Solange es technologisch nötig ist, Chemikalien in den Boden zu pressen, die dann drohen, ins Grundwasser ein-*

(Rosa Grünstein)

*zudringen, sollten in Deutschland ... keine Genehmigungen erteilt werden.*

„In einem Leitlinienpapier der SPD heißt es ..., Fracking in Deutschland solle ‚möglich bleiben‘“, sagt Greenpeace. Gabriel sagt dazu:

*In unserem Wahlprogramm fordern wir einen Verzicht auf das Fracking, „bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen“ sind. Ich bin kein Hellseher und weiß nicht, ob Fracking irgendwann ohne Chemikalien möglich ist.*

Hilfreich in diesem Nachrichtenwirrwarr der letzten Wochen waren auch die Aussagen der ja nicht ganz unmaßgeblichen Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wer ist das? – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

die betont, dass es mit ihr kein Fracking geben wird. Nordrhein-Westfalen ist das Land, in dem natürlich die meisten Möglichkeiten dafür bestehen würden. Aber da sie noch sehr lange regieren wird, gehe ich davon aus, dass ihr Wort auch im Bund Gewicht haben wird.

Der Einzige übrigens, der immer noch glaubt, dass Fracking unsere Energieprobleme lösen könnte, ist Herr Energiekommissar Oettinger.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Oje, oje!)

Lassen Sie uns nun also in aller Ruhe den für die Zeit nach der Sommerpause angekündigten Entwurf von Eckpunkten und Gesetz aus dem Hause Hendricks abwarten. Es gibt keine Äußerungen, die darauf hindeuten, dass sie anders aussehen als bereits angekündigt.

Lassen Sie uns hier und heute wiederholt festhalten: Baden-Württemberg will und braucht keine unkonventionelle Gasförderung. Ein solches Strohfeuer würde einige wenige Jahre nützen. Es würde uns eher beim Eiltempo des Umbaus, der Energiewende behindern und die nachfolgenden Generationen mit weiteren Problemen belasten, die für die Landschaft unerträglich wären.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und was soll uns das jetzt sagen?)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Reuther.

**Abg. Wolfgang Reuther** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben inzwischen hier im Landtag zahlreiche Diskussionen über Fracking geführt – bemerkenswerterweise zum Teil sehr einhellig, was wir alle begrüßen –, nicht zuletzt am 28. Juni 2012, als wir hier eine gemeinsame, über alle Fraktionen hinweg reichende Beschlussfassung vorgenommen haben, nämlich die Landesregierung beauftragt haben, zum einen auf Bundesebene auf ein Moratorium zur Verhinderung des Einsatzes umwelttoxischer Stoffe bei der Erschließung von Gasvorkommen in unkonventionellen Gesteinsschichten hinzuwirken und zum anderen auch

eine Änderung des Bergrechts herbeizuführen, um eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung zu veranlassen, sobald Fracking irgendwo zum Einsatz kommen soll.

Wir hatten Fracking im Bereich der Trinkwassergewinnung, insbesondere in Wasserschutzgebieten, kategorisch ausgeschlossen und hatten auch ein generelles Einvernehmen darüber erzielt, ein Vetorecht für die Wasserbehörden beim Einsatz von Fracking einzuführen.

So war für uns von der CDU eigentlich alles besprochen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

und wir sagten: „Hoppla! Hierüber bräuchten wir doch eigentlich die nächsten Jahre nicht mehr zu diskutieren.“

Aber bereits im Juni 2013 haben wir hier schon wieder über Fracking diskutiert. Damals war es der hochgeschätzte Kollege Müller, der vor der Bundestagswahl ein wahltaktisches Kalkül vermutete, was ich persönlich natürlich von vornherein ausschließe.

(Heiterkeit bei der CDU)

Eine weitere Diskussion hatten wir hier zuletzt vor wenigen Wochen, im April. Damals hat hier der Kollege Lusche gesprochen. Vermutlich war das Ankündigen der Bundesministerin Hendricks geschuldet, dass man jetzt auf Bundesebene wohl noch in diesem Jahr zu einer einheitlichen Lösung kommen sollte mit einer Änderung des Bergrechts, nämlich ebendieser obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung und auch dieses Verbots des Einsatzes umwelttoxischer Stoffe bei Fracking.

Wir hatten damals hier im Landtag noch darauf hingewiesen: Dies gilt ausdrücklich, solange die Risiken nicht absehbar und nicht abschätzbar sind. Dazu komme ich nachher noch. Da sind wir seitens der CDU inzwischen schon einen ganzen Schritt weiter, was ich für durchaus bemerkenswert halte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir hatten ein wenig den Eindruck, nachdem Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein durch ihre Minister Anfang des Jahres eine Bundesratsinitiative anstrengen wollten, um genau diese Dinge umzusetzen, dass man sich hier im Land seitens Grün-Rot etwas als Getriebene sah und dass man deshalb reagieren musste und deshalb auch eine erneute Diskussion entfachte. Herr Lusche vermutete damals, dass vor allem die Grünen darum bangen, dass sie ihre Vormachtstellung bei der Diskussion über Fracking und ihr selbst reklamiertes Ausschließlichkeitsprinzip verlieren würden. Ich zitiere hier nur meinen Kollegen Lusche.

So hatte man schon ein wenig den Eindruck, dass man beim Wettlauf um die Gunst einer etwas verschreckten und eingeschüchterten Öffentlichkeit bundesweit und hier im Land natürlich nicht hintendran bleiben durfte. Da durften SPD und Grüne natürlich ebenfalls nicht fehlen, denn auch ein wenig Aktionismus kann in dieser Beziehung sicherlich nicht schaden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Baden-Württemberg war immer ein technologieoffenes und -freundliches Land. Aber ich habe den Eindruck, liebe Kolle-

(Wolfgang Reuther)

ginnen und Kollegen, dass wir dies bei der Fracking-Diskussion von Anfang an niemals waren.

Da gefällt mir eine durchaus differenzierte Diskussion schon besser – die Kollegin Grünstein hat es erwähnt –, wie sie jetzt gerade auch in Niedersachsen geführt wird, wo es darum geht, dass Tight Gas aus Sandsteinschichten in 2 500 m Tiefe durchaus weiterhin mithilfe der Fracking-Methode gefördert werden darf, aber die Schiefergasförderung eben per se ausgeschlossen wird. Hier geht es um den Einsatz von Chemikalien mit Gefährdungsstufen. Das heißt, hier wird eigentlich auf einem qualitativ recht hohen Niveau diskutiert. Dies führt in dieser Diskussion zu einer Versachlichung, die mir im Land, aber auch bundesweit bei diesem Thema oftmals deutlich fehlt, was auch die Bevölkerung nachhaltig verunsichert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was sagen Sie zu Oettinger?)

– Dazu komme ich gleich. Wegen Ihnen würde ich da sogar eine kleine Parenthese vornehmen, Kollege Schmiedel.

Besondere Verwunderung hat bei uns ausgelöst, dass wir heute, auch noch von der SPD initiiert, wiederum über dieses Thema diskutieren, nachdem sich offensichtlich zwischen den beiden SPD-geführten Ministerien im Bund eine Einigung abzeichnen scheint. Die Referentenentwürfe werden abgestimmt und sollen vielleicht sogar schon in diesem Jahr zu gesetzlichen Regelungen führen, die mir auch sinnvoll erscheinen.

Aber ganz offensichtlich ist man seitens der Landes-SPD nun doch etwas aufgeschreckt durch einen Brief, den Bundesminister Gabriel Ende Mai an Frau Dr. Gesine Löttsch, die Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag, geschrieben hatte und der Anlass für diese wilden Spekulationen gegeben hat.

Es geht hier um die Änderung – nach unserem Dafürhalten eigentlich eine völlig banale Geschichte – der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung in bergbaulichen Vorhaben und um eine Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes – die Kollegin Grünstein hat es bereits ausgeführt –, also um Dinge, die wir hier selbst schon gefordert und beschlossen hatten.

Aber wenn nun so wilde Spekulationen aufkommen, dann muss das wahrscheinlich schon auf irgendwelche missverständlichen Forderungen zurückzuführen sein. Das liegt offensichtlich auch daran, dass ausdrücklich in diesem Brief drinstand, dass die Erlaubnis der Wasserbehörde bei Fracking erforderlich sei und dass ein Verbot dieses Vorhabens in Wasserschutzgebieten greifen sollte; weiter gehende Anforderungen an Fracking-Genehmigungsverfahren würden noch intern geprüft.

Daraus haben natürlich viele schon geschlossen: Jetzt kann es überall sonst, auf 86 % der Landesfläche, erfolgen. Wir hatten nur gehofft, dass dem mitnichten so sei. Sie haben es jetzt heute nochmals bestätigt, und wir gehen davon aus, dass dies auch Minister Gabriel oben in Berlin vernommen hat.

Sie haben gefragt: „Was hat Herr Oettinger gesagt?“ Bei Oettinger wissen wir wenigstens, von was er spricht und was er davon hält. Da ist die Meinung eindeutig.

(Beifall bei der CDU)

Selbst Kollege Hahn sprach von einem „Fracking-Ermöglichungsgesetz“, und deshalb musste auch Frau Ministerin Hendricks gleich zurückrudern. Sie hatten auch erwähnt, dass sie in einem Interview noch einmal klar strenge Fracking-Regeln vorgab und hierbei auch noch einmal darauf hinwies, dass diese selbst für Forschungszwecke gelten.

Aber wir fragen uns natürlich schon: Wie läuft denn die Abstimmung zwischen den SPD-Ressorts auf Bundesebene, und wie läuft die Abstimmung hier zwischen Landes- und Bundes-SPD? Ganz offensichtlich haben wir den Eindruck, dass die SPD im Land ein bisschen die Sorge hatte, dass diese wenig klar definierten Äußerungen des Bundesministers Gabriel den Fraktionsfrieden hier im Land doch deutlich belasten können, und darum führen wir heute auch diese Diskussion.

Wir seitens der CDU können hier nur sagen: Wir haben schon seit Anfang dieser Diskussion hier in Baden-Württemberg eine klare Haltung, die wir nach wie vor vertreten. Wir halten an den gefassten Beschlüssen vom Juni 2012 fest, und wir unterstützen auch ganz klar die Vereinbarungen zwischen den Koalitionsfraktionen auf Bundesebene, das heißt: keine Fracking-Technologie bei unkonventioneller Erdgasgewinnung unter Einsatz von umwelttoxischen Stoffen, und zwar generell und nicht nur so lange, wie die Risiken nicht geklärt sind. Auch stellen wir klar heraus: Trinkwasser und Gesundheit haben für uns bei dieser Diskussion absoluten Vorrang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wissen auch, dass alle unsere Bemühungen dem Besorgnisgrundsatz des Wasserhaushaltsgesetzes geschuldet sein müssen. Auch hier bedarf es dann eines Vetorechts für unsere Wasserbehörden. Ebenso darf keine Entsorgung des Flowback aus Fracking-Vorgängen mit umwelttoxischen Chemikalien in Versenkungsbohrungen erfolgen und muss eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden.

Wir wollen auch das Bergrecht dahin gehend erweitert wissen, dass das Schadensverursacherprinzip auch für die Gasförderung gilt. Wir wollen eigentlich auch umgesetzt wissen, dass hier eine Beweislastumkehr zugunsten des Geschädigten erfolgen sollte.

Wir wollen, wie eingangs erwähnt, das Trinkwasser durch ein Vetorecht der Wasserbehörden geschützt wissen. Wir fordern deshalb Minister Gabriel noch einmal zu einer Präzisierung seiner Aussage auf, vor allem was einen strengen Gebietschutz anbelangt – nämlich nicht nur in Wasserschutzgebieten, sondern auch in allen Gebieten der öffentlichen Wasserentnahme und der Trinkwasserversorgung genauso wie bei der privaten Trinkwasserversorgung.

Mit dieser klaren Haltung stellen wir uns immer wieder gern und leidenschaftslos einer vernünftigen, zielgerichteten Diskussion über das Thema Fracking – wo auch immer, wann auch immer, sogar heute.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Schoch.

**Abg. Alexander Schoch** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in diesem Haus schon sehr häufig über das Thema Fracking unterhalten – verschiedentlich mit unterschiedlichen Positionen. Wir fanden zu diesem Thema oftmals aber auch sehr viele Gemeinsamkeiten.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Dieses Thema wurde jetzt in den Medien mehrfach aufgegriffen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Bezug zur Fußball-WM aufnehmen. Denn meiner Meinung nach versucht die schwarz-rote Bundesregierung, im Schatten der WM nun das Fracking per Gesetz zu erlauben

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was sind denn das für Vorwürfe? Das ist doch absurd!)

und alle Bedenken „wegzubeißen“. Wir wollen dem Fracking – sei es mit oder ohne gefährliche Chemikalien – die rote Karte zeigen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

In Zeiten des Klimawandels und der Energiewende brauchen wir in Deutschland keine Reglementierung einer risikoreichen Gasfördermethode, sondern stattdessen einen konsequenten weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, mehr Energieeinsparung, mehr Energieeffizienz. Wir brauchen ein eindeutiges Verbot von Fracking.

(Beifall bei den Grünen)

Wir hoffen, dass dieses grobe Foulspiel der schwarz-roten Bundesregierung

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Foulspiel!)

gegenüber Mensch und Umwelt durch den Bundesrat geahndet wird. Wir begrüßen daher den Entschließungsantrag, den die Länder Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hessen zur Aufnahme eines Verbots des Frackings ins Bergrecht in den Bundesrat eingebracht haben.

Wir wollen diese Risikotechnologie nicht und bekräftigen mit unserer Ablehnung die Haltung der Bodenseeanrainerländer und -kantone. Es gibt Beschlüsse der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee, der Regierungschefs der Internationalen Bodensee Konferenz, der Parlamentarier-Konferenz Bodensee sowie Beschlüsse der Bundesländer und der Kantone, wonach es im Bodenseeraum kein Fracking geben darf.

In Frankreich z. B. wurde das Fracking verboten. Das Verfassungsgericht in Frankreich hat dieses Fracking-Verbot auch bestätigt.

Nach dem Ergebnis einer Umfrage von Emnid im Mai dieses Jahres wünschen sich 66 % der befragten Bundesbürger eine Reglementierung – nicht nur eine Reglementierung, sondern ein eindeutiges Verbot von Fracking.

Darum fordern wir klare gesetzliche Regelungen für ein Verbot von Fracking. Fracking steht abseits, spielt grob foul und gehört vom Platz gestellt.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch von mir klare Worte. Ich unterstütze den Titel dieser Aktuellen Debatte „Kein umweltgefährdendes Fracking in Baden-Württemberg“. Genauso wenig möchte ich umweltgefährdendes Fracking irgendwo anders haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Zweite Aussage: Wir wollen kein Fracking am Bodensee. Genauso wenig wollen wir Fracking an irgendeiner anderen Stelle haben, wo Trinkwasser gefährdet werden könnte. Aber dafür brauchen wir strenge Regeln.

(Zurufe von den Grünen)

Wir brauchen strenge Regeln und strengere Gesetze als die, die derzeit gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn bis heute gibt es kein Fracking-Verbot in Wasserschutzgebieten. Es gibt bis heute kein generelles Fracking-Verbot

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das lag an Ihrer Bundesregierung!)

in Wasserschutzgebieten, und es gibt bis heute keine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung für jede Bohrung.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Genau diese beiden Punkte fordern wir: in Wasserschutzgebieten Fracking zu verbieten und überall sonst bei jeder Bohrung eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

In diesem Zusammenhang muss ich der SPD schon sagen: Ich verstehe nicht, wie man an dieser Stelle stolz darauf sein kann, dass bis jetzt noch kein Fracking-Gesetz gemacht oder konkretisiert wurde.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Denn wir brauchen ein Fracking-Gesetz, das deutlich strengere Regeln beinhaltet. Ich glaube, darüber herrscht Einigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Johannes Stober SPD: Wer war denn vier Jahre Bundeswirtschaftsminister? – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich.)

– Sehr geehrter Herr Stober, Sie wissen ganz genau, dass es einen Gesetzentwurf gab, der von der CDU leider nie eingebracht wurde.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Glück, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Sehr gern.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ihre Ungeduld kann ich verstehen. Aber warum hat es eigentlich die letzte Bundesregierung, an der die FDP ja beteiligt war, nicht geschafft, dass es hier zu einer vernünftigen Regelung, nämlich zu einem Fracking-Verbot, kommt?

Ich habe das Herumgeeiere zwischen FDP und CDU im letzten Jahr sehr wohl nachvollzogen. Wir sind ein Jahr weiter, sind aber in dieser ganzen Angelegenheit noch kein Stück vorangekommen. Das ist für alle in Baden-Württemberg eigentlich unbefriedigend.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Werter Herr Kollege, ich glaube, Sie verwechseln da etwas. Sinnvoll ist nicht ein generelles Verbot überall – zu diesem Punkt komme ich noch –, sondern es geht zunächst einmal darum, Fracking in Wasserschutzgebieten generell zu verbieten

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und ansonsten eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Genau das war der Gegenstand der Diskussion unter der letzten Bundesregierung; sie kam aber insoweit nicht durch. Ich denke, jetzt haben SPD, CDU und CSU die Möglichkeit, das Ganze auf Bundesebene durchzusetzen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Jetzt schauen wir einmal, was passiert.

Ich möchte Ihnen an diesem Punkt auch ganz ehrlich sagen, warum ein generelles Verbot von Fracking gar keine geeignete Maßnahme wäre. Alle im Landtag vertretenen Fraktionen fordern moderne Gaskraftwerke. Das beinhaltet aber auch, dass wir das Gas benötigen, um diese Gaskraftwerke betreiben zu können. Ich frage Sie einmal unabhängig von der politischen Situation – der Ukraine-Krise und dem Gasstreit mit Russland –: Sind Sie sich denn sicher, dass das Gas in Russland so umweltverträglich gefördert wird, dass wir beim Thema „Unkonventionelle Gasförderung“ von vornherein prinzipiell die Tür zuschlagen und das Ganze generell für alle Zeiten verbieten sollten? Dieser Meinung bin ich nicht. Nur die Augen zu verschließen und so zu tun, als gäbe es kein Problem, weil das Problem anderswo besteht, ist doch auch scheinheilig.

Deswegen sage ich ganz klar – da war ich von den Worten von Herrn Gabriel, so, wie sie zitiert wurden, gerade positiv überrascht –: Ja, wir brauchen Forschung in diesem Bereich. Das ist richtig. Wir sind jetzt beim Thema „Unkonventionelle Gasförderung“ schon sehr weit. Wir sind mittlerweile bei Gemischen, die 94,5 % Wasser, 5 % Sand und einen Anteil von 0,5 % an Chemikalien beinhalten. Übrigens könnte eine der Chemikalien Propangas sein, also eine Chemikalie, mit der man klarkommt.

Es zeigt sich: Man ist beim Fracking schon sehr weit, und Forschung an dieser Stelle lohnt sich definitiv. Deswegen sage ich Ihnen ganz ehrlich: Einfach nur die Tür zuzuschlagen und so zu tun, als ob es jetzt etwas ganz Böses wäre, das sollten wir nicht tun.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte eigentlich gar nicht verstanden, warum wir hier schon wieder diese Fracking-Debatte führen. Jetzt weiß ich es: Es geht um eine Reinwaschung. Es geht nicht etwa um das Aufgreifen von Ängsten der Menschen, sondern es geht wohl offensichtlich um die Reinwaschung von Gabriel, der im Bereich des Frackings sehr unglücklich agiert hat. Ich würde doch darum bitten, dass wir uns in Zukunft in erster Linie auf landespolitische Themen konzentrieren. Ich bin gespannt, wie oft wir in nächster Zeit noch über Fracking sprechen werden. Die SPD zieht die Debatte ja immer wieder hoch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Herr Umweltminister Untersteller.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Es ist bereits erwähnt worden: Das Thema Fracking war schon mehrfach Gegenstand von Debatten hier im Haus. Lassen Sie mich vorweg sagen: Maßstab für das Handeln der Landesregierung sind der Schutz und die Sicherheit von Mensch und Umwelt bei uns im Land. Das hat auch beim Thema Fracking für uns absolute Priorität.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich eines auch sagen: Ein wenig wundere ich mich über die bisherige Debatte. Warum? Wenn man einmal den Pulverdampf – da meine ich jetzt alle Seiten, nicht nur die Opposition –

(Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

ein bisschen auf die Seite schiebt, dann muss man doch feststellen: Wir hatten hier im Haus in der Vergangenheit einen großen Konsens und haben ihn – ich sage dazu: Gott sei Dank – bis heute, dass wir Fracking unter Einsatz umwelttoxischer Substanzen ablehnen und dass wir alles dafür tun wollen, dass Fracking nicht praktiziert wird. Das ist der große Konsens in diesem Haus, und ich bin erst einmal froh, dass es so ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Unser Ziel, meine Damen und Herren, ist es daher, dass Fracking unter Einsatz solch umwelttoxischer Substanzen schnellstmöglich verboten wird. Hierfür setzen wir, die Landesregierung, uns mit Nachdruck ein.

Wir haben erst im April dieses Jahres im Landtag auf Anregung der beiden Koalitionsfraktionen einen Beschluss mit dem Ziel gefasst, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene aktiv dafür einsetzen soll, dass das Bergrecht des Bundes geändert wird. Dabei sollen in Deutschland keine Bohrungen mit Anwendung der Fracking-Methode mit umwelttoxischen Stoffen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten zulässig sein.

Außerdem soll eine gesetzliche Regelung geschaffen werden – so die Forderung in diesem damals verabschiedeten Beschluss –, die eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprü-

(Minister Franz Untersteller)

fung – das ist eben auch schon vom Kollegen Reuther angesprochen worden – mit entsprechender Bürgerbeteiligung vor jeder Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking vorsieht.

Seither, meine Damen und Herren, hat sich einiges getan. Lassen Sie mich vorweg kurz auf die Konzessionen in Baden-Württemberg eingehen. In Baden-Württemberg gibt es derzeit zwei Konzessionsfelder: das Konzessionsfeld Konstanz und das Konzessionsfeld Biberach. Die Erlaubnisse wurden meines Wissens 2008/2009, damals unter Ihrer Regierung, erteilt, und sie wurden im Dezember 2013, sprich in unserer Regierungszeit, verlängert.

Diese Aufsuchungserlaubnisse berechtigen – um es einmal deutlich zu sagen – lediglich zu Schreibtischarbeit. Sie erlauben keine Probebohrungen, und sie erlauben erst recht nicht darüber hinausgehende Tätigkeiten, sondern sie erlauben – um es noch einmal deutlich zu sagen – lediglich die Auswertung von heute bekannten Datengrundlagen am Schreibtisch. Aber sie erlauben auf keinen Fall irgendwelche Maßnahmen, die mit Fracking zu tun haben. Anders – das will ich auch dazusagen – hätte die Genehmigungsbehörde, in diesem Fall das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau im Regierungspräsidium Freiburg, auch nicht entscheiden können, da sie in dieser Frage an das geltende Bundesberggesetz gebunden ist.

Meine Damen und Herren, die Situation, die ich gerade geschildert habe, zeigt, dass wir dringend eine Novellierung des Bundesberggesetzes anstoßen müssen. Ziel ist ein Verbot des Frackings zur Aufsuchung und Förderung von Kohlenwasserstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten unter Einsatz umwelttoxischer Stoffe. Das gilt in einem Land, in dem rund vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ihr Trinkwasser aus einem See, in diesem Fall dem Bodensee, beziehen, umso mehr. Ich kenne eigentlich europaweit keinen vergleichbaren Fall.

Im Übrigen, Herr Kollege Glück, geht es nicht nur um Wasserschutzgebiete. Es gibt auch Situationen, in denen aus Oberflächengewässern Trinkwasser gewonnen wird; das geschieht auch in unserem Land. Die Landeswasserversorgung entzieht der Donau Rohwasser für die Trinkwassergewinnung. Deshalb greift Ihre Forderung, sich auf Trinkwassergebiete zu beschränken, aus meiner Sicht zu kurz.

Ein zweiter Punkt zu dem, was bisher passiert ist: Im Mai dieses Jahres fand in Konstanz die Umweltministerkonferenz statt. Sie tagte unter meinem Vorsitz. Auf dieser Umweltministerkonferenz wurde ein Antrag, den wir mit eingebracht haben, beraten und zur Beschlussfassung gestellt. Die UMK hat einstimmig – ich betone: einstimmig – beschlossen, dass Fracking zur Aufsuchung und Förderung von Kohlenwasserstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten unter Einsatz umwelttoxischer Substanzen zu verbieten ist, und hat angeregt, das Bundesberggesetz zu novellieren. Es gab darüber hinaus Protokollerklärungen zur entsprechenden Anpassung des Wasserhaushaltsgesetzes auf Bundesebene, die wir auch unterstützt haben.

Des Weiteren hat die UMK gefordert, dass es, wenn eine Novellierung des Bundesberggesetzes vorgenommen wird, hier

zukünftig mehr Transparenz gibt, dass für die Beteiligungsrechte Dritter Verbesserungen geschaffen werden und dass eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung in das Bundesberggesetz eingezogen wird.

Auch auf Bundesratsebene ist die Landesregierung aus Baden-Württemberg aktiv. Das Kabinett hat gerade gestern in seiner Kabinettsitzung beschlossen, gemeinsam mit den beiden Ländern Schleswig-Holstein und Hessen eine Bundesratsentschließung einzubringen. Diese fordert Änderungen im Bundesberggesetz und insbesondere die Einführung eines Verbotstatbestands für das Fracking zur Aufsuchung und Förderung von Kohlenwasserstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten unter Einsatz umwelttoxischer Stoffe.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ferner soll bei einer Novellierung des Bundesberggesetzes dem Umweltschutz neben der Rohstoffgewinnung Bedeutung zuerkannt und der Beteiligung der Öffentlichkeit stärker Rechnung getragen werden, als es bisher der Fall ist, sowie für alle Vorhaben zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung eingeführt werden. Dieses ist Gegenstand der erwähnten Entschließung, die die drei Länder gemeinsam im Bundesrat einbringen werden.

Meine Damen und Herren, wir haben in Baden-Württemberg – das hat man damals vielleicht leicht übersehen – mit der Novelle des Landeswassergesetzes, die wir im vergangenen Jahr hier im Landtag beschlossen haben und die im Dezember letzten Jahres in Kraft getreten ist, bereits sichergestellt, dass tiefe Bohrungen, wie sie für das Fracking nun einmal nötig sind, dem wasserrechtlichen Regime unterworfen sind. Dies ist mit der Novelle des Wassergesetzes vom Dezember letzten Jahres eingezogen worden. Damit gilt der Besorgnisgrundsatz: Eine wasserrechtliche Erlaubnis ist immer dann erforderlich, wenn Bohrungen in den Grundwasserleiter eindringen und diesen durchstoßen. Aufgrund dieser Norm kann auch der Einsatz wassergefährdender Stoffe wie z. B. Frackingflüssigkeit ausgeschlossen werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Minister, mir liegen zwei Zwischenfragen vor, eine Frage des Kollegen Nemeth und eine Frage des Kollegen Glück. Möchten Sie diese zulassen?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Ich lasse sie gern zu. Lassen Sie mich aber zuvor noch zwei Sätze sagen.

Jetzt ist aus meiner Sicht, nachdem diese Dinge mit dem Entschließungsantrag, den ich erwähnt habe, auf den Weg gebracht wurden, aber auch mit den Beschlüssen, die die Umweltministerkonferenz gefällt hat, der Bund in der Pflicht, die Konsequenzen zu ziehen, das Bundesbergrecht zeitgemäß zu novellieren und endlich ein flächendeckendes Fracking-Verbot umzusetzen, um Bürgerinnen und Bürger sowie auch die Umwelt vor negativen Folgen und den Risiken des Frackings zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich kann Ihnen versichern, dass wir, die Landesregierung, uns weiterhin auf allen Ebenen diesem Ziel, das ich jetzt mehr-

(Minister Franz Untersteller)

fach angesprochen habe, verpflichtet fühlen und uns dafür einsetzen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Damit zu den Zwischenfragen.

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Nemeth.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Herr Minister, ich würde Ihnen gern eine Frage stellen, die Sie hier im Parlament vor einem Jahr schon einmal nicht beantwortet haben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es geht um die Frage, ob Sie – da reicht ein Ja oder ein Nein – dafür sind bzw. es befürworten würden, Fracking mit nicht toxischen Chemikalien zuzulassen.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Ich habe eben angesprochen: Derzeit kennt man Fracking zur Aufsuchung von unkonventionellen Lagerstätten nicht, ohne dass umwelttoxische Substanzen und Chemikalien eingesetzt werden. Das steht auf der Tagesordnung.

Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen – immerhin ein Beratungsgremium der Bundesregierung – hat in einem vor wenigen Monaten veröffentlichten Gutachten noch einmal deutlich gemacht, dass, solange die Situation so ist, Fracking verboten werden soll.

Zweitens: Auch unter energiepolitischen Gesichtspunkten – da unterscheide ich mich grundlegend von Günther Oettinger – empfehle ich, einmal einen Blick in das von mir zitierte Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen zu werfen. Warum? Der Sachverständigenrat für Umweltfragen führt deutlich aus, dass die Potenziale, die es in Deutschland in Sachen Fracking im Bereich des unkonventionellen Gases wohl gibt, im Verhältnis zu den Risiken so aussehen, dass es sich überhaupt nicht lohnt, diesen Weg zu gehen, und empfiehlt deshalb, in Deutschland auf Fracking zu verzichten.

Deswegen geht es hier, glaube ich, nicht nur um das Thema „Umwelttoxische Substanzen“, sondern letztendlich muss man das Ganze auch einmal energiepolitisch bewerten und prüfen, ob Fracking uns weiterhelfen würde. Wie gesagt: Aus allem, was ich bisher kenne und was auf dem Tisch liegt, ist nicht erkennbar, dass uns das energiepolitisch weiterbringen würde.

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Minister Untersteller, habe ich Sie gerade eben richtig verstanden, dass Sie kein generelles Verbot von Fracking fordern, sondern nur das Verbot unter Einsatz dieser chemischen Substanzen, also ganz im Gegensatz zu dem, was Herr Schoch und Herr Lehmann vorhin gesagt haben?

Weiter möchte ich noch einmal genauer nachfragen: Was konkret ist unter „wassergefährdenden Substanzen“ zu verstehen? Wo fängt bei Ihnen an, dass eine Chemikalie wassergefährdend ist? Als Beispiel nenne ich Propangas. Ist das wassergefährdend, oder ist es das nicht?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Kollege Glück, ich bin kein Chemiker. Ich verlasse mich auf das, was die Fachleute in unserem Haus und die Fachleute, die uns beraten, uns vorlegen. Demnach ist es so, dass bei den Substanzen, die heutzutage beim Fracking im Rahmen der Aufsuchung unkonventioneller Lagerstätten von Kohlenwasserstoffen verwandt werden, das Risiko, dass der Einsatz mit negativen Folgen für die Umwelt verbunden ist, groß ist und dass es deshalb sinnvoll ist, bei uns in Deutschland, in diesem dichtbesiedelten Land – hinzu kommt, dass Baden-Württemberg auf 26 % der Landesfläche Wasserschutzgebiete hat –, auf solche Substanzen zu verzichten.

Vielleicht noch eines – manchmal bringt man auch ein paar Dinge durcheinander –: Letztendlich ist auch das, was man im Bereich der Tiefengeothermie macht, eine Form von Fracking. Auch die Bohrungen in 3 000 oder 4 000 m Tiefe sind eine Form von Fracking, wobei man auch da wiederum unterscheiden muss zwischen den einzelnen Verfahren, die es gibt. Sie wissen: Auch da gab es durchaus Fälle, bei denen es Probleme gab: Landau, Basel, St. Gallen usw. Auch da lohnt es sich manchmal, etwas genauer hinzuschauen.

Aber noch einmal: Das, was heute auf der Tagesordnung steht, ist die Frage: Macht es Sinn, unter Einsatz umwelttoxischer Substanzen dieses Thema voranzubringen? Hier im Haus und auch innerhalb der Landesregierung besteht große Einigkeit, dass wir das nicht wollen. Eine solche Einigkeit besteht auch in der Umweltministerkonferenz. Auch aus dem, was Frau Kollegin Grünstein ausgeführt hat, entnehme ich die Hoffnung, dass innerhalb der Bundesregierung eine große Übereinstimmung dazu besteht und dass dies letztendlich zum Tragen kommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Reuther.

**Abg. Wolfgang Reuther** CDU: Herr Kollege Schoch, es war etwas unsportlich, zu unterstellen, die Bundesregierung wollte während der Fußball-WM Fracking durchsetzen. Das scheinen Sie mit dem Begriff Pressing zu verwechseln. Das ist aber ein fußballtechnischer Begriff.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei der CDU)

Lieber Kollege Lehmann, bei aller Wertschätzung: Auch Sie scheinen etwas zu verwechseln, nämlich Herumgeeiere mit der Segnung, echte Eier zu haben. Damals gab es leider keine Einigung der CDU mit der FDP/DVP; denn das war nicht weitreichend genug. Deshalb gilt nach wie vor: Wir bedauern, dass unser Änderungsantrag aus der letzten Debatte vor acht Wochen leider nicht mitgetragen wurde. Der war nämlich auch weiter gehend.

Wir, die CDU-Fraktion, stellen uns aber in die Einheitlichkeit dieses Gremiums und stehen auch zu den Beschlüssen der Umweltministerkonferenz von Konstanz – sie wurden angesprochen – und auch zur gemeinsamen Erklärung der Parlamentarier der Landtage aus Baden-Württemberg und Vorarlberg anlässlich des Treffens der Präsidenten – hinter mir sitzt

(Wolfgang Reuther)

einer der Protagonisten – im Mai mit einem klaren Nein zur Schiefergasgewinnung mit Fracking im Bodenseeraum wegen dessen Bedeutung als Trinkwasserspeicher und Naherholungsgebiet. Wir stehen auch zum Appell der deutschen Bierbrauer,

(Heiterkeit der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

die sagen: „Fracking ist ein Anschlag auf das deutsche Reinheitsgebot.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

So soll uns auch dieser flammende Appell Anlass sein, uns mit dem gebotenen Augenmaß und der gebotenen Sorgfalt verantwortungsbewusst und frei von rein parteipolitischen Kalkül der Diskussion hier zu stellen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Schoch.

**Abg. Alexander Schoch** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, Herr Reuther hat ganz nett noch einmal dargestellt, wer alles dagegen ist. Deshalb ist es eigentlich schön, wenn sich unser Haus so ausspricht, dass wir gegen das Fracking sind.

Ich möchte nur noch einmal kurz darlegen, dass das Fracking energiepolitisch, aber eben auch klimapolitisch nicht vertretbar ist, weil es kontraproduktiv wirkt und dazu führt, dass die erneuerbaren Energien nicht so stark ausgebaut werden wie ohne die Zulassung von Fracking. Das bedeutet auch – das hat die Internationale Energieagentur noch einmal festgestellt –, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter erhöht wird und dass das bis 2050 von der Europäischen Union vorgegebene Ziel der Erderwärmung um maximal 2 Grad Celsius nicht gehalten werden kann, sondern dass man mit einer Erwärmung von 3,5 Grad Celsius rechnen muss.

Daher bleibt, denke ich, nur die Alternative, Fracking zu verbieten, und das fordern wir weiterhin.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur noch eine Anmerkung zu Herrn Schoch: Sehr geehrter Herr Schoch, Gas und Gaskraftwerke sind nicht etwa Gegenspieler der Energiewende, sondern Teile davon. Darüber sind sich die Experten eigentlich auch einig.

(Beifall des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Wann ist Schluss mit dem durchsichtigen Land-Bund-Pingpongspiel bei den Solidarpaktverhandlungen mit den Hochschulen? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Die Gesamtredezeit beträgt 40 Minuten.

Für die Fraktion der FDP/DVP hat Kollege Dr. Bullinger das Wort.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist ein Hightechland, ein Land der Auto- und Maschinenbauer, auch ein Tourismusland, aber vor allem ein Land von Wissenschaft und Forschung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In Baden-Württemberg gibt es exzellente Universitäten und ein flächendeckendes Netz von Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Baden-Württemberg ist ein Land, in dem sich Theorie und Praxis in hervorragenden Strukturen der Dualen Hochschule verbinden.

Die Landesregierungen – ich nehme den Plural – der letzten 30 Jahre waren sich darüber bewusst – Herr Schmiedel, ich nehme die Regierungszeit 1992 bis 1996 der Regierung Teufel/Spöri grundsätzlich mit auf –, wie wichtig und richtig es ist, hier zu investieren. Wir waren und sind zusammen mit Bayern im Vergleich zu anderen Ländern, besonders zu den rot-grün regierten, immer an der Spitze. Wir haben den Hochschulstandort Baden-Württemberg massiv ausgebaut und sind damit den steigenden Zahlen der Studierenden gerecht geworden.

Im Jahr 2007 hat das Land mit den Hochschulen einen weiteren Solidarpakt abgeschlossen, der am 31. Dezember 2014 ausläuft, also, Frau Ministerin, demnächst. Die Solidarpakte I und II haben einen ganz entscheidenden Beitrag zur Spitzenstellung des Hochschulstandorts Baden-Württemberg geleistet.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Nur so konnten die dynamische Entwicklung und die Vielfalt unserer Hochschullandschaft erreicht werden.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das sollten Sie sich noch einmal genau anschauen!)

Auch nach 2014 muss das Ziel, Spitzenreiter in Deutschland im Hochschulbereich zu bleiben, an oberster Stelle bei den in dieser Woche stattfindenden Haushaltsberatungen der Landesregierung stehen. Wir brauchen Planungssicherheit für unsere Hochschulen bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus. Der Solidarpakt III wird die hochschulpolitischen Rahmenbedingungen maßgeblich mitbestimmen.

Deshalb fordern wir, mit den Hochschulen zügiger als bisher zu verhandeln und die Streitereien zwischen den Koalitionspartnern – hier Finanzminister und sein Parteikollege Kultusminister und dort die grüne Wissenschaftsministerin – schleunigst beizulegen und für Transparenz und Klarheit zu sorgen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Herr Ministerpräsident – er ist gerade da –, die Landesregierung ist sträflich in Verzug.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was?)

Wir, die Parlamentarier, haben als Haushaltsgesetzgeber ein Recht darauf, dass dieses für das Land Baden-Württemberg elementare Anliegen transparent diskutiert wird und dass schleunigst ein zukunftsweisendes Ergebnis vorgelegt wird. Am 14. Oktober letzten Jahres, also vor neun Monaten, Frau Ministerin, hat die Landesregierung Gespräche mit den Hochschulen über die weitere Finanzausstattung bis 2020 aufgenommen – bis heute ohne Ergebnis. Der Solidarpakt II läuft Ende des Jahres aus. Neun Monate sind vergangen, Frau Ministerin.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Ergebnis: Fehlanzeige. Wie weit sind Sie denn eigentlich? Es wundert nicht, dass die Universitäten und die anderen Hochschulen, die Planungssicherheit benötigen, verunsichert sind und auf die Straße gehen. Sie müssen endlich den politischen Willen definieren, wie weiter verfahren wird. Sie sollten nicht schwätzen, sondern müssen Ergebnisse liefern.

(Lachen des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Wir brauchen deutlich mehr Geld im System. Denn der Rohstoff „Geist und Hochschule“ ist da; es fehlt jedoch eindeutig die haushalterische Festlegung. In den Hochschulen werden Vorhaben auf Eis gelegt, die Arbeitsverhältnisse vorsichtshalber nur befristet geschlossen, weil nicht klar ist, wie viel Geld mittel- und langfristig zur Verfügung steht.

Gestern haben zu Recht – Kollegen waren ja auch dabei – Studenten in Stuttgart protestiert. Denn die grün-rote Landesregierung ist bisher weder ihren Wahlversprechungen noch den Vorgaben in dem eigenen Koalitionsvertrag gerecht geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das stimmt überhaupt nicht!)

Es gilt, das unsägliche Pingpongspiel der grünen Wissenschaftsministerin zu beenden. Zuerst wurde, Herr Schmiedel, der Schwarze Peter immer Richtung Bund geschoben – da sitzen Sie übrigens in der Regierung –, der mehr Geld zur Verfügung stellen sollte. Doch nach dem Grundgesetz sind die Länder für Hochschulen zuständig und verantwortlich. Ein klares Bekenntnis zum Föderalismus und zur Verantwortung der Länder hätte langfristig sicherlich mehr bewirkt. Nachdem nun bekannt ist, wie viel Baden-Württemberg vom Bund zu erwarten hat, zanken sich Grüne und SPD um die Verteilung auf die Ressorts Kultus und Wissenschaft. Beenden Sie dieses Sandkastenspiel, und übernehmen Sie die Verantwortung für die Hochschulen Baden-Württembergs.

Der Vizevorsitzende der Landesrektorenkonferenz, Wolfram Ressel, fordert für die Universitäten eine Erhöhung der Grundfinanzierung um 682 Millionen €. Der Rektor der Uni Stuttgart kritisiert zu Recht, dass die Verhandlungen mit dem Land schleppend verlaufen. Wörtlich sagte er in der „Eßlinger Zeitung“ vom 14. Juni dieses Jahres: „Es hat sich noch nichts Entscheidendes getan.“

Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben, Frau Bauer! Ich wiederhole: Es hat sich noch nichts Entscheidendes getan. In dieser Woche wollen Sie mit dem Finanzminister den Doppelhaushalt verhandeln. Ich kenne diese Canossagänge. Wenn man nicht vorher Ergebnisse hat, muss man sich fragen, welche Bedeutung dieses Ressort in dieser Landesregierung hat.

6 Milliarden € investiert der Bund zusätzlich in Bildung und Betreuung. So steht es im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Warten wir einmal ab!)

Ende Mai haben der Finanzminister des Bundes und die Bundesbildungsministerin bekannt gegeben, wohin das Geld fließen soll. 5 Milliarden € sollen in den Bereich Wissenschaft – Schule und Hochschule – investiert werden. 1 Milliarde € soll für die Kindertagesstätten und Krippen eingesetzt werden. Nach Berechnungen des Finanzministeriums erhalten wir rund 345 Millionen €.

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, sorgen Sie umgehend dafür, dass Klarheit geschaffen wird, wofür die Gelder verwendet werden sollen. Beenden Sie das rot-grüne Gezerre,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Welches Gezerre?)

das Fingerhakeln zwischen Kultusminister und Wissenschaftsministerin.

Herr Kollege Schmiedel, Sie als Fraktionschef der SPD, und Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU, tragen mit die Verantwortung, dass das Geld aus Berlin zügig kommt. Verantwortung hier im Land tragen Sie, Frau Ministerin Bauer. Deshalb nochmals die Aufforderung: Schaffen Sie schleunigst Klarheit.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Welche Rolle spielte die FDP?)

Wir brauchen eine schnelle Einigung hier im Land, einen verlässlichen Pakt, der die massiv gestiegenen Studierendenzahlen mit Mitteln der Hochschulen mittel- und langfristig finanziert. Meine Damen und Herren von Grün und Rot, Sie tragen im vierten Jahr Regierungsverantwortung. Der billige Rückspiegel zählt nicht mehr.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber natürlich!)

Schaffen Sie Klarheit für die Hochschulen und Institute. Das Geld aus Berlin ist zugesagt. Sie sind nun an der Reihe, endlich das Erforderliche zu tun.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion unterstützt die Forderungen der Landesrektorenkonferenz, der Unis und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie der Dualen Hochschule für eine langfristig gesicherte und angemessene Finanzierung unserer Hochschulen. In den letzten Jahren haben Sie, Herr Finanzminister – er ist gar nicht da –, viel Geld für ideologische Prestigeprojekte, die ich gar nicht alle aufzählen will, ausgegeben.

(Zuruf von der SPD: Welche?)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Noch nie hat das Land Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident, so viel Geld eingenommen wie in den letzten vier Jahren. Deshalb ist es dringend erforderlich, endlich Klarheit für die Hochschulen zu schaffen. Wir begrüßen, dass das Finanz- und Wirtschaftsministerium sich zu einer Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen bekannt hat. Jetzt gilt es, das endlich umzusetzen und Planungssicherheit zu schaffen. Nur so können die exzellente Qualität unserer Hochschulen und damit der Wissenschafts- und Forschungsstandort Baden-Württemberg gesichert werden. Ich fordere Sie noch einmal auf, dieses Pingpongspiel zu beenden. Liefern Sie endlich, und legen Sie ein transparentes Konzept und ein Ergebnis für den Solidarpakt III vor.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollegin Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Morgen – so lesen wir in der Zeitung – will das Kabinett die Eckdaten des neuen Haushalts beraten. Gestern, meine Damen und Herren, gab es in Stuttgart mal wieder eine Demonstration. Die Studierenden der Universität Stuttgart sind unter dem Motto „Uni in Not“ auf die Straße gegangen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Gegen Solidarpakt II!)

Sie haben sich sehr viel Mühe gemacht, diese Demonstration gut und seriös zu organisieren. Es haben nicht irgendwelche Krawallmacher demonstriert, sondern Studenten der Informatik, Studenten der Luft- und Raumfahrttechnik und andere, die sich an die Seite ihrer Hochschulrektoren gestellt

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Hängt das jetzt am Studiengang?)

und für eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Universitäten demonstriert haben. Schon am 21. Mai gab es einen landesweiten Aktionstag „Uni in Not – vor Kürzungen wird gewarnt“.

Herr Schmidt-Eisenlohr, Sie haben gestern wieder blumig beschrieben, wo überall die Not sitzt. Sie kennen die Lage sehr gut.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Erblast!)

Kürzlich haben Sie in einem Presseinterview den verlässlichen Solidarpakt, eine schnelle Einigung und mehr Geld für die Hochschulen gefordert.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das hatten wir schon die ganze Zeit!)

Das ist zwar sehr schön, aber sehr vage und wenig konkret.

Die Kollegin von der SPD dagegen hat gesagt, sie wolle eigentlich keinen Solidarpakt. Zumindest soll er nicht so heißen.

Es gibt also ziemliche Unterschiede zwischen den Regierungsfractionen. Die grüne Ministerin jedenfalls verhandelt seit Monaten mit den Hochschulen über einen Solidarpakt III. Aber es gibt überhaupt keine Ergebnisse. Es gibt Sorgen, es gibt Unsicherheit. Herr Bullinger hat es schon gesagt: Der stellvertretende Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz sah sich genötigt, seine Forderungen in einem öffentlichen Interview publik zu machen. Er sagte: „Allein für die Universitäten brauchen wir ungefähr 680 Millionen € mehr.“

Frau Ministerin, Sie verhandeln seit Monaten. Aber was machen Sie eigentlich? Mit wem reden Sie? Werden Sie eigentlich gehört? Vielleicht ist das sogar eine neue Variante der „Politik des Nichtgehörtwerdens“ in diesem Land. Die Ministerin wird nämlich nicht gehört; sie wird nicht von den Studierenden gehört, sie wird nicht von den Rektoren gehört, und vor allem wird sie nicht vom Finanzminister gehört. Das ist das Schlimmste: Frau Ministerin, Sie können sich mit dem Finanzminister nicht einigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Bisher war es ganz geschickt: Sie konnten dem Bund die Schuld in die Schuhe schieben. Aber seit dem 26. Mai geht das nicht mehr. Der Bund hat nämlich seine Hausaufgaben gemacht; es fließt zusätzliches Bundesgeld in die Länder.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das werden wir sehen!)

Allein dadurch, dass der Bund die Zuständigkeit für das BAföG in Gänze übernimmt,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wo bleibt die Qualitätsoffensive?)

hat Baden-Württemberg 71 Millionen € zusätzlich zur Verfügung. Einiges Weitere wird noch folgen.

Andere Länder, meine Damen und Herren, haben sehr schnell reagiert. Zehn Tage später haben beispielsweise die Regierungsfractionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Hessen zugesagt, dass sie dieses Geld 1 : 1 in den Hochschulbereich fließen lassen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir haben hier die falschen Partner!)

Auch andere CDU-geführte Regierungen gehen diesen Weg. Wir können Sie, Frau Ministerin, nur auffordern: Machen Sie das auch. Lassen Sie die Bundesmittel nicht irgendwo im Haushalt versickern. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihren grünen Kollegen, z. B. in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie können die Schuld nun auch nicht mehr weiter den früheren Landesregierungen zuschieben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Diese Ammenmärchen von „Erblast“ und „Altschulden“, die Aussage, Sie müssten hier die Suppe auslöffeln, die wir Ihnen eingebrockt haben, greifen nicht mehr. Es ist wirklich allge-

(Sabine Kurtz)

mein bekannt: Wir haben Ihnen ein bestelltes Haus hinterlassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie machen wohl Witze!)

Wir haben Ihnen ein bestelltes Haus hinterlassen. Rund 11 % des Landeshaushalts

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Witz des Tages!)

haben wir immer für den Hochschulbereich zur Verfügung gestellt. Auch die Solidarpakte waren ein gutes Instrument. Sie kennen Ihre eigenen Äußerungen aus den entsprechenden Beratungen des Jahres 2010, wonach das ein gutes Instrument war. Für diese Pakte wurde ganz bewusst eine begrenzte Laufzeit festgelegt. Es handelte sich um ein atmendes System, das grundsätzlich auch Ihre Zustimmung gefunden hat. Sie können sich nun nicht mehr hinter irgendetwas verstecken.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn Sie in Ihren Koalitionsvertrag hineinschreiben, dass 50 % eines Jahrgangs eine akademische Ausbildung genießen sollen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dann muss man konsequent sein!)

dann können Sie jetzt nicht so furchtbar erschrocken über die neuen Zahlen der KMK sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! 70 % wollten sie früher!)

Sie sind ganz erschrocken, dass plötzlich mehr Studierende in den Hörsälen sitzen. Aber das wollten Sie doch. Das ist doch Ihre Politik. Dafür haben Sie die Verantwortung; dafür müssen Sie die Rahmenbedingungen schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Von wem wurde das früher immer wieder beantragt? Von den Grünen! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Da können Sie sich nicht hinter früheren Landesregierungen verstecken. Das ist wirklich nicht verantwortungsbewusst.

Wenn jetzt junge Menschen demonstrieren und auf die Straße gehen, Seite an Seite mit den Rektoren, dann müssen Sie das doch ernst nehmen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hilferufe sind das!)

Diese jungen Leute wollen eine seriöse Ausbildung haben. Sie wollen einen Arbeitsplatz finden. Sie wollen Geld verdienen, Steuern zahlen und eine Familie ernähren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie sind es dieser Generation schuldig, in diesem Hochschulsystem nicht nur Forschung und Wissenschaft, sondern auch die Lehre sauber zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Da kann ich Sie nur auffordern: Fangen Sie endlich an zu regieren, und zwar so, wie es dieses Land verdient hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jesses! – Zurufe von den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Dr. Schmidt-Eisenlohr.

(Abg. Johannes Stober SPD: Wer hat denn die Solidarpakte abgeschlossen, die jetzt so problematisch sind? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir dieses Thema heute auf der Agenda haben. Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig.

Vom Kollegen Bullinger wurde es schon angesprochen: Die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg ist hervorragend,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist auch eine Erblast!)

und sie ist es wert, dass wir regelmäßig über sie sprechen und über ihre Situation diskutieren, um zu schauen, wie wir diese Hochschullandschaft erhalten und ausbauen können. Dies müssen wir tun; und deshalb finde ich es gut, dass wir heute die Möglichkeit haben, über dieses Thema zu sprechen.

Wissenschaft ist uns ein zentrales Anliegen, weil dies für unser innovationsstarkes Bundesland wichtig ist. Deswegen freue ich mich, dass wir in der heutigen Aktuellen Debatte die Dinge einmal sorgfältig auseinandernehmen können. In den Beiträgen meiner Vorredner ist dabei doch einiges durcheinandergeraten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach was!)

Schauen wir uns also einmal an, wie sich die Situation aktuell tatsächlich darstellt. Es wird nicht erst seit gestern demonstriert; tatsächlich nämlich wird schon seit einer ganzen Weile über die Probleme gesprochen und diskutiert. Es gibt Mahnungen von verschiedenen Seiten; es gibt Anregungen von verschiedenen Seiten. Sorgen werden geäußert, und es gibt Hinweise auf Missstände.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Diese Sorgen und die Hinweise auf Missstände finden ihren Ausdruck in Demonstrationen. Man demonstriert, wenn man die Sorge hat, dass man nicht ernst genommen und nicht richtig behandelt wird. Dieses Gefühl entsteht genau dann, wenn man schlechte Erfahrungen gemacht hat.

(Zuruf von der FDP/DVP: Drei Jahre nichts getan!)

Schlechte Erfahrungen haben die Hochschulen mit der Vorgängerregierung gemacht, und zwar bei den letzten Verhandlungen zum Solidarpakt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

Wenn man solche schlechten Erfahrungen gemacht hat, dann ist es meines Erachtens völlig klar und auch richtig, dass die Studierenden gestern auf dem Schlossplatz standen und sagten: „So etwas wie bei den Verhandlungen unter der letzten Landesregierung darf uns nicht noch einmal passieren.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Seien wir also ganz vorsichtig: Die Demonstration richtete sich gegen Ihren Solidarpaket. Die Situation, die wir heute haben, geht auf Ihr Verhandlungsergebnis zurück. Die Situation, die die Studierenden heute an den Hochschulen vorfinden, geht auf Ihr Ergebnis, geht auf Sie zurück. Das ist kein Blick in den Rückspiegel, sondern das ist die Situation, die sich heute darstellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Schauen wir uns also noch einmal an, wie die beiden bereits angesprochenen Solidarpakete ausgesehen haben. Der erste Solidarpaket der Jahre 1997 bis 2006 – ich nenne ihn immer „Sparpaket“ – war ein Paket, dem die Annahme zugrunde lag: „Die Studierendenzahlen sind rückläufig. Deswegen können wir die Grundfinanzierung von vornherein absenken und in den Universitäten 1 500 Stellen abbauen.“ Das war das, was die damalige Regierung mit den Hochschulen ausgehandelt hatte.

Ich finde, das war ein harter Sparpaket für den Wissenschaftsbereich. Was Sie gerade als Ihre Position dargestellt haben, deckt sich nicht mit Ihrem damaligen Handeln. Die Verhandlungen zu diesem Solidarpaket fielen in die Regierungszeit von Herrn Ministerpräsident Teufel. Um die Dinge besser auseinanderhalten zu können, nenne ich diesen Paket jetzt einfach einmal „Paket mit dem Teufel“.

Der Solidarpaket II mit der Laufzeit von 2007 bis 2014 hatte den Bereich der Hochschulmedizin sowie auch alle Hochschulen insgesamt mit eingebunden. Bei diesem Paket wurde die Grundfinanzierung eingefroren. Wenn gestern bemängelt wurde, die Grundfinanzierung reichte nicht aus, so sage ich: Das haben Sie damals so in die Verhandlungen zum Solidarpaket eingebracht. Das ging auf Ihren Vorschlag zurück; das war Ihr Ergebnis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Grundfinanzierung wurde also eingefroren. Was geschah danach? Wir verzeichnen steigende Energiekosten, weil die technologische Ausstattung umfangreicher wurde, weil ganz andere Dinge in die Forschung eingeflossen sind. Die Hochschulen mussten dies nun aus anderen Töpfen finanzieren. Sie waren gebunden durch den von Ihnen ausgehandelten Solidarpaket. Die Energiekosten sind den Hochschulen landauf, landab um die Ohren geflogen. Genau darüber regt sich die Rektorenkonferenz nun auf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweitens wurde in diesem zweiten Solidarpaket auf den Zuwachs bei den Studierendenzahlen – den wir hier im Saal sicherlich alle begrüßen – dadurch reagiert, dass man über Extratöpfe, über Zweitmittel finanziert hat. Man hat also nicht die Grundfinanzierung entsprechend angehoben, sondern man hat neue Töpfe geschaffen – die aber leider zu weiteren Pro-

blemen führen. So ist über diese Mittel beispielsweise eine feste Anstellung nicht möglich, denn die Mittel sind zeitlich befristet. Eine solche Form der Finanzierung hat meines Erachtens im Hinblick auf die Qualität, im Hinblick auf die Frage, wie sich Hochschulpolitik strategisch entwickeln kann, eine ganz andere Wirkung als eine echte Grundfinanzierung.

Insofern war das ein wirklicher Stolperstein, der in diesen Solidarpaket eingebaut wurde. Hierunter leiden die Universitäten und die anderen Hochschulen bis heute massiv. Das Verhältnis zwischen den Mitteln aus der Grundfinanzierung und dem, was über die Zweitmittel kommt, zeigt nämlich eine komplette Schiefelage – mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Das ist das Ergebnis Ihres zweiten Solidarpakts.

(Beifall bei den Grünen)

Ich kann Ihnen, wenn ich dieses Bild sehe, wenn ich die Folgen betrachte, die sich aus dem zweiten Solidarpaket ergeben, sagen: Wenn ich Studierender wäre, wenn ich Professor oder Rektor wäre, hätte ich auch Angst. Ich würde ebenfalls auf die Straße gehen. Genau das habe ich bei der gestrigen Demonstration auch gesagt: Es ist wichtig, klarzustellen, dass so etwas nicht noch einmal geschehen darf.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Begeisterung war begrenzt, Herr Kollege! – Vereinzelt Beifall)

Sie haben nun beide geäußert, wir seien in Verzug, man wisse gar nicht, wie es weitergehe, es müsse doch jetzt endlich einmal zügig weitergehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Stimmt das nicht?)

Ganz wichtig ist aber Folgendes: Mit den Vorarbeiten für den neuen Solidarpaket wurde bereits begonnen. Der neue Solidarpaket würde ab Januar 2015 gelten. Eineinhalb Jahre vorher hat das Ministerium damit begonnen, mit allen Beteiligten Gespräche zu führen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit welchem Ergebnis?)

Die ersten Gespräche haben stattgefunden. Jetzt schauen wir uns einmal an: Wie war das eigentlich bei dem Solidarpaket mit Beginn 2007? Die ersten Mittel im Rahmen des Solidarpakts II flossen im Januar 2007. Erst im Januar 2007 wurde die Thematik in das parlamentarische Verfahren, nämlich in den Finanzausschuss, eingebracht –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aha!)

also erst, nachdem die Laufzeit dieses Solidarpakts bereits begonnen hatte, und nicht schon eineinhalb Jahre vorher. Ich wäre an Ihrer Stelle sehr vorsichtig, irgendjemandem Verzug vorzuwerfen, wenn Sie eine solche Qualität bei der Vorbereitung des Solidarpakts, wie sie heute zu sehen ist, nicht annähernd vorweisen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Vollständigkeit halber erwähne ich noch einmal Folgendes: Über die Tatsache hinaus, dass die beiden Solidarpakete kontinuierlich dazu geführt haben, dass die Hochschulen im-

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

mer größere Probleme hatten, wenn es darum ging, ihr Personal vernünftig anzustellen und die Studierenden vernünftig zu betreuen, sind die Studierendenzahlen in dieser schwierigen Finanzsituation kontinuierlich gestiegen, und zwar um 40 %; zwischenzeitlich verzeichnen wir 350 000 Studierende in Baden-Württemberg.

Insofern an dieser Stelle noch einmal einen Dank an die Universitäten und die anderen Hochschulen, dass sie das gemeistert haben, obwohl sie aus der Politik durch die Solidarpakte I und II so extrem schwierige Rahmenbedingungen erfahren haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: CDU!)

Kurzum: Die Solidarpakte waren aus meiner Sicht bisher verlässlich schlecht finanziert, und wir brauchen jetzt ein nachhaltig gutes Paket. Nachhaltig gut anstatt verlässlich schlecht – ich glaube, das muss die Devise für die weiteren Verhandlungen sein.

Was müssen – wenn wir jetzt nach vorn schauen – die Ziele für den neuen Solidarpakt sein? Die Grundfinanzierung muss angehoben werden. Das haben Sie alle gefordert. Auch das teilen wir. Wir haben schon von Anfang an gesagt: Das muss das Ziel sein. Da gibt es keine Unterschiede zwischen den Fraktionen, da haben wir eine klare Botschaft, die auch die Ministerin ab dem ersten Tag in allen Gesprächen so kommuniziert hat.

Wichtig ist jedoch, auch darauf zu schauen, woher diese erhöhten Mittel für die Hochschulen kommen. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: Wichtig sind die Erstmittel, wichtig ist die echte Grundfinanzierung. Man darf nicht wieder einen neuen Topf schaffen, wie Sie das früher immer gemacht haben, sondern wir brauchen wirklich mehr Mittel für die Grundfinanzierung. Denn nur so ist es möglich, z. B. das Thema „Gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen“ voranzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich halte auch den Zielwert, der durch den Wissenschaftsrat vorgeschlagen wurde – Inflationsausgleich plus 1 % –, für einen sehr realistischen. Ich denke, damit kann man arbeiten. Ich selbst bin natürlich nicht an den Verhandlungen beteiligt, doch ich denke, es ist eine Sache, die zwischen den Partnern, die mit am Tisch sitzen, im Einzelnen diskutiert werden muss.

Der erste Punkt ist also: Grundfinanzierung erhöhen.

Zweiter Punkt: Wir brauchen dringend eine Lösung für das Thema „Energiekosten an den Universitäten“. Das ist sehr dringend. Die Situation ist über Jahre extrem zugespitzt worden. Deswegen brauchen wir da eine Lösung, und das muss ein wichtiger Bestandteil dieses Solidarpakts sein.

Drittens – Thema Sanierungsstau –: Ich denke, es ist allen klar: Wir haben an den Hochschulen, im Wissenschaftsbereich – das kann ich Ihnen auch nicht ersparen – eine Erblast von 4 bis 5 Milliarden € Sanierungsbedarf. Ein gut bestelltes Haus sieht für mich echt anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr richtig!)

Ein gut bestelltes Haus hat nicht so einen Sanierungsbedarf. Es sind ja verdeckte Schulden. Da komme ich zu einer anderen Bewertung der Situation als Frau Kurtz. Aber bitte schön, das ist vielleicht auch ein anderer Politikstil.

Dann möchte ich – weil darüber schon gesprochen wurde – noch auf das Thema Bundesmittel verweisen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Dr. Schmidt-Eisenlohr, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kurtz?

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE:** Ja, bitte.

**Abg. Sabine Kurtz CDU:** Herr Schmidt-Eisenlohr, wir haben es jetzt schon mehrfach gehört.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Aber Sie glauben es nicht!)

Das Bekenntnis, dass Sie die Grundfinanzierung erhöhen wollen, soll uns recht sein. Wir wüssten halt gern, wie das geschehen soll.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Es steht im Raum, dass Sie die Qualitätssicherungsmittel, die die Studiengebühren ersetzt haben, in die Grundfinanzierung überführen wollen. Ich nehme an, Sie sind sich darüber innerhalb der Regierungsfractionen auch nicht einig. Das wäre nämlich ein Wortbruch gegenüber den Studierenden.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Wann beginnt die Frage?)

Denn Sie hatten gesagt, sie dürften bei der Verwendung dieser Mittel mitreden, und die Mittel sollten auch dynamisiert werden, also an die Veränderungen der Studierendenzahlen angepasst werden. Wenn Sie die jetzt nach dem Motto „Linke Tasche, rechte Tasche“ in die Grundfinanzierung überführen, ist kein Euro mehr im System.

Könnten Sie mir bitte erstens sagen, ob Sie vorhaben, die Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung zu überführen, und zweitens, wie Sie grundsätzlich mehr Geld in die Grundfinanzierung bringen wollen?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ist das jetzt eine Frage, Herr Präsident, oder ein Koreferat?)

Wenn Sie alle verschiedenen Töpfe zusammennehmen und alles in einen Topf schütten, haben Sie immer noch nicht mehr Geld im System, wie Sie selbst fordern.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE:** Sehen Sie, das habe ich zu erklären versucht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ablenkungsmanöver!)

Es ist eigentlich Bestandteil dieser Verhandlungen, dass man schaut: Was sind die echten Bedarfe, wofür werden sie gebraucht, und wie wirken sie sich aus? Das Entscheidende ist, dass man bisher immer nur auf die Gesamtsumme geschaut

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

hat und nicht auf die Wirkung. Der Unterschied zwischen Erst-, Zweit- und Drittmitteln ist immens in der Art und Weise, wie man sie einsetzen kann und wie sie zur Verfügung stehen. Richtige Schmerzen haben wir bei den Erstmitteln.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Richtige Schmerzen haben wir bei der Grundfinanzierung; die muss erhöht werden. Deswegen ist es schon ein Unterschied, ob die Mittel im Zweitmitteltopf oder die Mittel im Drittmitteltopf erhöht werden und wo die Gelder sozusagen herausgenommen werden. Das war vorhin der Versuch, Ihnen das zu erklären.

Ganz wichtig: Die Mittel im Erstmitteltopf müssen erhöht werden. Das muss das Ziel dieser Solidarpaktverhandlungen sein. Hier muss man eine Einigung erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Noch kurz zu den Bundesmitteln: Wir haben lange genug gefordert, dass man hier eine Lösung bekommt. Ich freue mich, dass die Bundesministerin endlich auf unsere Forderungen, die Forderungen aus unserem Land eingeschwenkt ist und es nun eine Lösung gibt, dass die BAföG-Kosten übernommen werden.

Aber es ist nicht nur das BAföG, es gibt auch noch den Pakt für Forschung und Innovation, im Rahmen dessen uns Gelder in Aussicht gestellt werden. Doch auch da ist es wieder wie immer: Für zwei Jahre findet man irgendeine Lösung. Doch wie es ab 2017 weitergeht, ist völlig unklar. Es ist nicht durchfinanziert.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Es sind viele Fragen offen, wie es mit diesen Bundesmitteln weitergeht. Dazu gehört auch der Hochschulpakt, dessen Finanzvolumen jetzt auf 2,3 Milliarden € angehoben wurde. Der ist zwar zugesagt, doch in der Finanzplanung fehlt immer noch 1 Milliarde €. Es ist also auch nicht ganz sicher, ob das, was politisch versprochen wurde, nachher auch so eingelöst wird. Ich bin da sehr zurückhaltend, aber – wie gesagt – wir reden vor allem über unsere Aufgabe hier. Deswegen haben wir den Solidarpakt als Schwerpunktthema. Aber wir sollten nicht so euphorisch sein, was den Bund betrifft. Warten wir einmal ab, was von der Bundesebene wirklich kommt und wie es nachher aussieht.

Noch einen kurzen Diskurs zu den Studierendenzahlen, weil Sie angesprochen haben, dass die angestiegen sind und wir das doch so haben wollen – selbstverständlich. Es wurde auch in der Vergangenheit – da war ich noch nicht Mitglied des Parlaments – u. a. von Frau Bauer immer wieder angemahnt, dass die Studierendenzahlen, die Sie angesetzt hatten, wenn es um die Ausstattung der Hochschulen ging, immer zu niedrig waren. Es gibt dazu zahlreiche Anträge. Sie haben immer gesagt: „Nein, nein, unsere Zahlen stimmen schon.“ Sie lagen jedes Mal falsch; jedes Mal kamen dann doch mehr Studierende. Das ist jetzt keine neue Entwicklung. Doch uns dies jetzt vorzuwerfen ist ziemlicher Quatsch, weil es tatsächlich immer eine mahnende Stimme aus der damaligen Opposition war, die darauf hingewiesen hat, dass Ihre Zahlen eigentlich zu niedrig angesetzt sind.

Ich fasse zusammen: Der Solidarpakt 2014 muss kommen, und er befindet sich in einem guten Verhandlungsstadium. Mit den Verhandlungen wurde früh begonnen. Klar, es wäre schön, wenn wir schon fertig wären. Doch es ist eine komplizierte Sache, und es macht Sinn, dass man sich genau ansieht, wie man das gut hinkommt, damit der neue Pakt eben besser ist als die Solidarpakte I und II – ich sagte es schon –: der „Pakt mit dem Teufel“ und der „Zweitmittelpakt“, wie ich den Solidarpakt II nenne. So etwas darf nicht noch einmal vorkommen. Das ist ganz wichtig.

Die Devise lautet also: Nicht verlässlich schlecht, sondern nachhaltig gut für den nächsten Solidarpakt, für eine höhere Grundfinanzierung, für eine Lösung der Energiekostenproblematik, für einen schnelleren Abbau des Sanierungsstaus. Ein Studium in Baden-Württemberg ist attraktiv, und das soll auch so bleiben. Deswegen werden wir die erhöhten Studierendenzahlen selbstverständlich auch im Solidarpakt berücksichtigen müssen. Die Unis und die anderen Hochschulen können sich weiterhin – wie in den letzten Jahren – auf uns verlassen. Grün und Rot stehen zu den Unis und den anderen Hochschulen in diesem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ein fast poetischer Titel, den die FDP/DVP hier gewählt hat.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Von Literatur haben Sie nicht viel Ahnung!)

Sie sprechen von einem „durchsichtigen Land-Bund-Pingpongspiel“. Wie auch immer; das gibt uns die Gelegenheit, nochmals über die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg zu diskutieren.

Ich möchte zu Beginn nochmals ganz ausdrücklich für die SPD-Fraktion und sicher auch für die Regierungsfaktionen insgesamt sagen, dass wir sehr stolz sind auf diese vielfältige, tolle Hochschullandschaft mit all ihren Facetten, die wir in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Die Hochschulen haben eine hohe Qualität, sie sind innovationsfähig.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ganz schlechte Erblast! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Und das erst seit drei Jahren! Das ist ja Wahnsinn!)

Dies, meine Damen und Herren, ist die Voraussetzung für die Wirtschaftskraft in unserem Land.

(Zurufe von der CDU)

– Warum gibt es bei Ihnen jetzt diese Aufregung? – Damit dies so bleibt, meine Damen und Herren, werden wir jetzt den Solidarpakt III, der Thema der Debatte ist, auf den Weg bringen.

(Martin Rivoir)

Es werden intensive Verhandlungen stattfinden. Sie finden schon seit einem Jahr, seit anderthalb Jahren statt. Was mir sehr wichtig ist – das wurde auch von meinen Vorrednern teilweise schon gesagt –: Diese Verhandlungen finden auf Augenhöhe statt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Herr Kollege Bullinger, bei diesen Regierungsfraktionen, bei dieser Regierung ist der Gang zum Finanzminister kein Canossagang, wie Sie das offensichtlich noch kennen, sondern ein Gang mit dem Ziel, auf Augenhöhe miteinander zu verhandeln.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Finanzminister ist gar nicht da!)

Gleichwertige Partner reden miteinander und suchen unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen das Beste. Ich glaube, das ist ein guter und ein richtiger Politikstil für unser Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dieser neue Solidarpakt soll natürlich wieder Grundlage für Planungssicherheit für die Hochschulen darstellen. Wir wollen die Sicherheit für mehrere Jahre – bis 2020 ist er ange-dacht –, und zwar einerseits Planungssicherheit für die Hochschulen und auf der anderen Seite natürlich auch für das Land. Wir wollen mehr Flexibilität an die Hochschulen bringen, wir wollen Verlässlichkeit, wir wollen durch diese Maßnahmen im Solidarpakt die Hochschulen in die Lage versetzen, eine Personalpolitik mit Verantwortung zu machen, und – auch das ist uns sehr wichtig – wir wollen die Hochschulautonomie stärken.

Genauso wichtig ist das Thema „Abbau des Sanierungsstaus“. Der Sanierungsstau ist eine Erblast, die wir übernommen haben; das sind Milliardenbeträge, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht an unseren Hochschulen investiert worden sind. Spitzenforschung und Spitzenlehre finden in maroden Gebäuden statt. Wir haben uns vorgenommen, bis zum Jahr 2020 einen großen Teil dieses Sanierungsstaus abzubauen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist auch deswegen wichtig, weil Sanierungsbedarf bei den Landesgebäuden, insbesondere bei den Hochschulen, natürlich verdeckte Schulden bedeutet; auch diese sollten bis zum Jahr 2020 möglichst weit abgebaut sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Kollege Schmidt-Eisenlohr hat freundlicherweise schon sehr gut und ausführlich gewürdigt, welche Probleme die zwei alten Solidarpakte für die Hochschullandschaft aufgeworfen haben. Sicherlich war eine gewisse Planungssicherheit gegeben. Aber die Hochschulen haben gerade durch die steigenden Studierendenzahlen und auch durch die steigenden Energiekosten Enormes geleistet. Den Dank, der schon ausgesprochen worden ist, möchte ich als Vertreter der SPD-Fraktion an dieser Stelle auch noch einmal aussprechen. Wir sind sehr dankbar für das, was in den vergangenen Jahren hier unter den gegebenen, von den früheren Regierungen vorgegebenen Rah-

menbedingungen geleistet worden ist, und werden dies auch entsprechend anerkennen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, es wurde schon erwähnt: Ein Problem ist, dass die Schere zwischen der Grundfinanzierung und den Studierendenzahlen immer weiter auseinandergegangen ist. Die Sonderprogramme haben da zwar etwas, aber nicht nachhaltig geholfen. Es wurde bereits erwähnt, dass auch die Schere zwischen der Grundfinanzierung und den Zweit- und Drittmitteln in den letzten Jahren sehr stark auseinandergegangen mit der Folge, dass nur befristete Arbeitsverhältnisse eingegangen werden konnten, dass keine Planbarkeit vorhanden war, dass keine Sicherheit und keine Nachhaltigkeit gegeben waren. Dies sind die Versäumnisse der alten Landesregierung. Dies kann man nicht schönreden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das war der Blick in die Vergangenheit. Schauen wir in die Zukunft. Wir werden dafür sorgen, dass die Hochschulfinanzierung auf neue Beine gestellt wird. Das Grundprinzip muss sein – das wurde schon ausgeführt; da sind wir uns in der Koalition einig –: mehr Grundfinanzierung, weniger Programmfinanzierung. Verlässlichkeit über lange Zeiträume, das ist das Allheilmittel in diesem Bereich. Wir brauchen eine Verstärkung der Mittel statt befristeter Finanzierungsmodelle. So wollen wir agieren. Wir brauchen ein umfangreiches Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Hochschulen und für die Unikliniken. Wir brauchen einen Abbau des Sanierungsstaus. Und wir brauchen – hier besteht derzeit eine Ungerechtigkeit im System – eine angemessene Berücksichtigung der Energiekosten bei den Hochschulen. Es gibt in dieser Hinsicht deutliche Unterschiede zwischen den Universitäten und den anderen Hochschulen. Wir müssen eine Lösung finden, bei der alle gleich behandelt werden.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen will – das ist uns, der SPD, sehr wichtig –, ist das Thema „Gute Arbeit“. Auch das ist für uns ein ganz wichtiger Teil im Solidarpakt. Wir wollen die Arbeitsbedingungen für den Mittelbau, für den nicht wissenschaftlichen Bereich verbessern. Nur so schaffen wir es, dass junge Leute an der Hochschule bleiben, dass sie eine Perspektive haben, dass sie Planbarkeit für ihre Lebensperspektiven und für ihre Familienplanung haben.

Frau Kurtz, Sie stellen sich hier hin und beklagen, dass gerade junge Leute keine Sicherheit hätten und nicht wüssten, wie ihr Arbeitsvertrag im nächsten oder übernächsten Jahr aussieht. Das sind doch die Folgen Ihrer Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Das ist eine unglaubliche Doppelmoral, mit der Sie dies hier beklagen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Hart an der Grenze des Ertragbaren!)

Wir wollen Schritt für Schritt dafür sorgen, dass Verlässlichkeit und Berechenbarkeit in die Arbeitsverhältnisse auch in

(Martin Rivoir)

der Hochschullandschaft einziehen. Wir fangen da auch nicht bei null an.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben in den letzten Jahren bereits fast 1 400 Stellen im Hochschulbereich entfristet und damit für stabile Arbeitsverhältnisse für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gesorgt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen, dass beim Arbeitgeber Land Beruf und Familie vereinbar sind. Wir wollen, dass durch den Solidarpakt III Baden-Württemberg auch an unseren Hochschulen zu einem Musterland für gute Arbeit wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das alles sind Aufgaben, die nicht allein durch das Land geleistet werden können. Der finanzielle Beitrag des Bundes ist notwendig, und er kommt ja jetzt auch. Es hat infolge der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene etwas gedauert, aber jetzt haben wir Klarheit. Der Bund ist seiner Pflicht nachgekommen. Wir sehen jetzt, dass die Wissenschaftspakte fortgesetzt werden, dass der Hochschulpakt fortgesetzt wird, dass die Exzellenzinitiative weiter gefördert wird. Das sind neue nachhaltige Bestandteile unserer Hochschulfinanzierung. Die geplante Änderung von Artikel 91 b des Grundgesetzes, die ermöglichen soll, dass die Hochschulen direkt vom Bund gefördert werden, ist Teil einer künftigen Kofinanzierung des Bundes, die in unserem Land dringend gebraucht wird. Auch dies führt zu mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

Zum Schluss will ich zusammenfassend unsere vier Leitziele deutlich machen. Erstens geht es um mehr Grundfinanzierung und weniger Programmfinanzierung. Zweitens geht es darum, dass wir eine deutliche Sanierungskomponente in den Solidarpakt aufnehmen. Drittens geht es um eine gerechte Berücksichtigung der Energiekosten. Viertens erwarten wir unter der Überschrift „Gute Arbeit“ eine deutliche Zahl von Entfristungen und verlässliche Arbeitsverhältnisse für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Hochschulen als Gegenleistung für die erhöhte Grundfinanzierung.

Das Ganze muss in die Haushaltskonsolidierung des Landes und in die jetzt erst bekannt gewordenen Vorgaben des Bundes eingefügt werden. Wenn ich mir anschau, wie auf der Regierungsseite gearbeitet wird, kann ich kein Pingpongspiel entdecken. Vielmehr wird dort fundiert verhandelt und zwischen Partnern auf Augenhöhe gesprochen. Es finden keine Canossagänge statt, sondern Verhandlungen, in denen natürlich jeder seine Interessen zu vertreten hat, aber an deren Ende – da bin ich mir ganz sicher – ein gutes Ergebnis für die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg stehen wird. Dafür stehen wir, und dafür werden wir uns einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr richtig!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Bauer.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr und finde es schön, dass dem aufgerufenen Thema eine Aktuelle Debatte gewidmet ist. Das Thema ist zwar nicht neu – Solidarpakte gibt es in diesem Land seit fast 18 Jahren –, aber das Thema ist hochaktuell, denn wir verhandeln zurzeit über eine Nachfolgeregelung, und das Thema ist ohne Zweifel von großer Bedeutung für unsere Hochschullandschaft in Baden-Württemberg. Deswegen ist es schön, dass es die Gelegenheit gibt, heute darüber zu sprechen.

Wenn man sich die Debatte anhört, fragt man sich: Warum klagen eigentlich die Hochschulen über die Hochschularten hinweg über die Zustände und die finanziellen Ausstattungen, die sie vorfinden? Warum protestieren die Studierenden draußen? Sie haben doch einen Pakt und werden auch wieder einen bekommen. Was haben sie eigentlich für ein Problem? Ich glaube, auch die interessierte Öffentlichkeit fragt sich das durchaus. Man hat den Eindruck, dass auch hier im Parlament eine gewisse Unklarheit herrscht, worüber eigentlich geklagt wird.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE, auf die CDU zeigend: Nur da drüben!)

Ich bin mir sicher, die Klagen werden zu Recht geführt. Wenn ich recht gehört habe, bestehen die Klagen nicht darin, dass man sich einfach Sorgen macht, was in dem neuen Vertrag stehen wird. Vielmehr werden die Klagen über Missstände geführt, über Probleme in der Finanzierung, wie wir sie heute vorfinden.

Deswegen sage ich – auch wenn Sie es nicht gern hören –: Fakten muss man sich erst einmal anschauen. Man kann sie nicht ignorieren, und man kann sie auch nicht anschreien. Wenn wir über die derzeitigen Missstände der Grundfinanzierung unserer Hochschulen reden, dann reden wir über den laufenden Solidarpakt, der nunmehr in das achte Jahr seines Bestehens kommt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist der zweite Pakt seiner Art; vorher gab es einen Pakt, der zehn Jahre gültig war. Natürlich müssen wir – und tun es auch gerade gemeinsam mit den Hochschulen – bilanzieren: Was hat es gebracht? Was sind die Stärken gewesen – die gab es auch –, und was sind die Schwächen und Probleme, die mit dem bestehenden Vertragswerk gewachsen sind und die wir mit dem neuen Vertragswerk korrigieren werden?

Lassen Sie mich vorweg eines sagen: Ich werde immer wieder von der Presse gefragt: Wie finden Sie denn, dass draußen die Rektoren zusammen mit den Studierenden protestieren? Ich kann Ihnen sagen: Ich finde, es ist gut, wenn sich Hochschulleitungen und Studierende um ihre Probleme kümmern und artikulieren, welche Probleme sie vorfinden.

(Beifall der Abg. Gabi Rolland SPD)

Meine Analyse ist: Die Klagen und die Sorgen, die formuliert werden, werden zu Recht formuliert. Wir arbeiten gemeinsam daran, für die Zukunft Verbesserungen herbeizuführen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Ministerin Theresia Bauer)

Die Klage wird zu Recht geführt, weil es insbesondere im letzten Jahrzehnt in mehrfacher Hinsicht Scherenbewegungen gegeben hat. Erstens gibt es die Schere zwischen den enorm wachsenden Studierendenzahlen und einer eingefrorenen Grundfinanzierung für unsere Hochschulen. Nachdem – Herr Dr. Schmidt-Eisenlohr hat das schön ausgeführt – Ende der Neunzigerjahre die Grundfinanzierung erst einmal gesenkt wurde, ist sie im Solidarpaket II in einer Zeit eingefroren worden, in der die Studierendenzahlen wie nie zuvor gewachsen sind. Deswegen haben wir heute in der Tat eine deutlich schlechtere Relation zwischen der Grundfinanzierung und der Anzahl der Studierenden. Dies ist dringend zu korrigieren.

Zweitens: Es gibt eine weitere Scherenbewegung, die nicht minder dramatisch ist. Die Schere öffnet sich zwischen Universitäten und anderen Hochschulen einerseits und außeruniversitären Forschungseinrichtungen andererseits. Zum Glück haben wir in den vergangenen Jahren relevante Aufwüchse bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen erlebt. Es gab über die verschiedenen Pakte – Bund und Länder waren daran beteiligt – regelmäßig fünfprozentige Aufwüchse in der Finanzierung. Von der früheren Regierung wurden die Universitäten und die anderen Hochschulen mit diesen Handlungsspielräumen nicht ausgestattet, sodass sie sich heute im Vergleich zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in einem enormen Wettbewerbsnachteil befinden. Auch diese Lücke gilt es ein Stück weit zu schließen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deshalb – wir können es Ihnen nicht ersparen – müssen wir als Ausgangspunkt darüber reden, was in den vergangenen 18 Jahren an Problemlagen entstanden ist.

Sie haben angemahnt, frisches Geld ins System zu geben. Wir werden frisches Geld in die Hand nehmen. Das müssen wir tun;

(Zuruf von der FDP/DVP: Ja!)

denn insbesondere im Energiebereich gibt es einen enormen Nachholbedarf, weil auch an dieser Stelle das Geld für die Universitäten gedeckelt war, während die Kosten enorm gewachsen sind. Aber ich möchte auch betonen: Es geht nicht nur um frisches Geld, sondern es geht durchaus auch um die Frage, welche Handlungsspielräume und welche Gestaltungsmöglichkeiten man den Hochschulen gibt, damit sie mit dem Geld effizient umgehen können. Das war das Hauptproblem des aktuellen, noch laufenden Solidarpakts. Denn alles zusätzliche Geld, das in den Universitäten und den anderen Hochschulen vonseiten des Landes angekommen ist – das sind keine irrelevanten Summen, das wollen wir nicht verschweigen; es ist nicht so, dass das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ nicht stattgefunden hätte –, sind Mittel gewesen, die nicht flexibel, verlässlich und nach eigener Schwerpunktsetzung frei einsetzbar waren und die insbesondere für dauerhafte, unbefristete Personalmaßnahmen schlecht zu verwenden waren.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ja! So ist es!)

Das ist aber der Kern bei den Universitäten und den anderen Hochschulen: 80 % der Kosten sind Personalkosten. Wenn

man dann den Hochschulen Geld gibt, das sie nur begrenzt dafür einsetzen können, macht man einen Fehler.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nicht anders ist es übrigens bei den Studiengebühren. Da reden wir nicht über irrelevante Summen, sondern über enorm hohe Summen und auch wachsende Summen, die wir durch die Qualitätssicherungsmittel ersetzt haben. Wir haben die Qualitätssicherungsmittel analog zu den Studiengebühren aufgesetzt, allerdings mit einer dynamisch wachsenden Komponente. Auch diese Mittel sind – so, wie sie bislang verwendet werden – nur in sehr begrenztem Umfang für unbefristete Personalmaßnahmen zu verwenden, also für die Berufung auf Professuren, für die unbefristete Anstellung von wissenschaftlichem Personal, auch von Personal für den nicht wissenschaftlichen Dienst, der für die Hochschulen wichtig ist. Für all diese Bereiche sind nur 30 % dieser Mittel einsetzbar, und das ist ein Problem.

Wir werden dieses Problem beheben, wenn wir diese sogenannten Zweitmittel in Grundfinanzierung umwandeln. Nur dann kann die Hochschule selbst entscheiden, wofür sie dieses Geld braucht, kann es langfristig einsetzen und kann langfristig planen, ihre eigenen Schwerpunkte setzen sowie dauerhafte und nachhaltige Personalpolitik machen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, das Thema „Umwandlung von Zweitmitteln in Grundfinanzierung“ nicht gering zu schätzen. An diesem Punkt geht es um die Frage, ob Hochschulautonomie, Freiräume und Hochschulfreiheit überhaupt wahrgenommen werden können. Deswegen wird es ein Charakteristikum unseres Paktes sein, dass wir die Grundfinanzierung substantiell verbessern werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, auch etwas zum Thema Bund zu sagen. In der Tat hat uns der Bund über eine lange Strecke im Unklaren gelassen, wie die sogenannten Bildungsmilliarden eingesetzt werden und wie viel davon beim Land Baden-Württemberg ankommt. Jetzt haben wir – das ist noch nicht einmal einen Monat her – Klarheit, wie das umgesetzt werden soll. Das hilft schon einmal ein Stück weiter. Die komplette Übertragung der Anteile des BAföG auf den Bund beläuft sich bundesweit auf 1,1 Milliarden €, die jährlich frei werden. In Baden-Württemberg sind es, je nachdem, wie man es rechnet, jährlich zwischen 71 Millionen € und 117 Millionen € Entlastung für das Land. Das ist eine Möglichkeit, die wir nutzen werden. In der Landesregierung und auch zwischen den Regierungsfractionen besteht völlige Einigkeit, dass diese gewonnenen Spielräume vollständig für ihren Zweck eingesetzt werden, damit sie Schulen und Hochschulen zugutekommen. Da müssen Sie sich keine Sorgen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber die Offenlegung der Verwendung der sogenannten Bildungsmilliarden hat neue Probleme aufgeworfen, die ich hier auch betonen möchte. Der „Hochschulpakt 2020“ beispielsweise ist nach allem, wie wir rechnen und versuchen, die Zahlen zu interpretieren, nicht ausfinanziert, sondern es tut sich für diese Legislaturperiode des Bundes, bis zum Jahr 2017, eine Finanzierungslücke von 1 Milliarde € auf, Mittel, die im

(Ministerin Theresia Bauer)

Vergleich zu den bisherigen Zahlungen künftig nicht vorhanden sind. Ich frage die Fraktionen: Was tun Sie dafür, dass die Bundesregierung die fehlende Milliarde auftreibt? Ich glaube, Sie müssen noch einmal bei Herrn Schäuble nachfragen, ob die Schatulle wegen der 1 Milliarde € für den Hochschulpakt 2020 nicht noch einmal geöffnet wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn Sie schon fragen, wie wir mit dieser Finanzierungslücke umgehen, dann fragen Sie bitte auch, wie der Bund weiter damit verfahren will, wenn es um die Finanzierung der Programmpauschalen geht, die derzeit in Höhe von 20 % auf jedes erfolgreich eingeworbene Forschungsprojekt gezahlt werden. 20 % Overheadkosten sind eine direkte Entlastung und Unterstützung unserer forschungsstarken Universitäten insbesondere bei der Grundfinanzierung. Bislang kannibalisiert das Einwerben von Drittmitteln die Grundfinanzierung, weil jedes eingeworbene Projekt natürlich Infrastrukturkosten auslöst. Diese 20 % Overheadkosten sind also enorm wichtig, damit die Grundfinanzierung nicht beeinträchtigt wird.

Was macht die Bundesregierung? Sie finanziert die Programmpauschalen mittelfristig nicht weiter. Das sind jährlich 46 Millionen €, die bei den baden-württembergischen Hochschulen fehlen. Ich bitte Sie sehr, nicht zu übersehen, dass die Klärung der Frage, wie 5 Milliarden € in das Land kommen, zwar hilfreich ist, dass aber die Finanzierung nicht ausreicht, um selbst das bisherige Level der Finanzierung für den „Hochschulpakt 2020“ und die Programmpauschalen künftig halten zu können.

Wenn wir über die Probleme beim Zusammenwirken mit dem Bund reden, spielen wir nicht Pingpong, Herr Abg. Bullinger, sondern wir werden unsere Aufgaben machen. Wir sind nicht in Verzug, sondern genau in dem Plan, den wir verabredet haben. Die Verhandlungen über den neuen Pakt werden, wie verabredet, im Oktober begonnen. Im Sommer werden wir die Eckpunkte konsentieren, die Details werden wir in der zweiten Jahreshälfte klären. Rechtzeitig werden wir ein neues Vertragswerk auf den Weg bringen. So, wie verabredet, werden wir das umsetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

An diesem Punkt habe ich überhaupt keinen Dissens mit dem Finanzminister.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sind in guten Gesprächen und würden uns freuen, wenn Sie alle daran mitwirken, dass wir einen guten neuen Pakt schaffen, der insbesondere in Sachen Grundfinanzierung unserer Hochschulen eine bessere Basis gibt, als es bislang der Fall ist, damit sie Hochschulautonomie auch leben können und nachhaltig agieren können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Kollegen Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe in meiner vorherigen Rede einige konkrete Fragen gestellt, allerdings keine konkreten Antworten bekommen. Ich hätte zwei, drei Dinge schon gern gewusst, Frau Ministerin, die Sie jetzt nur am Rande angesprochen haben.

Ich liebe Zahlen und Fakten. Deshalb die Frage: Wie soll die Erhöhung der Grundfinanzierung im Land nun aussehen? Da fehlen mir die konkreten Zahlen. Auch hierzu haben Sie nichts genannt.

Zweitens würde mich auch interessieren: Werden die Programmmittel 1 : 1 in die Grundfinanzierung überführt, oder wie ist das geplant?

Drittens: Wie langfristig – das frage ich natürlich auch in Richtung CDU in Berlin – sollen die Gelder gewährt werden? Ist das tatsächlich, Herr Schmiedel, nur eine rot-schwarze Eintagsfliege bis zur nächsten Bundestagswahl 2017? Es wäre schon wichtig, das zu wissen. Wenn wir hier jetzt einen Doppelhaushalt planen und die Vorgaben für das Jahr 2020 ins Auge fassen, wäre es schon interessant, da ein kleines bisschen mehr zu erfahren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schwarz-Gelb war eine Eintagsfliege!)

Herr Ministerpräsident – der Herr Ministerpräsident geht jedes Mal, wenn ich eine Frage stelle, hinaus; das ist aber nicht abgesprochen –, eine ganz konkrete Frage lautet: Wie stehen Sie zu der Forderung der FDP, dass die Länder in diesem Bereich, für diese wichtige Aufgabe für die gesamte Bundesrepublik einen größeren Anteil am Mehrwertsteueraufkommen erhalten sollten? Wie stehen Sie eigentlich dazu? Es wäre doch auch eine konkrete Forderung, zu sagen: Langfristig muss diese Aufgabe, die wir hier für die gesamte Republik und für die einzelnen Bundesländer erfüllen, wirklich auf solide Beine gestellt werden.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das ist an Schwarz-Gelb gescheitert!)

Ich glaube, darüber sollten Sie in diesem Haus auch einmal Auskunft geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt aber bitte ein bisschen bescheidener als vorhin! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sie haben ein seltsames Frauenbild, Herr Schmiedel.

„Was haben die Hochschulen eigentlich für ein Problem,“ – das fragen Sie, Frau Ministerin – „und warum klagen sie über Missstände?“

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

(Sabine Kurtz)

Ich finde, dass Sie da wirklich unseriös argumentieren.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was? Das sehen die Hochschulen aber ganz anders!)

Ich meine, die gestrige Demonstration hat ja nicht vor dem Haus der Abgeordneten, vor der CDU-Fraktion oder vor der FDP/DVP-Fraktion stattgefunden, sondern sie hat vor Ihrem Haus, vor dem Wissenschaftsministerium, Station gemacht

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Weil man sich jetzt erhofft, dass man Gehör kriegt!)

und ist dann zum Finanzministerium gezogen. Ich würde schon Wert auf die Feststellung legen: Die Demonstrationen und die Klagen richten sich gegen die derzeitige Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist keine Vergangenheitsbewältigung, die dort abläuft. Sie können das nicht einfach von sich weisen und sagen: „Trotz drei Jahren Regierung haben wir damit nichts zu tun.“

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ein Solidaripakt! 2007!)

Es ist auch auffällig – das muss ich Ihnen sagen –: Sie verhandeln ja mit allen Hochschulen gleichermaßen, Sie bilden auch keine eigenen Arbeitsgruppen, Sie sprechen anscheinend auch mit den Standorten der Medizinischen Fakultäten nicht separat, sondern Sie sprechen mit allen gleichermaßen, aber es demonstrieren nicht alle gleichermaßen. Man fragt sich schon ein bisschen: Welchen Spaltpilz wollen Sie eigentlich gerade in die Hochschullandschaft hineintreiben?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Hä?)

Warum verhalten sich die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ruhig?

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Warum hören wir nichts von den Pädagogischen Hochschulen? Mit denen verhandeln Sie ja gerade auch an anderer Stelle: über das Promotionsrecht, über die Lehramtsausbildung. Ich frage mich: Warum äußern sich jetzt eigentlich gerade die Universitäten so lautstark nach außen?

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Weil der Solidaripakt sie betrifft!)

Ich muss Ihnen auch sagen: Die Erträge aus den Studiengebühren waren für die Lehre reserviert. Ich glaube, das war richtig, gut und wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Darauf werden wir sehr genau achten, wenn Sie die Qualitätssicherungsmittel jetzt in die allgemeine Grundfinanzierung überführen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dass davon dann die Heizkosten bezahlt werden können, war nicht im Sinne des Erfinders.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Auf die Lehre haben wir neben der exzellenten Wissenschaft und Forschung einen ganz großen Wert gelegt. Wir schlagen Ihnen vor, dass auch Sie daran festhalten.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Die Proteste gegen Sie waren auch vorhanden! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr?

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sie haben mich eben nicht – –

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr?

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Das mache ich gleich, zum Schluss. Ich habe noch zwei Punkte.

Sie haben mich eben nicht beruhigt. Ich habe gesagt: Andere Bundesländer – siehe Hessen – sagen, dass sie die Mittel 1 : 1 in den Hochschulbereich überführen. Das hat Hessen zehn Tage nach der Entscheidung des Bundes gemacht.

Sie aber sagen hier ganz vage: Das geht in den Bereich „Schulen und Hochschulen“.

(Zuruf von der SPD: Ja, natürlich!)

Das ist doch genau der Punkt, Frau Ministerin: Es geht in Schulen und Hochschulen, und Schule in diesem Land heißt momentan Gemeinschaftsschule.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Das kann uns im Wissenschaftsbereich, im Hochschulbereich nicht recht sein. Denn dort gibt es im Augenblick einen großen Bedarf. Wir hätten gern auch von Ihnen die Aussage, dass Sie die Bundesmittel 1 : 1 in den Hochschulbereich überführen, so, wie es auch gedacht ist, und dass das nicht bei Ihnen versickert, wie es Grün-Rot gerade in den Kram passt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Insofern – das muss ich sagen – bin ich bei dem, was Sie hier sagen, nicht beruhigt. Wenn Sie jetzt neun Monate verhandeln und dann sagen: „Wir sind eigentlich nicht zuständig“, ist das, finde ich, ein echtes Armutszeugnis. Wir sind gespannt, was dann bei den Verhandlungen an Ergebnissen herauskommt. An diesen Früchten werden wir Sie messen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ein bisschen Demut!)

Ich würde jetzt gern noch Herrn Schmidt-Eisenlohr anhören.

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr** GRÜNE: Frau Kollegin, ich war jetzt aufgrund Ihrer Aussagen doch etwas verwundert. Sie haben jetzt noch einmal die Frage angesprochen, warum die Universitäten im Moment intensiver artikulieren, dass sie vor Ort Probleme haben. Sie sollten eigentlich wissen, woran das liegt.

Ich habe das Kernproblem benannt. Das Kernproblem sind die gestiegenen Energiekosten. Der Solidarpakt, den Ihre Regierung ausgehandelt hat, hat dazu geführt, dass die Mittel für die Energiekosten nicht erhöht wurden. Deswegen wurden massive Querfinanzierungen innerhalb der Hochschulen vorgenommen. Wer sich damit auskennt, der weiß, dass die ehemaligen Fachhochschulen, die heutigen HAWs, bei den Energiekosten spitz abrechnen können und die Universitäten das wegen der Festzurrung der Grundfinanzierung über die Pauschale

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

voll selbst tragen müssen. Deswegen haben die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in diesem Punkt kein Problem. Ist Ihnen das bekannt? Da geht es nämlich um sehr, sehr große Summen. Deswegen ist es völlig klar, dass die Universitäten – zu Recht – sagen: „Dieser alte Solidarpakt und die Problematik der Energiekosten bringen uns an die Grenze, und deswegen müssen wir demonstrieren.“

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Ist Ihnen das bekannt?

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Lieber Herr Schmidt-Eisenlohr, das ist jetzt wirklich zu eindimensional.

(Lachen der Abg. Gabi Rolland SPD)

Natürlich sind die Energiekosten ein Thema.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das größte!)

Sie haben aber gestern selbst die Plakate gesehen. Es geht um viel, viel mehr, und es geht um Themen, die alle Hochschulen betreffen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ja, aber das ist das größte!)

Im Übrigen ist es nicht so, dass Professor Frankenberg früher die Hochschulen über den Tisch gezogen hätte.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Ach nö!)

Die würden es sich wirklich verbitten, dass Sie ihnen unterstellen, sie wären seinerzeit nicht in der Lage gewesen, auf Augenhöhe zu verhandeln.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: War es Ihnen bewusst, oder war es Ihnen nicht bewusst?)

Der frühere Minister Professor Frankenberg kam aus dem Hochschulbereich. Er war unter seinen früheren Kollegen sehr anerkannt. Die Rektoren haben diese Pakte unterschrieben,

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das stimmt auch! – Zuruf von der SPD: Notgedrungen!)

im vollen Bewusstsein dessen, was sie da tun. Ich würde das hier jetzt nicht kleinreden und so tun,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Herr Schmidt-Eisenlohr hat eine klare Frage gestellt: War Ihnen das bekannt oder nicht?)

als ob Sie manche von den honorigen Persönlichkeiten beschützen müssten und sie nur auf Sie gewartet hätten.

Vielen Dank.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Das ist jetzt aber keine Antwort! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Umgang mit zurückkommenden radioaktiven Abfällen aus Wiederaufarbeitungsanlagen: Die CDU drückt sich vor der Verantwortung ihrer jahrzehntelangen Atompolitik – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach die Aussprache im Rahmen der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Zeit gab es wieder einige Presseartikel und eine öffentliche Debatte zu der Frage der 26 Castorbehälter, die aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield von der Bundesrepublik Deutschland zurückzunehmen sind. Dieser Anspruch auf Zurücknahme ist völkerrechtlich geregelt.

Wir waren und sind sehr verwundert, wie sich die CDU Baden-Württemberg in dieser Frage wiederholt geäußert hat. Warum waren wir verwundert? Alle Bundesländer – auch Baden-Württemberg – haben über Jahrzehnte Atomenergie genutzt, und zwar gerade Baden-Württemberg sehr intensiv mit einem Atomstromanteil von über 50 %.

Ich kann hier mit gutem Gewissen behaupten, dass die Grünen seit ihrer Gründung gegen diese Risikotechnologie und gegen intensive Atomkraftnutzung gekämpft haben, auch hier in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen und davor gewarnt, dass die Frage aufkommen wird, was mit diesem strahlenden Atommüll, der über viele Generationen hinweg eine schwere Erblast darstellen wird, passieren soll. Jetzt haben wir endlich eine parteiübergreifende Einigung auf einen zweiten Ausstieg aus der Atomenergie erreicht.

Nachdem die rot-grüne Bundesregierung bereits im Jahr 2000 zum ersten Mal einen Atomausstieg beschlossen und diesen auch mit den Energiekonzernen vereinbart hatte, hatte die CDU in Baden-Württemberg nichts Besseres zu tun, als jahrelang gegen diesen Atomausstieg anzukämpfen. Der Atomausstieg wurde schließlich durch die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung im Jahr 2010 wieder zurückgenommen. Erst nach dem leider sehr tragischen Unfall in Japan, nämlich der Reaktorkatastrophe in Fukushima im Jahr 2011, wurde endlich wieder der Ausstieg beschlossen.

Damit, meine Damen und Herren, ist klar: Gerade die CDU in Baden-Württemberg ist in einer besonderen Verantwortung, sich den Herausforderungen – u. a. der Frage, was mit dem radioaktiven Atommüll passiert – zu stellen.

Was überhaupt nicht geht, ist das Agieren des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Hauk. Sie, Herr Hauk, haben einfach nach dem Sankt-Florians-Prinzip agiert und gesagt: „Verschone mein Haus, zünd andere an. Mir ist egal, wo die Brennstäbe, die wir in Baden-Württemberg genutzt haben, letztendlich landen.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie sind doch ein Sicherheitsrisiko!)

Das geht überhaupt nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben es unter dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann nach vielen Jahren endlich geschafft,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was denn? Was habt ihr denn geschafft? – Zurufe der Abg. Peter Hauk und Helmut Walter Rüeck CDU)

ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das die Endlagersuche und das Verfahren klar regelt. Dieser Konsens, der im vergangenen Frühjahr getroffen wurde, markiert einen Neuanfang. Endlich gibt es ein transparentes Endlagersuchverfahren nach wissenschaftlichen Kriterien für den Atommüll, und zwar beginnend mit einer weißen Landkarte, auf der kein Standort von vornherein ausgeschlossen wird. Das war ein Durchbruch, das war ein sehr großer Erfolg, meine Damen und Herren. Das sehen die Grünen so, aber auch die CDU im Bund sieht es so.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Vor einem Jahr mussten wir uns vom Kollegen Hauk anhören: „Eigentlich waren wir schon weiter, wir hatten Gorleben.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja klar, wir haben auch Gorleben!)

Sie haben diesen Endlagersuchkonsens infrage gestellt, und zwar entgegen Ihrer eigenen CDU-geführten Regierung und

Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das muss man eindeutig festhalten. Und das ist nicht nur verantwortungslos, sondern auch skandalös, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Zudem finde ich es skandalös, dass Sie sich in der Frage der Rücknahme von Castoren aus La Hague ebenfalls gegen die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und -chefs der Länder stellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Den Skandal produzieren doch Sie! Haben wir jetzt schon eine Einheitsmeinung, oder was?)

Diese haben nämlich ganz klar vereinbart, Herr Hauk, dass mit Inkrafttreten des Endlagersuchgesetzes keine Castortransporte mehr in das zentrale Zwischenlager Gorleben stattfinden werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Haben Sie denn eine Genehmigung?)

Das hat die Bundeskanzlerin mit sämtlichen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vereinbart. Aber der Kollege Hauk sieht das anscheinend anders und will zurück in Zeiten, in denen man überhaupt keine Idee davon hatte, wie die Endlagersuche zu regeln ist.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur Handeln nach dem Sankt-Florians-Prinzip, sondern ist auch – wie ich bereits gesagt habe – skandalös.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: An Scheinheiligkeit nicht zu überbieten!)

Besonders skandalös ist jedoch folgende Situation: Wir Grünen – das habe ich eingangs dargestellt – kämpfen seit unserer Gründung für den Ausstieg aus der Atomenergie und sagen heute: Ja, es gibt Atommüll, und wir müssen uns der Herausforderung der Zwischenlagerung und der Endlagerung stellen. Jetzt gibt es Regierungen, und zwar zwei an der Zahl, mit grünen zuständigen Umweltministern, die sich bereit erklären, Verantwortung zu übernehmen. Aber diejenigen, die vorangetrieben und forciert haben, dass die Atomenergie viel länger eingesetzt wurde als überhaupt nötig, versuchen sich in die Büsche zu schlagen. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Deshalb, Herr Hauk, erwarten wir von Ihnen heute klare Antworten auf die Frage, wie die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir wollen von Ihnen klare Antworten! Wie wollen Sie denn lagern?)

zum Konsens der Länder mit dem Bund und der Bundeskanzlerin steht. Wir müssen wissen, ob Sie bereit sind, Verantwortung für Ihre Politik der letzten Jahrzehnte zu übernehmen,

(Edith Sitzmann)

oder ob Sie einfach nur sagen: „Was interessieren mich die Brennstäbe, die wir selbst zu verantworten haben?“

(Abg. Peter Hauk CDU: Um die geht es doch gar nicht!)

Soll sie doch nehmen, wer will.“ Das geht nicht. Sie haben hier und heute die Möglichkeit, das aufzuklären.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Müller das Wort.

**Abg. Ulrich Müller** CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der römische Dichter Terentius hat den deutschen Sprichwortschatz um eine Wendung bereichert, als er seinerzeit sagte: „Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.“

Ich möchte nicht wissen, was aufseiten der Opposition in diesem Land los gewesen wäre, wenn ein CDU-Ministerpräsident dafür plädiert hätte, dass Castorbehälter nach Baden-Württemberg kommen, obwohl sie in Gorleben ihren Platz haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wann waren wir für Gorleben? Wann war das? Gar nicht!)

Es gäbe Sicherheitsbedenken, politische Vorwürfe, Emotionen und dergleichen mehr. Wenn ein grüner Ministerpräsident dasselbe tut, dann ist das angeblich ein Ausdruck besonderer Verantwortung.

Unsere Kritik – Sie werden es jetzt gleich hören – ist differenziert in der Begründung und klar im Ergebnis. Das Ergebnis lautet: Erstens haben Sie die Belange des Landes Baden-Württemberg nicht vertreten, und zweitens sind Sie Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Was ist geschehen, meine Damen und Herren? Es gibt Gorleben, ein genehmigtes, funktionsfähiges und bezahltes Zwischenlager.

(Zurufe der Abg. Andreas Schwarz und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE sowie Helmut Walter Rüeck CDU)

Im Rahmen der Endlagersuche haben mehrere Länder, darunter das Land Baden-Württemberg, die These vertreten, dass Niedersachsen im Rahmen der Endlagersuche beruhigt werden sollte und dass man deswegen – so der Ministerpräsident wörtlich in einer Regierungserklärung vor gut einem Jahr – gegenüber Niedersachsen „eine vertrauensbildende Maßnahme“ ergreifen müsse und auf das Zwischenlager in Gorleben verzichten solle. Das ist die Begründung: „eine vertrauensbildende Maßnahme“.

Das heißt, wir haben objektiv keine Zwangslage, sondern wir haben einen politischen Kuhhandel, der weder die Belange des Landes berücksichtigt noch das, was sachlich geboten wäre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Problem ist ohne Not entstanden, und man hat es in gewisser Weise selbst mit ausgelöst. Das ist der erste Aspekt.

Zweitens lag die Meldung von Baden-Württemberg von vornherein auf dem Tisch, und zwar zusammen mit der Schleswig-Holsteins. 14 andere Bundesländer haben hingegen geschwiegen und schweigen bis heute.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Tauchen ab!)

Alle Fragen waren ungeklärt. Selbst wenn man dieses Problem als solches hinnimmt, ist noch längst nicht gesagt, welches Bundesland dann in welchem Umfang die Ersatzlösung bieten soll.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Aber wenn ein Land einen Vorstoß macht, ist die Wahrscheinlichkeit natürlich sehr groß, dass sich die anderen zurücklehnen, und genau das findet statt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Das Problem wurde also nicht nur ausgelöst, sondern außerdem ins Land geholt.

Drittens: Die Zusage, die die Landesregierung gegeben hat, verstößt sowohl gegen alle Prinzipien einer ordnungsgemäßen Entscheidungsfindung als auch vor allem gegen das hochgehaltene Gebot der Politik des Gehörtwerdens. Denn die Verpflichtung, die das Land nach außen eingegangen ist, wurde eingegangen ohne eine vorherige politische Diskussion im Land, z. B. im Landtag, ohne Einbeziehung der Standortgemeinde, ohne Einbeziehung des Betreibers, ohne Klärung der konkreten Sachfragen und ohne Klärung der Gesamtproblematik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich möchte jetzt noch etwas differenzierter auf die Sachprobleme eingehen. Die Sachprobleme sind in diesen Tagen von der EnBW zu Recht auf den Tisch gelegt worden. Es gibt die technischen und sicherheitsmäßigen Fragen, das Reparaturkonzept, die Krananlage, den Neubau – es handelt sich um andere Castoren als die, die bisher dort sind –, eine andere Art der Bewachung. Das waren die Aspekte, auf die unser Fraktionsvorsitzender hingewiesen hat. Solange diese technischen und sicherheitsmäßigen Belange noch nicht geklärt sind, haben wir ungeklärte Sicherheitsfragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweitens gibt es finanzielle Aspekte. Die EnBW vermutet, dass Kosten in einer Größenordnung von 50 Millionen € für sie entstehen werden. Die EnBW hat die Abfälle – so, wie sie nach Philippsburg kommen sollen – nicht verursacht. Sie hat Plätze in Gorleben gemietet. Diese Miete ist gegenstandslos geworden. Sie hat nun keinen Grund zu zahlen. Sie erwartet zu Recht, dass derjenige, der bestellt, auch bezahlt.

(Ulrich Müller)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja, eben! Darum geht es ja!)

Drittens gibt es die genehmigungsrechtlichen, verfahrensmäßigen Aspekte. Dabei will ich jetzt nur auf den Gesamtkontext zu sprechen kommen, darauf, was bei einer Genehmigung mit zu berücksichtigen ist: Wo ist die Gesamtlösung? Wir reden im Moment von fünf Castoren. Was ist eigentlich mit den anderen 21 Castoren? Was ist mit Brunsbüttel, dem anderen Zwischenlager, für das es mittlerweile keine gültige Genehmigung mehr gibt, sodass Philippsburg im Moment der einzige Standort in ganz Deutschland ist, der auf dem Tisch liegt?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das muss man sich einmal vorstellen!)

Was ist mit dem örtlichen Zwischenlager, das in Philippsburg im Zusammenhang mit dem Rückbau mit großer Wahrscheinlichkeit errichtet werden muss, weil ja der Schacht Konrad nicht rechtzeitig zur Verfügung steht? Das alles sind Aspekte, die berücksichtigt werden wollen und die man berücksichtigen müsste, bevor man die Aussage macht, dass man in Philippsburg etwas zwischenlagern müsse.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die politischen Probleme vor Ort sind nicht gelöst. Im Gegenteil, Sie haben sie noch verschärft. Zunächst einmal: Anfang der 2000er-Jahre haben die Sitzkommunen die Zusage erhalten, dass, sollte es Zwischenlager geben, diese nur die eigenen Abfälle aufnehmen müssten.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Die Vereinbarungen, die später getroffen wurden, haben sich lässig darüber hinweggesetzt. Geht man so mit Zusagen und mit dem Vertrauen von Kommunen und von Bürgern um?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Informationspolitik dieser Landesregierung gegenüber den örtlich Handelnden und Verantwortlichen ist unterirdisch.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

Ich könnte Ihnen vorlesen – ich erspare es Ihnen aber –, was allein heute die „Badischen Neuesten Nachrichten“ dazu geschrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Bürgermeister von Philippsburg verweist zu Recht darauf, dass Philippsburg schon genügend an Lasten trägt.

In diesem Zusammenhang lässt sich sagen: Man könnte über alles reden, aber dann müsste man eben auch über alles reden, und genau das geschieht nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Man müsste allerdings vorher darüber reden, bevor man solche Aussagen trifft, und genau das geschah nicht.

Das Ergebnis, meine Damen und Herren, ist bedauerlich. Wir haben keine Klarheit für die EnBW. Wir haben den örtlichen

Widerstand. Wir stehen unter einem erheblichen Zeitdruck. 2015 müssten die Probleme gelöst sein. Außerdem sind innerhalb der Bundesrepublik die Lasten ungleich verteilt.

So ist es – jetzt komme ich zu den konkreten handwerklichen und politischen Fehlern dieser Regierung –,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der Bundesregierung, oder was?)

wenn man den vierten Schritt vor dem dritten, den dritten Schritt vor dem zweiten und den zweiten Schritt vor dem ersten macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

So ist es, wenn man sich politisch festlegt, ohne die Sachfragen vorher geklärt zu haben, wenn man einen Standort aufgibt, bevor man einen neuen gefunden hat, und wenn man Zustimmung erwartet, ohne durch Gespräche und Dialog um diese Zustimmung geworben zu haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wie paradox die Situation ist, meine Damen und Herren, zeigt sich darin, dass das Land für etwas plädiert, von dem es selbst sagt, dass es sich eigentlich gar nicht um eine Zusage des Landes handelt. Ja, was ist es jetzt eigentlich? Ein Für-gut-Befinden, eine Aussage, aber keine Zusage.

Das Land kann auch nichts zusagen, weil es nämlich nicht – in keiner Phase – zuständig ist. Das Land kann keine Zusage geben – tut aber so, als hätte es eine gegeben –, denn den Antrag stellt die EnBW, für die Genehmigung ist das Bundesamt für Strahlenschutz zuständig, die örtlichen Probleme sind durch die Sitzkommunen zu bewältigen, und die Zuständigkeit für die ganze Geschichte liegt beim Bund.

Nun haben Sie sich wahrscheinlich etwas besonders Schlaues ausgedacht – aber es wird Ihnen auf die Füße fallen –, nämlich: Geht es gut, waren es wir; geht es schief, waren wir nicht zuständig.

Tatsächlich, meine Damen und Herren, ist es genau umgekehrt: Geht es gut, dann, weil das Land nicht zuständig war. Geht es schief, dann deswegen, weil dieser Prozess unglaublich dilettantisch und falsch eingefädelt worden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zurzeit, meine Damen und Herren, spricht alles dafür, dass dieses stümperhafte Vorgehen der Landesregierung dazu beiträgt, dass die Sache schiefgeht. Kompetente, sachorientierte und verantwortliche Politik sieht anders aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Über eine Politik des Gehörtwerdens sollten wir ab dem heutigen Tag ohnehin schweigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Entschuldigung, Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr?

**Abg. Ulrich Müller** CDU: Ja.

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Kollege, am Anfang Ihrer Ausführungen haben Sie von Verantwortung für Baden-Württemberg gesprochen. Ich hatte gehofft, die Ausführungen dazu falsch interpretiert zu haben; Ihre Ausführungen haben jedoch leider keine Klarheit gebracht. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, werfen Sie der Landesregierung vor, dass sie nicht in dem Sinn verantwortlich gehandelt hat, dass sie gesagt hat: „Wenn hier Müll produziert wird, müssen wir schauen, dass er möglichst weit weg von unserer Region kommt. Verantwortung für Baden-Württemberg zu übernehmen bedeutet, dass unser Müll weit weg muss, dass möglichst kein durch den Müll hervorgerufenes Risiko für unsere Bürger entsteht.“ Wenn dies Ihre Haltung ist, bin ich schon sehr erstaunt.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frage!)

Habe ich dies richtig verstanden?

(Zuruf: Zuhören!)

**Abg. Ulrich Müller** CDU: Sie haben mich nicht richtig verstanden. Sie hätten nur zuhören müssen, was ich gesagt habe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich Herrn Abg. Stober das Wort erteile, freue ich mich, im Zuhörerbereich als Gäste sehr herzlich den Präsidenten des Parlaments der autonomen Provinz Vojvodina in Serbien, Herrn István Pásztor, und seine Delegation begrüßen zu dürfen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Mein Willkommensgruß gilt ferner dem serbischen Generalkonsul in Stuttgart, Herrn Bozidar Vucurovic.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Präsident Pásztor und Herr Landtagspräsident Wolf werden in der Mittagspause eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit unserer beiden Parlamente unterzeichnen. Unsere Zusammenarbeit soll ein Zeichen sein für engere Beziehungen der gewählten Vertretungen der Donauregionen. Wir freuen uns, sehr geehrter Herr Präsident, Sie und Ihre Delegation hier willkommen zu heißen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Stober das Wort erteilen.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Müller, ich muss ehrlich zugeben, dass ich entsetzt bin über das, was Sie hier von sich gegeben haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gehen Sie auf die Fakten ein!  
– Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie haben nämlich nichts anderes getan, als zu einem glatten Rechtsbruch aufzurufen. Sie haben gefordert, dass die Castoren aus La Hague in das Zwischenlager in Gorleben eingelagert werden. Dies ist seit der Beschlussfassung über das Standortsuchgesetz für die atomaren Endlager – mit großer Mehrheit, parteiübergreifend im Deutschen Bundestag so beschlossen – verboten. Sie wollen sich über dieses Verbot hinwegsetzen. Das ist Rechtsbruch pur.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Staatssekretär Ingo Rust: Rechtsbruch!)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass es uns in Baden-Württemberg besonders wichtig war, dass bei der Endlagerung auf einer weißen Landkarte begonnen wird, sodass zunächst einmal jeder Standort infrage kommt – Gorleben also genauso wie Standorte bei uns, in Bayern oder in anderen Bundesländern. Dies ist erreicht worden. Es gab aber in Niedersachsen die Befürchtung, dass man dadurch, dass man das Zwischenlager in Gorleben weiter offenhält, sozusagen eine Entscheidung pro Gorleben präjudiziert. Dieser Befürchtung ist man dann nachgekommen. Darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein. Deswegen haben wir gesagt: Wir machen eine ergebnisoffene Suche auf einer weißen Landkarte in großem parteipolitischen Konsens.

Ich bin schon entsetzt, dass sich die CDU Baden-Württemberg – nicht die Bundes-CDU, da will ich ausdrücklich trennen – bzw. deren Landtagsfraktion in dieser Art und Weise über diesen parteiübergreifenden Konsens hier hinwegsetzt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich habe mich vorhin, Herr Hauk, über einen Zwischenruf gefreut, nämlich als Sie gesagt haben, dass der Transport der Castoren ein Sicherheitsrisiko sei. Wir hätten uns gefreut, wenn Sie deutlich früher –

(Abg. Peter Hauk CDU: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, dass die Frau Sitzmann ein Sicherheitsrisiko ist! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Sitzmann ist kein Castor! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Noch nicht!)

– Wenn ich den Zwischenruf falsch verstanden habe, dann möchte ich das natürlich in dieser Art und Weise nicht wiederholen, sondern dies zurücknehmen.

Aber was ich sagen möchte – das ist, glaube ich, unstrittig –: Die Kernenergie ist ein Sicherheitsrisiko. Das gilt für den Betrieb, die Endlagerung, die Zwischenlagerung, und es gilt erst recht für die Transporte. Dieses Problem ist dadurch geschaffen worden, dass wir die Kernenergie in Baden-Württemberg und in Deutschland eingesetzt haben. Das Problem ist dadurch immer größer geworden, dass es hier eine Landesregierung gab, die über Jahrzehnte daran festgehalten hat, obwohl die Risiken schon bekannt waren, und die dafür gesorgt hat, dass immer mehr strahlender Atom Müll entstanden ist und wir immer größere Probleme bekommen haben.

Man kann jetzt gern darüber diskutieren – ich werde auch noch einmal auf diese Frage eingehen –, wie wir mit den Castoren aus La Hague umgehen. Aber wer sich über Jahre in dieser Dreistigkeit diesen Fragen widersetzt hat und diese Probleme ignoriert hat, der hat nun nicht das Recht, hier in diesem Haus so aufzutreten, wie Sie das heute getan haben.

(Johannes Stober)

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut! – Zurufe der Abg. Karl Klein CDU und Beate Böhlen GRÜNE)

Eigentlich will ich diese Auseinandersetzung nicht führen; denn es ist mir wichtig, dass wir die Energiewende und das, was dazugehört – Atomausstieg, Endlagersuchgesetz –, im Einvernehmen machen – wenn auch mit manchen Diskussionen und Auseinandersetzungen –, dass wir aber auch akzeptieren und respektieren, was der Bundestag parteiübergreifend beschlossen hat. Das ist eben das Standortsuchgesetz.

Da gibt es jetzt natürlich die Frage: Wohin kommt der wiederaufbereitete Abfall aus La Hague und aus Sellafield? Da brauchen wir eine Lösung, weil es in Gorleben nicht mehr geht. Die Landesregierung hat nichts anderes gemacht, als zu sagen, dass sie bereit ist, wenn man in Baden-Württemberg eine Möglichkeit hierzu sieht, keinen Widerstand zu leisten; sie ist bereit, der Bundesregierung gegenüber – die natürlich die politische Verantwortung an dieser Stelle hat –, wenn Baden-Württemberg für einen Teil der Lösung geeignet ist, nicht Nein zu sagen, sondern den Prozess konstruktiv zu begleiten. Ich glaube, es wäre gut, wenn das nicht nur die Länder Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein tun würden, sondern auch andere Bundesländer wie Hessen oder Bayern, die ebenfalls über viele Jahrzehnte hinweg Atommüll produziert haben und jetzt genauso in der Verantwortung stehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Was wir natürlich diskutieren müssen sind Sicherheitsfragen, die an allen Standorten, die potenziell infrage kommen – Philippsburg und andere –, aufgeworfen werden. Der Müll, der jetzt aus La Hague kommt, ist weniger radioaktiv belastet; er ist mittel radioaktiv und nicht hoch radioaktiv. Das ist erst einmal eine geringere Strahlungsmenge. Aber bei anderen Castoren – insbesondere durch die Art der Deckel, die diese Castoren haben – stellen sich natürlich Sicherheitsfragen, die gelöst werden müssen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

An jedem Standort stellen sich die Fragen praktisch in gleicher Art und Weise, und deswegen brauchen wir dafür insgesamt eine Lösung. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, Fragen zu beantworten wie: Wie geht man damit um, wenn Castoren, die in den Zwischenlagern sind, möglicherweise defekt sind und repariert werden müssen? Was muss da gemacht werden? Aber das muss man sachlich diskutieren. Es ist gut und richtig, dass Baden-Württemberg gesagt hat: Wir können Teil der Lösung sein; wir wollen uns dem nicht widersetzen.

Wenn man sich die beiden Zwischenlager in Baden-Württemberg anschaut, nämlich Philippsburg und Neckarwestheim, ist auch klar: Neckarwestheim hat keinen Schienenanschluss, Philippsburg hat einen. Deswegen ist es einfach naheliegend, dass man hier über Philippsburg diskutiert und nicht über Neckarwestheim.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Die Landesregierung in Baden-Württemberg macht hervorragende Arbeit; Grün-Rot hier oder Rot-Grün in Schleswig-Holstein sind an dieser Stelle richtig aufgestellt. Ich würde mich sehr freuen, wenn es andere Bundesländer auch wären und wenn diese

ebenfalls ihren Beitrag dazu leisten würden. Von der Opposition hier will ich erst einmal gar nicht reden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits seit längerer Zeit ist klar, dass Deutschland ab dem nächsten Jahr mehrere Castorbehälter aufnehmen muss. Dazu hat die Bundesregierung ein Gesamtkonzept angekündigt. Dieses in Bearbeitung befindliche Gesamtkonzept ist der Landesregierung auch bekannt, denn sie hat in mehreren parlamentarischen Initiativen darauf hingewiesen.

Jetzt, im Juni, preschen die Grünen vor und geben die angeblichen Gutmenschen, indem sie ankündigen, Baden-Württemberg werde fünf Castoren übernehmen. Das hat am 20. Juni zu einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“ geführt mit der Überschrift „Castoren können rollen“:

*Baden-Württemberg macht den Weg frei für den ersten Castor-Rücktransport von Atommüll aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) La Hague ... obwohl es noch kein Konzept für die Rücknahme aller Castoren gibt, die in den nächsten Jahren aus Frankreich und Großbritannien kommen werden.*

Drei Tage später gibt es – auch wieder in der „Frankfurter Rundschau“ – ein Interview mit Herrn Minister Untersteller, in dem konkret steht – es ist nicht mehr nur allgemein von Baden-Württemberg die Rede –, die Reise für die Castoren solle nach Philippsburg gehen.

Nun kann man darüber diskutieren, ob Philippsburg als Standort richtig oder falsch ist. Darauf möchte ich zunächst einmal gar nicht eingehen. Aber dieser Vorstoß der baden-württembergischen Landesregierung zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht verantwortungsvoll,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Doch!)

sondern es ist ein blinder Aktionismus, es ist Populismus, und es ist vielleicht sogar ein Mangel an Sachkenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ach was! Wir machen eure Arbeit!)

Ich sage Ihnen auch, warum. Erstens: Das von der Bundesregierung angekündigte Konzept liegt noch nicht vor.

Zweitens: Es gibt überhaupt keine Genehmigung, dass diese Castoren in Philippsburg gelagert werden dürfen. Nicht einmal der Antrag auf eine solche Genehmigung liegt zum jetzigen Zeitpunkt vor.

Drittens: Es gibt nicht nur politische und finanzielle Hürden. Es gibt auch technische Hürden, und zwar sicherheitsrelevante technische Hürden.

Herr Kollege Stober, ich gebe Ihnen recht: Da müssen Lösungen her. Aber die Lösungen müssen her, bevor man Zusagen macht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Andreas Glück)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich will nicht darüber streiten, ob jetzt Philippsburg der richtige Ort für eine Zwischenlagerung ist. Das möchte ich jetzt außen vor lassen. Aber was definitiv falsch ist, ist Ihre Politik des Überhörtwerdens. Die Menschen in Philippsburg haben aus der Presse erfahren, dass die Castoren nun in ihre Stadt kommen sollen. Auch die Stadtverwaltung hat es aus der Presse erfahren. Vertreter von Stadt- und Landkreis sagten bei der Informationskommission am vergangenen Montag, sie hätten aus der Presse davon erfahren.

Herr Minister Untersteller, in diesem Interview, das ich Ihnen vorhin gezeigt habe, steht – wenn ich zitieren darf –:

*Ich war in Philippsburg, ich habe dort mit den Bürgern diskutiert.*

Jetzt stelle ich schon die Frage: Wenn es bei der Informationskommission heißt, sie hätten es aus der Presse erfahren, und Sie den Anspruch erheben, Sie hätten mit den Menschen gesprochen, was stimmt denn dann? Ich stelle Ihnen die Frage: Haben Sie mit den Menschen vor Ort darüber gesprochen, dass nun tatsächlich Philippsburg der Ort sein soll, wo die Castoren hinkommen?

(Abg. Johannes Stober SPD: Wenn Sie als Mitglied der Kommission einmal selbst kommen würden!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie nehmen für sich in Anspruch, die Menschen mitzunehmen. Sie wollten alles besser machen. Aber Sie machen es schlechter, als es jemals zuvor war.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn Ihnen schon die Menschen vor Ort egal sind, dann sprechen Sie doch bitte mit denjenigen, die direkt beteiligt sind. Es ist nicht die Landesregierung, die Castorbehälter zwischenlagern wird. Sie wollen die Castoren ja nicht etwa im Keller der Villa Reitzenstein unterbringen. Die Zwischenlagerung soll die EnBW übernehmen. Aber nicht einmal mit der EnBW haben Sie das im Vorfeld geklärt. Sie müssen doch erst einmal eine Zwischenlagerung beantragen. Das hat die EnBW aber nicht getan, und das vielleicht aus gutem Grund. Denn die Kostenfrage ist bislang noch unklar, und es ist nicht geklärt, wie man das eine oder andere technisch umsetzen kann.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die EnBW bereit sein wird, Fremdadfälle zum Nulltarif zu lagern. Die EnBW hat eindeutig erklärt, ausschließlich eine Genehmigung für die Zwischenlagerung standortspezifischer Abfälle des Rückbaus beantragen zu wollen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann, die EnBW ist keine Abteilung des Staatsministeriums, wo Sie einfach eine Weisung geben können: „Jetzt stellen Sie bitte einen Antrag.“

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Herr Minister Untersteller nennt es einen Treppenwitz, dass genau die Grünen jetzt bei der Zwischenlagerung vorpreschen

würden. Ja, das ist richtig, Herr Minister. Aber das ist ein Treppenwitz, den Sie erzählen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Klar ist: Wir müssen unserer Verantwortung nachkommen und Castoren aufnehmen. Aber es darf nicht sein, dass am Schluss derjenige mehr Castoren aufnehmen muss, der leiser schreit als die anderen. Es ist auch keine gute Politik, wenn Sie gesellschaftliche, bauliche, finanzielle und technische Voraussetzungen ignorieren, nur damit Minister Untersteller und Ministerpräsident Kretschmann

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

einen schlechten Treppenwitz erzählen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Untersteller das Wort.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Die Überlegungen zu einer möglichen Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen, die aus den Wiederaufarbeitungsanlagen im englischen Sellafield und in La Hague zurückkommen, haben in den letzten Tagen nochmals – nochmals; das sage ich dazu – Wellen geschlagen. Ich werde gleich sagen, warum ich sage: nochmals.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Kollege Hauk, hat sich auch dazu gemeldet, und ich will hier einmal ein paar Bemerkungen von ihm zitieren.

Nach Ihrer Aussage, Herr Kollege Hauk, könnten Sie einer möglichen Rückführung der Castorbehälter mit mittel radioaktiven Glaskokillen

(Abg. Peter Hauk CDU: Derzeit nicht!)

aus La Hague aus Sicherheitsgründen nicht zustimmen. Sie haben laut dpa vom 22. Juni auch geäußert, die Zwischenlagerung in Philippsburg gefährde die Sicherheit der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, ich finde es einigermaßen absurd, wie Sie seitens der Opposition hier die heutige Debatte führen. Ich bin auch einigermaßen überrascht, was Sie, Herr Kollege Müller, hier eingebracht haben. Ich will es einmal deutlich sagen: Mit den Ausführungen, die Sie heute gemacht haben, ersetzen Sie das Prinzip Verantwortung durch das Prinzip Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Unsinn!)

Ich werde nachher noch erläutern, warum.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Herr Kollege Glück, wären Sie als Mitglied der Informationskommission in Philippsburg auch einmal anwesend,

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das war ich!)

(Minister Franz Untersteller)

wüssten Sie, dass ich am 25. Juni 2013 in Philippsburg war und mich dort abends zweieinhalb Stunden lang der Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern gestellt habe.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Damals habe ich erläutert, wie es ist, wenn die fünf Behälter nach Philippsburg zurückkommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum haben Sie dann nichts zu den Bedenken gesagt? – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Dies habe ich damals vor der Informationskommission ausgeführt, und wer nicht dort war, das waren Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sich hier dann hinzustellen und zu behaupten, wir würden die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht ernst nehmen, ist schon ein dicker Hund. Das will ich Ihnen auch einmal sagen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sagen die Bürger vor Ort aber selbst! Das sagen nicht wir! Der Bürgermeister und der Landrat! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Herr Kollege Müller, Sie haben vorhin hier eingeführt: Wenn dies eine von der CDU geführte Regierung gemacht hätte, dann hätte die Opposition und hätten insbesondere die Grünen aufgeschrien.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Ich will Ihnen einmal Aussagen aus einer Pressemitteilung vom 10. November 2010 von mir zitieren; das war vor der letzten Landtagswahl. Darin geht es um die Zwischenlagerung von Atommüll, der aus Frankreich und aus England zurückkam; er kam nämlich auch schon damals zurück. Ich zitiere:

*Es wäre mehr als angemessen, wenn der aus baden-württembergischen Atomkraftwerken stammende strahlende Müll zur Zwischenlagerung wieder an die Erzeugerstandorte zurückgebracht wird.*

Ich habe mich bei dieser Frage nicht drehen müssen, und ich drehe mich auch heute nicht. Aber Sie drehen sich bei dieser Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Seit Sie nämlich keine Regierungsverantwortung mehr tragen, zeigen Sie keinerlei Verantwortungsgefühl mehr.

Herr Kollege Hauk und Herr Kollege Müller, eigentlich sollte Ihnen der Konsens bekannt sein, der im letzten Jahr zwischen der Bundesregierung und den Ländern parteiübergreifend und einstimmig – ich betone: einstimmig – beschlossen wurde. Ihre Äußerungen aus den letzten Tagen lassen aber Zweifel daran aufkommen, dass dies so ist, oder sie führen zu dem Schluss, dass Sie diesen Konsens, wenn Sie ihn kennen, offensichtlich nicht verstanden haben.

Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, Ihnen die wesentlichen Eckpunkte dessen, was da im letzten Jahr vereinbart wurde, noch einmal ins Gedächtnis zu rufen:

Erstens: Die Überlegungen zur Zwischenlagerung an den bestehenden Kraftwerksstandorten sind ein Baustein des Gesamtkonzepts zur Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort für hoch radioaktive Abfälle und abgebrannte Brennelemente in Deutschland.

Wir haben nach dem Atomkonsens, den wir parteiübergreifend beschlossen haben, das Ziel verfolgt – gerade vonseiten Baden-Württembergs, und gerade durch den Ministerpräsidenten –, auch bei dieser letzten großen Streitfrage, die über Jahrzehnte hinweg die Gesellschaft gespalten hat – nämlich der Umgang mit dem Atommüll –, einen Konsens zu erreichen. Wie Sie wissen, sind wir da einen guten Schritt weiter, auch mit der CDU im Bund – aber nicht mit Ihnen. Und Sie gefährden diesen Konsens.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das, was Sie hier machen, zeigt aus meiner Sicht: Sie sind in diesem Land gar nicht regierungsfähig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Sie sind ein Verzweiflungstäter! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Zweitens: Meine Damen und Herren, nur dann, wenn es uns gemeinsam gelingt, in den kommenden Jahren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gehen Sie doch einmal voran!)

einen Standort für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle zu finden, haben wir in Bezug auf die Standorte für die Zwischenlager die Chance, dass die Abfälle, die in der Vergangenheit eingelagert wurden und die in den kommenden Jahren noch eingelagert werden, auch in einem überschaubaren Zeitraum abfließen. Allein schon deswegen sollten Sie einmal hinterfragen, ob es richtig ist, sich so zu positionieren, wie Sie dies tun.

Drittens – ich habe es eben schon gesagt –: Es war ganz wesentlich Baden-Württemberg, der hiesige Ministerpräsident, der den Anstoß zu diesem Prozess für eine wissenschaftsbasierte und transparente Standortauswahl auf der Grundlage einer weißen Landkarte gegeben hat. Sprich: Es ist kein Standort ausgeschlossen, auch Gorleben nicht.

Am 9. April 2013 kamen wir nach mühsamem Ringen zu einer parteiübergreifenden Einigung zwischen Union, SPD, Grünen und FDP. In der Folge wurde dann das Endlagersuchgesetz im Deutschen Bundestag – das war im Juni letzten Jahres – und schließlich auch im Bundesrat einstimmig verabschiedet.

Möglich war dieser breite Konsens, Herr Kollege Müller, letztlich nur, weil es gelang, das Vertrauen Niedersachsens in das neu aufgesetzte Endlagersuchverfahren zu gewinnen und das Land Niedersachsen davon zu überzeugen, dass es sich bei dem Suchverfahren um einen Neuanfang ohne Vorfestlegungen handelt.

Die Grundlage dafür war die maßgeblich vom früheren Bundesumweltminister Altmaier konzipierte Lösung für die aus La Hague und Sellafield zurückkommenden Abfälle. Altmai-

(Minister Franz Untersteller)

er hatte damals ein Siebenpunktepapier vorgelegt, das ich hier vor mir habe. Ich will daraus einmal die drei wesentlichen Punkte zitieren:

1. *Mit Inkrafttreten des Endlager-Suchgesetzes werden keine Castor-Transporte mehr in das zentrale Zwischenlager Gorleben stattfinden.*
2. *Die noch ausstehenden 26 Behälter, die aus Großbritannien und Frankreich zurücktransportiert werden, sollen auf mehrere (drei) bestehende Standort-Zwischenlager verteilt werden.*

Schließlich zitiere ich noch den sechsten Punkt:

6. *Die Entscheidung für ein bestimmtes Standort-Zwischenlager kann nur mit Zustimmung des betroffenen Bundeslands erfolgen.*

Herr Kollege Müller, da geht es nicht darum, dass irgendjemand von uns vorgeprescht ist. Vielmehr geht es darum, dass wir uns hier der Verantwortung gestellt haben, genauso wie sich Schleswig-Holstein der Verantwortung gestellt hat. Die beiden Ministerpräsidenten haben seinerzeit erklärt, dass sie bereit sind, im Rahmen dieses Konzepts, das von vier Fraktionen im Deutschen Bundestag und den Ländern getragen wurde, Verantwortung zu übernehmen. Und Sie verabschieden sich davon. Das finde ich schon einen Hammer, sage ich Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nachdem das Endlagersuchgesetz verabschiedet worden war, war seinerzeit der nächste Schritt im Juni 2013, dass die Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder eine gemeinsame Vereinbarung über die Rückführung von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung getroffen hat. Danach sollen die 26 noch zurückzunehmenden Castoren nach objektiv nachprüfbareren Kriterien sowie unter Berücksichtigung der Sicherheit und der Kosten und nur mit Einverständnis der Länder auf die, wie gesagt, drei Standorte verteilt werden.

Philippsburg war damals eine Option. Deswegen war ich auch schon am 25. Juni 2013 in Philippsburg und habe mich dort einen ganzen Abend lang in der Informationskommission der Diskussion mit mehreren Hundert Bürgern gestellt. Philippsburg ist auch weiterhin eine Option.

Warum ist es Philippsburg und nicht Neckarwestheim? Ich habe eben gesagt, man hat sich darauf verständigt, dass es nachvollziehbare Kriterien sein sollen. Kriterien, die der Bund – nicht wir – hier anlegt, sind in diesem Fall ein Gleisanschluss, und den hat Philippsburg und nicht Neckarwestheim. Ein weiteres Kriterium ist, dass ausreichend Platz vorhanden sein muss, und ein drittes Kriterium ist, dass Philippsburg sehr grenznah liegt; es liegt nah an der französischen Grenze. Es geht nur – nur; das sage ich dazu – um die fünf Behälter aus La Hague mit schwach und mittel radioaktiven Abfällen. Es sind keine abgebrannten Brennelemente, die zurückkommen, sondern es sind Glaskokillen, in denen Abfälle eingegossen sind.

Dass sich, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU hier im Land ihrer Verantwortung aus der

Vergangenheit, die sie für ein Land hat, das 50 % der Stromerzeugung über die Kernenergie abgedeckt hat, nicht stellen will und die heutige Landesregierung nicht unterstützt, finde ich beschämend genug. Aber dass Sie das noch mit Sicherheitsargumenten untermauern, die aus meiner Sicht fadenscheinig sind und die keinerlei – aber auch keinerlei, Herr Kollege Hauk – Hintergrund haben, finde ich wirklich beschämend. Das will ich auch deutlich sagen.

Worüber reden wir eigentlich? Seit 2007 werden in Philippsburg Jahr für Jahr Castoren mit hoch radioaktiven Abfällen eingelagert –

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie wissen doch selbst, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat!)

seit 2007! Von den 152 Positionen im Zwischenlager sind heute 36 Plätze belegt. Bis zum Ende der Laufzeit werden es 115 Positionen sein, die belegt sind. Das heißt, es ist noch Platz für die fünf Behälter, die zurückkommen.

Wenn Sie nun diese fünf Behälter anschauen, sieht es wie folgt aus – ich will Ihnen einmal die Zahlen nennen –: Die Radioaktivität in einem heutigen in Philippsburg eingelagerten Behälter, für den heute Philippsburg genehmigt ist, ist um das 1 200-Fache höher als in den Behältern, die aus Frankreich, aus La Hague, zurückkommen. Oder umgekehrt gesagt: Die Radioaktivität im Zwischenlager in Philippsburg wird dann, wenn 115 Behälter aus Philippsburg selbst schon einmal im Lager drin sind, um – und jetzt einmal gut zuhören – 0,004 % zunehmen, wenn die fünf Behälter aus La Hague hinzukommen. Und dann kommen Sie hierher und erzählen, wir würden die Bevölkerung hier unnötigen Sicherheitsrisiken aussetzen. Ich finde das absurd und schlichtweg unverantwortlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Worum geht es, Herr Kollege Hauk? Es geht darum – da sind wir uns wieder einig –, dass, wenn wir diese Behälter in den Zwischenlagern aufnehmen – einmal angenommen, Philippsburg würde dazugehören –, die technischen Einrichtungen vorhanden sein müssen, um mit den Behältern zu hantieren. Denn die Behälter vom Typ Castor V, die heute eingelagert werden, sind andere Behälter als die, die aus Frankreich zurückkommen. Das heißt, die technischen Voraussetzungen müssen gegeben sein. Diese technischen Voraussetzungen werden diskutiert und genehmigt in einem Genehmigungsverfahren, das nicht von uns geführt wird

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also! – Glocke der Präsidentin)

– nein, ich möchte jetzt weiter ausführen –, sondern vom Bundesamt für Strahlenschutz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also!)

– Was heißt hier „also“?

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Weitere Zurufe)

– Entschuldigung, es ist doch keine sicherheitstechnische Frage,

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

(Minister Franz Untersteller)

sondern es sind in der Anlage zu lösende technische Fragen, wenn die Hantierungswerkzeuge umgebaut werden müssen, damit auch mit den fünf Castoren, die aus La Hague zurückkommen, umgegangen werden kann.

Ein zweiter Punkt, der zu diskutieren ist: Für den Fall, dass ein Primärdeckel bei einem der Castorbehälter defekt sein sollte, geht es um die Frage: Müssen an den Standorten geeignete Anlagen zu deren Reparatur errichtet werden, ja oder nein? Auch dies wird Bestandteil eines solchen Genehmigungsverfahrens sein.

Aber noch einmal: Das sind Sachfragen, die in den Genehmigungsverfahren geklärt werden. Selbstverständlich können die Behälter nicht angenommen werden, bevor nicht die nötigen Einrichtungen da sind, um mit diesen fachgerecht zu hantieren. Für wen halten Sie eigentlich die Verantwortlichen, die EnBW oder auch das Bundesamt für Strahlenschutz?

Noch einmal: Wir sind nicht in dem Verfahren drin, aber wir waren gefordert, hier politische Bereitschaft zu erklären. Ich habe Ihnen aus dem Siebenpunktepapier des Kollegen Altmaier zitiert, und diese Landesregierung hat, wie ich finde, aus sehr guten Gründen so gehandelt, weil wir uns im Gegensatz zu Ihnen der Verantwortung stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich habe vorhin gesagt, wir haben in Deutschland einen guten Weg beschritten, um zu einem Konsens zu kommen. Es ist uns beim Atomausstieg gelungen, es ist uns im letzten Jahr gelungen nach schwierigen Debatten bei der Endlagersuche, und Bestandteil davon ist, eine Lösung für diese 26 zurückkommenden Castoren zu finden. Auch da haben wir auf Bundesebene mit allen vier Parteien einen Konsens.

Ich kann nur an Sie appellieren, sich dieses Konsenses bewusst zu sein, den die Bundeskanzlerin mitträgt und maßgeblich mitgeschneidert hat und den mein früherer Kollege Altmaier maßgeblich mitgeschneidert hat, und sich dieser Tatsache zu stellen, statt hier einen Fundi-Kurs einzuschlagen, der den Interessen der Öffentlichkeit letztendlich nicht gerecht wird, sondern der nur kurzfristiges parteitaktisches Kalkül im Auge hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Glück?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Ja.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Minister, eine Voraussetzung für die Zwischenlagerung von Castoren in Philippsburg wäre, dass die EnBW diese Zwischenlagerung beantragt. Was würden Sie denn jetzt, nach Ihrer politischen Zusage, die Sie gegeben haben, machen, wenn die EnBW diese Genehmigung gar nie beantragt? Würden Sie dann politisch Einfluss nehmen wollen auf die EnBW, damit sie diese dann beantragt, oder was machen Sie, wenn die EnBW einfach sagt: „Wir wollen diese Castoren nicht; wir beantragen nichts.“?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Kollege Glück, ich habe in den letzten einhalb Jahren, seit diese Diskussion läuft, immer deutlich gemacht: Letztendlich kann die Landesregierung nur in der Form agieren, wie es in dem Eckpunktepapier des Kollegen Altmaier steht – nämlich die politische Bereitschaft erklären, dass wir bei einer Lösung mitwirken. Den Genehmigungsantrag müsste die EnBW stellen.

Letztendlich muss man aber doch einmal sehen: So groß ist die Wahl nicht. Warum? Johannes Stober hat es vorhin ausgeführt: Mittlerweile haben wir in § 9 a des Atomgesetzes das Verbot verankert, dass die Behälter nach Gorleben in das dortige Transportbehälterlager gehen können. Es ist dort klar ausgeführt, dass die aus La Hague zurückkommenden Behälter an den bestehenden Zwischenlagerstandorten untergebracht werden müssen. Daher ist die Auswahl letztendlich nicht so groß. Die EnBW wird sich dem genauso wie die drei anderen deutschen Betreiber stellen müssen. Wir haben in Deutschland meines Wissens neun Zwischenlager an den Standorten, und davon werden zum Schluss drei Teil der Lösung sein.

Frau Kollegin Sitzmann hat vorhin darauf hingewiesen: Letztendlich stehen wir hier auch vor der Tatsache, dass wir über völkerrechtlich bindende Verträge sprechen. Sprich: Wir sind verpflichtet, diese Abfälle zurückzunehmen. Letztlich gibt es gar keine Alternative, als sie an bestehenden Standortzwischenlagern unterzubringen. Der Bund hat hier Kriterien genannt, u. a. den Gleisanschluss.

Noch eines: Das, was da zurückkommt, sind nicht irgendwelche Abfälle, sondern – wir haben es einmal umgerechnet – von den fünf Behältern kann man auch rechnerisch zumindest einen der EnBW und den hiesigen Kraftwerken zuordnen. Dies vielleicht an die Adresse des Philippsburger Bürgermeisters: Wenn man sagt, wir nehmen nur Abfälle, die bei uns erzeugt sind, dann könnte man darüber reden, ob nicht so manches, was in Gorleben im Transportbehälterlager steht, eigentlich nach Philippsburg gehört.

Noch einmal: Ich will das nicht. Aber das sind doch politische Debatten, die uns nicht weiterhelfen. Was uns weiterhilft, ist, dass wir den Konsens, den wir gefunden haben, nun praktisch umsetzen.

Mein Appell an Sie, Herr Kollege Hauk, ist noch einmal, dass Sie sich an der Umsetzung dieses Konsenses beteiligen und ihn nicht unterminieren, wie Sie das in den letzten Tagen bei Ihren Interviews gemacht haben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Sitzmann.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Weitere Zurufe)

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich dem dringenden Appell des Umweltministers nur anschließen und kann Sie nur eindringlich auffordern, die Position, die Sie heute hier nochmals vorgetragen haben, zurückzunehmen und sich dem Kon-

(Edith Sitzmann)

sens, der erreicht worden ist, tatsächlich anzuschließen, wer te Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich muss sagen: Auch mir geht es so, Herr Müller; auch ich bin wirklich entsetzt über die Aussagen, die Sie hier getroffen haben. Eingestiegen sind Sie mit dem Satz: Es gibt Gorleben. Es ist schon gesagt worden: Sie kündigen damit den Konsens auf, und Sie nehmen damit eine Position ein, die nicht den rechtlichen Grundlagen entspricht. Das, meine Damen und Herren, ist verantwortungslos und heuchlerisch.

Herr Kollege Stober und Herr Minister Untersteller haben es gesagt und noch einmal deutlich gemacht: Gerade Baden-Württemberg als Land und gerade auch die CDU Baden-Württemberg, die sich massiv für die Atomkraft eingesetzt hat und die auch massiv für eine Rücknahme des Atomausstiegs gekämpft hat, haben eine besondere Verantwortung. Sie können es sich am allerwenigsten leisten, diesen Konsens nicht zu akzeptieren oder aus diesem Konsens ausscheren zu wollen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir diskutieren heute nicht zum ersten Mal über die Zwischenlagerung von Castorbehältern, Herr Kollege Glück. Wir hatten eine Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten und den Umweltminister im April letzten Jahres, in der es um das Endlagersuchgesetz ging. Auch damals haben wir bereits über die Frage der Zwischenlager und auch über mögliche Standorte gesprochen. Herr Kollege Untersteller hat deutlich gemacht: Er war vor Ort; er hat informiert und hat mit den Menschen diskutiert. Nehmen Sie also die Unterstellungen, das sei an den Leuten vorbei gemacht worden, ein für alle Mal zurück! Sie sind falsch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Wenn Sie, Herr Kollege Glück, hier von Populismus sprechen, ist das einfach lächerlich. Auch ich habe selbstverständlich Verständnis dafür, dass die Philippsburger sagen: Das ist eine Belastung, vor der wir gern verschont bleiben würden – so wie auch alle anderen möglichen Standortgemeinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Das Problem ist doch gerade, dass jahrzehntlang die Augen davor verschlossen worden sind: Was machen wir denn mit dem Müll? Man hat einfach weiter an der Kernenergie festgehalten, ohne diese entscheidende Frage beantwortet zu haben.

Jetzt ist sie zumindest insoweit beantwortet, als man einen offenen Suchprozess startet, und ich kann der CDU Baden-Württemberg nur dringend raten, sich dem nicht zu verschließen, sich an die Vereinbarungen zu halten und Verantwortung zu übernehmen.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen: Die Position des Kollegen Hauk kennen wir. Sie ist verantwortungslos, und sie ist auch heuchlerisch. Denn Ihre Laufzeitverlängerung hätte für Philippsburg weitaus mehr Belastungen bedeutet als das, was bei der Frage von fünf Castoren mit mittel und schwach

radioaktivem Abfall jetzt in der Diskussion ist. Das hätte ein Vielfaches an Belastungen für Philippsburg bedeutet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn Sie sich jetzt schützend vor Philippsburg stellen, ist das wirklich pure Heuchelei.

Zum Schluss frage ich Sie, meine Damen und Herren, noch: Wieso schweigt Ihr Landesvorsitzender Strobl? Das frage ich mich. Herr Strobl ist bereit, zu allem und jedem zu plaudern und über die Presse seine Meinungen abzugeben. Doch in dieser wichtigen Frage schweigt er als Landesvorsitzender, als Bundestagsabgeordneter und als Landesgruppenchef. Er möchte aber gern Spitzenkandidat werden. Ich kann nur sagen: Herr Strobl ist aufgefordert, Ihnen gegenüber ein klares Wort zu sprechen und sich zu diesem Konsens zu bekennen, dem er im Bundestag selbst zugestimmt hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Müller.

(Unruhe)

**Abg. Ulrich Müller** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze: Das waren schon relativ kräftige Worte, die Sie da gefunden haben –

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

leider auf einer falschen Basis.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Da waren Worte wie „heuchlerisch“ und „verantwortungslos“

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl! – Zurufe: Ja! – Bravo!)

sowie „regierungsunfähig“ dabei, ferner „Rechtsbruch“ und weiß der Teufel, was nicht alles. Das wurde alles mit Schaum vor dem Mund vorgetragen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich habe eigentlich mit dem Florett gefochten.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Noch nicht einmal mit dem Florett! – Lebhaftige Unruhe)

– Ja, ja. – Ich habe Ihnen ganz konkrete, präzise, auf der Hand liegende sachliche Fragestellungen und Probleme beschrieben, die es vor Ort, bei der EnBW und insgesamt auf Bundesebene gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die nicht beantwortet wurden!)

Es sind Methodenfragen gewesen, doch diese haben Sie schlicht nicht beantwortet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Genau so ist es!)

(Ulrich Müller)

Das Wort von der „Politik des Gehörtwerdens“ wird Ihnen noch oft auf die Füße fallen, aber ich würde Ihnen eines empfehlen: Wenn Sie schon im Parlament nicht zuhören, welche Kritik geübt worden ist, dann lesen Sie wenigstens noch einmal das Protokoll nach.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stober.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Herr Kollege Müller, ich glaube, wir haben hier nicht mit Schaum vor dem Mund agiert. Wir haben vielmehr nach ziemlich klaren und verantwortungslosen Aussagen von Ihnen auf einen groben Klotz auch einen groben Keil gegeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich glaube, das muss in einer demokratischen Debattenkultur auch möglich sein.

Nichtsdestotrotz sind mir bei diesem Thema eigentlich die ruhigen und die verantwortungsbewussten Worte wichtiger. Denn ich stelle mir die Frage: Wie sieht es, wenn wir schon bei diesem begrenzten Thema diese Diskussionen und dieses Kirchturmdenken haben, wie es jetzt wieder zum Vorschein kommt, erst aus, wenn wir wirklich eine Entscheidung über ein endgültiges Endlager für hoch radioaktive Abfälle treffen müssen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das heißt, Sie wollen sich bewerben?)

Das muss in der Sachlichkeit erfolgen, wie es beim bundesweiten Konsens zwischen vier Bundestagsfraktionen und allen Bundesländern entschieden worden ist. Deswegen kann ich nur dazu aufrufen, an dieser Stelle sachlich und nüchtern zu diskutieren.

Ich kann auch nur dazu aufrufen, die Angebote, die die Landesregierung macht – die beiden Informationskommissionen an den Kernkraftwerksstandorten Philippsburg und Neckarwestheim –, auch zu nutzen. Die Anwesenheit von Abgeordneten dort ist – ich sage es einmal vorsichtig – verbesserungsfähig. Herr Glück, wenn Sie oder ein anderer Vertreter der FDP/DVP in Philippsburg dabei gewesen wären, hätten Sie mitbekommen, in welcher heftiger Debatte Herr Minister Untersteller vor knapp einem Jahr auf viele Fragen sehr klar erläutert hat, wie die Prozesse sein werden, wer welche Entscheidungen zu treffen hat. Wir sind uns ja einig – das haben wir hier auch alle festgestellt –, dass die Entscheidung beim Bund liegt. Es geht um die Ziffer 6 von den sieben Altmaier-Punkten. Dort steht, dass das betreffende Bundesland seine grundsätzliche Bereitschaft dazu erklären muss.

Deswegen kann ich nur dringend dazu aufrufen, an dieser Stelle sachlich zu diskutieren.

Ich möchte mit einem Dank an die Anti-AKW-Bewegung schließen. Denn die Anti-AKW-Bewegung hat immer gesagt: Solange noch weitere Atomkraftwerke laufen, sind wir nicht bereit, uns mit dem Thema Endlager auseinanderzusetzen,

aber ab dem Zeitpunkt, ab dem der Atomausstieg unwiderruflich ist, ist das eine andere Sache. Deshalb bin ich auch froh über Diskussionsbeiträge – auch wenn man nicht immer einer Meinung sein muss – von Greenpeace und anderen zu der Frage, wie wir dieses riesige Atommüllproblem, das wir in Deutschland haben und über Generationen hinweg noch haben werden, möglichst gut beherrschen können.

Ich möchte Sie auffordern, sich dieser wichtigen, zentralen Debatte mit der gebotenen Sachlichkeit anzunehmen. Ich glaube, das wäre ein Gewinn für uns alle. Dieser Appell geht natürlich insbesondere an Sie von der CDU. Ich würde mich freuen, wenn die nächste Debatte hier im Landtag zu diesem Thema wieder etwas sachlicher und mehr an der Sache orientiert verlaufen würde.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben leider die Frage „Was machen Sie, wenn die EnBW diesen Antrag nicht stellt?“ vorhin nicht beantwortet. Sie haben gesagt, eine andere Wahl habe sie gar nicht.

Ich stelle erstens nochmals die Frage: Würden Sie auf die EnBW politisch Einfluss nehmen, dass sie diesen Antrag stellt?

(Minister Franz Untersteller: Nein! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! – Zuruf von den Grünen: Nein!)

Zweitens zu dem Vorwurf mit der Informationskommission: Ich war auch selbst schon dort. Ansonsten haben wir Vertreter geschickt, u. a. auch am vergangenen Montag.

(Zuruf von den Grünen)

Aber es gibt einen weiteren Beleg dafür, dass Sie über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden und dass es die Menschen in Philippsburg genauso empfinden. Ich darf aus den „Badischen Neuesten Nachrichten“ zitieren:

*Die Empörung hörten die rund 100 Zuhörer nicht nur aus den Wortmeldungen, sie sahen den Ärger auch an den funkelnden Augen ...*

*Ebenso missgelaunt bezeichnete Bürgermeister Stefan Martus die Informationspolitik aus Stuttgart als „stilllos“. Wieder einmal werde über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden. Der Rathaus- und Verwaltungschef der betroffenen Stadt werde nicht einmal telefonisch in Kenntnis gesetzt.*

Weiter heißt es:

*Es könne nicht angehen, so Schnaudigel,*

– der Landrat –

*dass die Kommission mit Detailfragen beschäftigt werde und bei grundlegenden Entscheidungen außen vor bleibt ...*

(Andreas Glück)

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP  
und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungsfraktionen, ich möchte noch einmal inständig darauf hinweisen: Man muss erst inhaltlich Klarheit schaffen,

(Abg. Johannes Stober SPD: Deswegen gibt es Genehmigungsverfahren!)

bevor man politische Zusagen trifft.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, habe ich für die Mitglieder des Ausschusses für Europa und Internationales noch folgenden Hinweis: Gleich im Anschluss findet die Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung zwischen dem Landtag von Baden-Württemberg und dem Parlament der Autonomen Provinz Vojvodina in Serbien im Königin-Olgabau, im Sophie-Scholl-Saal im fünften Obergeschoss, statt.

Wir setzen unsere Sitzung nach der Mittagspause um 14:15 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:52 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Ich darf Sie wieder ganz herzlich hier begrüßen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

### Regierungsbefragung

Die erste Frage wurde von der SPD-Fraktion angemeldet:

E n g a g e m e n t s t r a t e g i e d e r L a n d e s r e g i e r u n g

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Hinderer ans Rednerpult bitten.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte, wie bereits angekündigt, eine Frage zur Engagementstrategie der Landesregierung stellen – eine solche Engagementstrategie könnten wir, wie ich mit Blick auf die Zahl der Anwesenden feststelle, nach der Mittagspause vielleicht auch hier brauchen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber nun im Ernst: Baden-Württemberg liegt mehreren vergleichenden Untersuchungen zufolge – ich nenne hier etwa den Engagementbericht der Bundesregierung von 2012 – ausweislich der üblichen Kennziffern zum freiwilligen Engage-

ment, beispielsweise der Zahl der bürgerschaftlich Engagierten, im Vergleich der Bundesländer auf Platz 1. Bei uns sind 41 % der Menschen ehrenamtlich tätig.

Auf dieser Position wollen wir bleiben. Deshalb ist es gut, dass sich die grün-rote Koalition im Land sowie auch ganz speziell unsere Sozialministerin Katrin Altpeter gemeinsam mit vielen Verbündeten in den Kommunen, den Kirchen und den Verbänden um die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements kümmern. Denn gerade im Bereich der Freiwilligendienste und des Ehrenamts gilt, dass es sich sehr nachteilig auswirkt, wenn man gesellschaftliche Entwicklungen nicht rechtzeitig aufnimmt. Wer rastet, der rostet eben.

Die Landesregierung hat nach vielen Vorarbeiten vor Kurzem die neue Engagementstrategie beschlossen. Sie hat diese in einer Auftaktkonferenz noch einmal diskutiert und dann den Startschuss für die Umsetzung gegeben.

Zu diesem Themenkomplex möchte ich Sie, Frau Ministerin, erstens fragen: Würden Sie die Engagementstrategie den Kolleginnen und Kollegen im Landtag, die mit diesem Thema vielleicht noch nicht so oft in Berührung kamen, in ihren Grundzügen bitte einmal kurz erläutern und dabei vor allem herausheben, was das Neue, bundesweit bislang Einmalige an dieser Herangehensweise ist?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Eine wenig bemühte Fragestellung! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie beim Lehrer in der Schule! Da wird auch so abgefragt! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Diese Fragestellung ist sehr bemüht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie ist tatsächlich etwas bemüht! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Es wird immer besser, Herr Schebesta.

Zum Zweiten: Inwiefern wird die Engagementstrategie von den in diesem Feld wesentlichen Gruppierungen – den Verbänden, den Vereinen, den Kirchen – mitgetragen, und inwiefern gilt das auch für diejenigen, die bislang noch nicht in den Entstehungsprozess dieser Strategie eingebunden waren?

Zum Dritten: Sind aus Ihrer Sicht, Frau Ministerin, noch Verbesserungen der Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements in Baden-Württemberg möglich, z. B. auch, was die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt anbelangt? Ich denke da auch an das geplante Bildungszeitgesetz und die Frage der Freistellung für Weiterbildungsmaßnahmen im Ehrenamt, z. B. für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungslehrgängen sowie Schulungen bei den anerkannten Trägern der Jugendhilfe und der Jugendarbeit.

Meine letzte Frage: Wie wird die Engagementstrategie jetzt in Baden-Württemberg konkret umgesetzt? Welche Maßnahmen und Aktionen sind geplant?

Vielen Dank.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung darf ich Frau Ministerin Altpeter ans Rednerpult bitten.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Fragen des Abg. Hinderer zur Engagementstrategie des Landes Baden-Württemberg beantworte ich wie folgt:

Natürlich gab es einen Anlass, die Engagementstrategie für Baden-Württemberg neu zu entwickeln. Herr Abg. Hinderer hat es dargestellt: Wir sind ausweislich der Kennziffern für freiwilliges ehrenamtliches Engagement bundesweit auf Platz 1. 41 % der Menschen in Baden-Württemberg engagieren sich bereits ehrenamtlich bzw. bürgerschaftlich.

Allerdings – das muss man auch dazusagen – kann uns das noch nicht reichen. In den letzten Jahren war eine gewisse Stagnation im Bereich des bürgerschaftlichen, des ehrenamtlichen Engagements zu beobachten. Nach der landesweiten Auswertung des Freiwilligensurveys von 2009 wären rund 34 % derer, die sich bislang nicht engagiert haben, bereit, sich künftig zu engagieren, wenn gewisse Rahmenbedingungen vorhanden sind. Es gibt also auch ausweislich dieser Erhebung noch ganz viel Potenzial im Land. Uns war daran gelegen, diese Potenziale zu berücksichtigen bzw. sie noch weiter aufzubauen.

Des Weiteren konnten wir feststellen, dass es einen erheblichen Rückgang der Engagementquote im ländlichen Raum gibt, und zwar um fast 20 Prozentpunkte. Mit dieser Tatsache müssen sich viele Vereine im ländlichen Raum auseinandersetzen; sie verzeichnen einen Mitgliederschwund oder Ähnliches. Diese Gruppierungen haben darum gebeten, Lösungen zu entwickeln, um mit diesen Herausforderungen umgehen zu können.

Deshalb haben wir uns entschieden, gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Maßnahmen zu entwickeln, um Hürden und Hemmnisse für bürgerschaftliches Engagement abzubauen und um brachliegendes Engagementpotenzial wachzurufen. Aus diesem Grund wollen wir mit den Partnerinnen und Partnern im Landesnetzwerk die Engagementstrategie Baden-Württemberg auf den Weg bringen.

Die Besonderheit ist – das gehört aus unserer Sicht zum bürgerschaftlichem Engagement –, dass ein echter Dialogprozess stattgefunden hat. Denn es war uns wichtig, nicht über die Zielgruppen, über die Engagierten der Zukunft hinweg zu entscheiden, sondern mit ihnen gemeinsam die Eckpunkte zu entwickeln. Dazu wurden sogenannte Forschungs- und Entwicklungsteams zu bestimmten Themenbereichen gebildet, die aus Experten, aus Engagierten, aus Betroffenen aus den verschiedenen Engagementfeldern, zu einem weiteren Teil aber auch – das war für uns ganz wichtig – aus Praktikern bestehen.

Diese Forschungs- und Entwicklungsteams, kurz FETs, haben entsprechend ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet bestimmte Maßnahmen entwickelt. Sie haben hierzu Berichte verfasst, die sie im September 2013 dem Sozialministerium übergeben haben. Im Anschluss daran wurden dann die Empfehlungen aus den FETs ausgeweitet, sie wurden auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft und zusammengeführt.

Der gesamte Prozess – die Ergebnisse der FETs und die anschließende Bewertung dieser Ergebnisse – wurde in einer

umfangreichen Broschüre unter dem Titel „Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu Engagement-Räumen entwickeln“ zusammengefasst dargestellt. Diese Broschüre erläutert die Idee der Engagementstrategie sowie die Gründe und Ziele des Beteiligungsprozesses und die Arbeitsweise der FETs. Ihr Inhalt umfasst das Grundverständnis, die Positionierung zu wichtigen Fragestellungen, die Berichte der Forschungs- und Entwicklungsteams – die unverändert übernommen wurden – und nicht zuletzt die Bewertung der Empfehlungen und die Stellungnahme der Landesregierung zu den einzelnen in den FETs erarbeiteten Empfehlungen. Daneben gibt sie natürlich auch Hinweise für die Umsetzung der Maßnahmen.

Insofern können wir sagen: Wir haben die Engagementstrategie nicht abgeschlossen, sondern wir haben den Startschuss für deren Umsetzung gegeben, und zwar bei einer großen Veranstaltung, die am letzten Montag im Haus der Wirtschaft stattfand und bei der sich die verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsteams noch einmal präsentiert haben.

Dabei wurde noch einmal deutlich gemacht, wie die nächsten Schritte aussehen sollen: Es gibt ein Bündel von Maßnahmen, die jetzt zur Verfügung stehen und die nun kurz-, mittel- oder langfristig umgesetzt werden können.

Ich denke, insofern ist die Frage, inwieweit das mitgetragen wurde, beantwortet. Das Landesnetzwerk war von Beginn an eingebunden. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, dass natürlich das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und die Engagementstrategie offen sind für alle interessierten Gruppen und Teilnehmenden.

Noch kurz zu der Frage nach der Verbesserung der Rahmenbedingungen: Natürlich war man sich auch darüber im Klaren, dass neben einer Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auch die Rahmenbedingungen verbessert werden müssen. Es gibt einen Teil von Maßnahmen, die unmittelbar von der Landesregierung umgesetzt werden, z. B. die Neukonzeption der Fachkräftequalifizierung und auch die Neukonzeption der Ausbildung von Bürgermentorinnen und Bürgermentoren.

Auf der Bundesebene gibt es auch einiges zu tun. Ich nenne etwa das Eintreten gegen den Missbrauch von Ehrenamt. Engagierte dürfen nicht zu Arbeitnehmern ohne Rechte und zur Stärkung der Freiwilligendienste degradiert werden.

Zur Frage des Bildungszeitgesetzes wurden von den FETs keine spezifischen Aussagen gemacht. Allerdings ist es natürlich Tenor, dass es wünschenswert wäre, zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen ebenfalls entsprechende Bildungszeitkontingente zur Verfügung zu haben.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Klenk das Wort geben.

**Abg. Wilfried Klenk CDU:** Frau Ministerin, im Grundsatz begrüßen wir ein solches Engagement. Doch Sie haben selbst – zu Recht – ausgeführt, dass Baden-Württemberg das Land mit den meisten Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist, die sich ehrenamtlich engagieren. Daher frage ich: Welchen Aufwand betreiben wir jetzt, um möglicherweise noch ein paar wenige weitere Menschen zu rekrutieren?

(Wilfried Klenk)

Sie haben zu Recht davon gesprochen – das beklagen die Vereine schon heute –, dass wir unser Ehrenamt zum Teil schon überfordern bzw. von politischer Seite – ich denke nur an die steuerlichen Angelegenheiten bei Vereinen – einen Rahmen geschaffen haben, in dem es für Ehrenamtliche manchmal schwierig ist, diese Aufgaben überhaupt zu bewältigen. Deshalb meine Frage: Wann wird es nun konkret? Jetzt haben Sie ein Jahr lang mit 100 Experten getagt, doch Konkretes haben wir jetzt nicht wirklich gehört. Wann kommt das, im Laufe dieses Jahres oder des nächsten Jahres?

Dann haben Sie den Bund angesprochen, auch was Freiwilligendienste angeht. Sie kennen meinen Antrag zum FSJ, den wir im Juli im Sozialausschuss behandeln werden. Ich habe konkret gefragt: Sind Sie bereit, von Landesseite her hier mehr Mittel zur Verfügung zu stellen?

Sie haben geschrieben: Man sollte das FSJ attraktiv machen. Ich sage: Das FSJ ist attraktiv. Derzeit entscheiden sich 11 000 junge Menschen für das FSJ; für 6 000 reicht das Geld. Wie sieht konkret Ihre Planung für die Zukunft aus?

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Bitte schön, Frau Ministerin.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Ich möchte mit dem letzten Punkt anfangen: Wir haben natürlich mit dem FSJ, das bewährt ist, das gut ist – das möchte ich an gar keinem Punkt, auch nicht durch die Art der Fragestellung und Ähnliches, abwerten –, in Baden-Württemberg ein Markenprodukt, das sich nun bereits seit 50 Jahren bewährt hat. Auf der anderen Seite haben wir es natürlich durch das Einführen der unterschiedlichsten Bundesfreiwilligendienste mit einer Konkurrenz der Dienste zu tun, die ich persönlich – das möchte ich an dieser Stelle sagen – nicht gutgeheißen habe.

Mir wäre es lieber gewesen, man hätte in das freiwillige soziale Jahr und in das freiwillige ökologische Jahr noch mehr investiert, statt von Bundeseite den Bufdi auszurufen. Denn das freiwillige soziale Jahr ist so, wie es gestaltet ist, tatsächlich von hoher Qualität. Es dient – auch das möchte ich an dieser Stelle sagen – nicht nur dazu, freiwilliges Engagement zu fördern, sondern auch dazu, soziale Ressourcen in die Gesellschaft aufzunehmen, einzubringen, und es ist letztendlich auch ein Teil der Persönlichkeitsbildung.

Deswegen bin ich persönlich immer offen für alle Möglichkeiten, die es gibt, wie wir das freiwillige soziale Jahr ausbauen und fördern können. Ich denke, da sind wir uns im Landtag über alle Fraktionen hinweg einig. Man wird sehen, welche Möglichkeiten es im Rahmen der Haushaltsberatungen dann geben wird, um zu einer Erhöhung der Zahl der Stellen bzw. zu einem Ausbau zu kommen. Welche hohe Qualität das freiwillige soziale Jahr hat, ist unbestritten.

Zur Frage, wann denn die Engagementstrategie konkret losgeht: Es ging bereits konkret los, nämlich am vergangenen Montag mit dem Startschuss zur Umsetzungsphase. Wie gesagt, ein Teil der Maßnahmen wird unmittelbar von der Landesregierung umgesetzt. Die Frage Bundesebene wird von uns in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern auch zu klären sein. Denn eventuelle Bundesratsinitiativen und Ähnliches sollten von einer Mehrheit der Länder getragen werden.

Nun haben Sie, Herr Abg. Klenk, gefragt, warum es unbedingt nötig ist, neues Potenzial im Bereich der Ehrenamtlichen zu erschließen. Wir haben durch unsere Erhebungen gemerkt: Es gibt ein solches Potenzial; es gibt dort auch die Bereitschaft, sich zu engagieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir haben uns deswegen vorgenommen, zu versuchen, dieses Potenzial zu erschließen. Das entbindet uns jedoch nicht von der Aufgabe, gleichzeitig Vereine und Organisationen, die schon lange ehrenamtlich tätig sind, die heute vor den Herausforderungen des demografischen Wandels und vielen anderen Fragen stehen, entsprechend zu unterstützen. Ich bin deswegen der festen Überzeugung, dass man das eine tun muss, aber das andere nicht lassen kann.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Kollege Haußmann von der FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für die Ausführungen zur Engagementstrategie. Kollege Klenk hatte zu den konkreten Themen schon gefragt. Mich würde Ihre Pressemitteilung vom 23. Juni interessieren.

Darin weisen Sie darauf hin, dass die Baden-Württemberg Stiftung finanzielle Mittel mit dem Landesprogramm „Gemeinsam sind wir bunt“ bereitstellt. Nimmt die Landesregierung oder das Sozialministerium auch Mittel in die Hand, um die Engagementstrategie voranzutreiben? Dazu war in der Pressemitteilung nichts zu lesen.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Bitte schön, Frau Ministerin.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Wir haben es bei der Landesstiftung beantragt, und die Landesstiftung unterstützt auch die Engagementstrategie an bestimmten Positionen. Doch natürlich nimmt das Land, die Landesregierung, selbst Mittel in die Hand, um die Engagementstrategie zu unterstützen. Für den genauen Betrag und die Haushaltsstelle müsste ich Sie verweisen. Aber es sind Mittel vorhanden. Es waren seither Mittel eingestellt, die auch zukünftig für die Engagementstrategie des Landes eingestellt werden, und zwar unmittelbare Landesmittel, nicht nur Mittel der Landesstiftung.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Es liegt eine weitere Wortmeldung, eine Frage des Kollegen Raab, vor.

**Abg. Werner Raab CDU:** Frau Ministerin, Sie haben davon gesprochen, dass in einigen Bereichen das freiwillige soziale Jahr abgebaut hat, es also weniger Teilnehmer wurden. Mich interessieren jetzt nicht die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen, sondern ich möchte fragen: In welchen Bereichen ist das Engagement geringer geworden? Ist das beispielsweise im Vereinsbereich der Fall?

In welchen konkreten Bereichen hat diese Untersuchung, die Sie da angestellt haben, Ihnen eine Erkenntnis gebracht?

Das Zweite: Sie haben davon gesprochen, dass Sie mit dem Ziel in die Haushaltsplanberatungen gehen, das FSJ verstärkt darstellen zu können. Soll dies in Form von Stellen oder in Form von Geld verstärkt werden? Gibt es aus Ihrer Sicht und aus der Sicht der Bewertung, von der Sie sprachen, noch Geschäftsbereiche, Tätigkeitsbereiche, in denen das freiwillige

(Werner Raab)

Engagement über das FSJ entwickelt werden kann? Es geht mir darum, nicht beim Istzustand stehen zu bleiben, sondern das Thema noch breiter in die Gesellschaft hineinzubringen. Welche Ansätze verfolgen Sie, und mit welchem konkreten Ziel gehen Sie in die Haushaltsplanberatungen?

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Bitte schön, Frau Ministerin.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Danke schön, Frau Präsidentin. – Bei Frage Nummer 1 müssen wir zwischen dem freiwilligen Engagement insgesamt und dem Engagement im freiwilligen sozialen Jahr unterscheiden. Nach unserer Landesauswertung gibt es insgesamt seit 2009 einen Rückgang in der Engagementquote, insbesondere in ländlichen Räumen, dort vor allem bei Vereinen, bei denen vielfach der Nachwuchs fehlt, bei denen Menschen zwar bereit sind, im Verein mitzuarbeiten, aber beispielsweise nicht bereit sind, Verantwortung in Form eines Vorstandsmandats und Ähnlichem zu übernehmen. Das sind Herausforderungen für die traditionell bestehenden Vereine im Land, derer wir uns auch annehmen müssen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist bei der FIFA anders! Die sind alle im Verein aktiv!)

– Ja gut, die würde ich aber jetzt nicht gerade als „ehrenamtlich engagiert“ bezeichnen, Herr Abg. Zimmermann. Das scheint mir doch eher ein Fall von professioneller Abzocke zu sein, wenn ich das so betrachte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ist das im Sport allgemein so? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, beim Schwäbischen Turnerbund nicht!)

Jedenfalls wird daran auch deutlich, dass hier natürlich auch viele Herausforderungen bestehen, die einhergehen mit dem demografischen Wandel, aber auch mit einer Veränderung in der Bereitschaft zum Engagement. Während man früher oftmals sein ganzes Leben lang Mitglied in einem bestimmten Verein war und bereit war, sich dort zu engagieren und zu arbeiten, verhält es sich mit dem Engagement heute etwas anders. Da ist man vielleicht bereit, für bestimmte Themen und in einem bestimmten Zeitraum aktiv zu sein. Das bedeutet natürlich auch für die Vereinsstrukturen und die Verbandsstrukturen, dass man mit einem veränderten Angebot auf veränderte Bedürfnisse eingehen muss.

Unabhängig davon – das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen – sehe ich das freiwillige soziale Jahr. Hier besteht auch angesichts des angemeldeten Bedarfs, der, wie Herr Abg. Klenk vorhin dargestellt hat, höher ist als die Zahl der Stellen, die zur Verfügung stehen, aus meiner Sicht schon noch Luft, da noch etwas zu tun. Wir müssen sehen, wie weit wir kommen, wie viele Möglichkeiten das Land zur Verfügung stellen kann, um das FSJ in der für uns entscheidenden Wichtigkeit zu erhalten oder auszubauen.

(Abg. Werner Raab CDU: Die Ziele bei den Haushaltsplanberatungen?)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Frau Ministerin, nachdem vom Kollegen Klenk und vom Kollegen Raab Fragen zum FSJ und zum FÖJ gestellt wurden und dabei vielleicht unterschwellig der Eindruck vermittelt wurde, das Land würde hier nicht genug tun oder nicht genug Mittel zur Verfügung stellen: Können Sie noch einmal im Überblick darstellen, wie sich die Förderung des FSJ in den vergangenen Jahren entwickelt hat, welche Landesregierung die Mittel aufgestockt hat und aus welchem Grund die Mittel aufgestockt wurden? Wenn die Zahlen jetzt nicht parat sind, habe ich volles Verständnis dafür, wenn Sie sie schriftlich oder im Rahmen der Beantwortung der Anfrage von Herrn Kollegen Klenk nachreichen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Aber die Begründung wäre ganz interessant.

(Abg. Werner Raab CDU: Meine zweite Frage!)

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Herr Abg. Hinderer, bitte nageln Sie mich nicht auf Cent und Euro fest, was die Förderung insgesamt betrifft. Tatsache ist, dass wir mit Regierungsübernahme die Förderung des Landes für das freiwillige soziale Jahr erhöht haben, weil wir gesehen haben, dass dort ein größerer Bedarf besteht. Das hängt sicherlich auch mit dem G 8 und Ähnlichem zusammen. Wir haben gesehen, dass mehr Bedarfe bestehen, Plätze zu besetzen, weshalb wir die Platzzahl ausbauen konnten. Das ist für mich weiterhin ein ganz wichtiges Anliegen, weil es auch ganz viel mit dem Zugang zu sozialen Berufen insgesamt zu tun hat.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Danke schön. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Gurr-Hirsch das Wort.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:** Frau Ministerin, als ehrenamtlich Tätige freue ich mich über das Thema. Ich glaube, dass ich Ihre Ausführungen noch ein bisschen ergänzen kann. Denn zu dem Thema „Freiwilliges ökologisches Jahr“ habe ich die Antwort bekommen, dass dieses wegen der beiden gleichzeitigen Abiturjahrgänge aufgestockt worden sei. Das wird wohl auch für das von Ihnen angesprochene freiwillige soziale Jahr zutreffen.

Es gibt eine ganze Menge Herausforderungen. Es gab schon bessere Zeiten für das Ehrenamt als heute.

(Minister Franz Untersteller: Aber ihr wollt es anschließend zurückführen!)

Vor allem die Vollerwerbstätigkeit von Mann und Frau und das Thema Globalisierung treiben junge Leute weg vom Ehrenamt.

Deswegen ist die Frage: Wo sehen Sie Potenziale? Ich sehe Potenzial bei den Migranten. Dort existiert das Ehrenamt etwa „nach innen“, z. B. bei Moscheegemeinden, wenn man an türkische Gemeinschaften oder andere ethnische Gemeinschaften denkt. Da ist möglicherweise ehrenamtliches Engagement vorhanden. Aber auch dort ist es ausbaufähig. Ausbaufähig ist es aber auch in unserer Gesellschaft, etwa bei Feuerwehr, Rotem Kreuz, in Turnvereinen etc.

Das nächste Thema ist die Frage: Wie schaffen wir es, vor allem in den Städten das Ehrenamt mehr zu etablieren? Ich se-

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

he hier einen großen Unterschied zum ländlichen Raum. So kann man in Ortschaften mit 700 Einwohnern beim Dorfabend vier oder fünf Einsätze derselben Person bei unterschiedlichen Beiträgen sehen. Es stellt sich also die Frage, wie wir das ehrenamtliche Engagement in den Städten besser verankern können.

Wie sehen Sie das Instrument der Mentoren, um junge Leute sehr frühzeitig mit Personen in Kontakt zu bringen und mit Instrumenten auszustatten, die ihnen eine gewisse Sicherheit und Professionalität geben, sodass sie später auch Ämter übernehmen können?

Danke schön.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Bitte schön, Frau Ministerin.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Zur Frage 1: Frau Gurr-Hirsch, wir sehen natürlich auch und vor allem im Bereich der Migrantinnen und Migranten, auch der jüngeren Migrantinnen und Migranten, noch Potenzial. Wir müssen aber davon ausgehen, dass sich Engagement dort vielleicht teilweise etwas anders zeigt, als wir das z. B. mit unserer Vereinsstruktur gewohnt sind. Aber hier sehe ich noch erhebliche Potenziale, nicht nur was die Vereine mit Bezug zum Herkunftsland anbetrifft, sondern auch was Möglichkeiten betrifft, sich im bürgerschaftlichen, gesellschaftlichen Raum zu engagieren.

In diesem Zusammenhang ist für mich auch die Frage der Mentoren ganz wichtig. Denn wir können nicht einerseits von jungen Leuten verlangen: „Engagiert euch mal in eurer Freizeit und macht mal“, ohne ihnen auf der anderen Seite die entsprechenden Instrumente, das entsprechende Handwerkszeug zur Verfügung zu stellen. Dabei spielen die Mentoren meines Erachtens eine ganz wichtige Rolle.

In der Tat ist das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement nicht nur eine Frage, die im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum betrachtet werden muss, sondern auch eine Frage der Städte. Ich denke, es muss uns gelingen, ehrenamtliches Engagement nicht nur auf eine ganze Stadt bezogen zu betrachten, sondern auch bezogen auf kleinere Einheiten. Soziologen nennen das immer „Quartiere“. Das ist ein Begriff, der vielleicht auf uns in Baden-Württemberg nicht so gut passt. Eine solche Betrachtung halte ich aber für die Umsetzung des Engagements in den urbanen Bereichen durchaus für nötig. Denn Engagement kann immer nur dann als sinnvoll erachtet werden, wenn es für diejenigen, der sich engagiert, überschaubar und somit auch bewertbar bleibt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Zusatzfrage: Gibt es dazu Mittel oder Projekte?)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das war dann die letzte Frage. – Bitte schön.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Zur Beantwortung der Zusatzfrage: Wir unterstützen ja mit Mitteln die Ausbildung der sogenannten Bürgermentorinnen und -mentoren. Dabei geht es darum, in der Engagementstrategie die Ergebnisse der Forschungs- und Entwicklungsteams bei der Qualifizierung der Mentorinnen und Mentoren einzubauen und diese entspre-

chend umzustellen, damit dem veränderten Bedarf auch Rechnung getragen werden kann. Diese Qualifizierung der Bürgermentorinnen und -mentoren unterstützen wir mit Landesmitteln.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herzlichen Dank, Frau Sozialministerin. – Die vorgegebene Zeit von 30 Minuten für dieses Thema ist vorbei.

Ich rufe das zweite Thema auf, beantragt von der Fraktion der CDU. Dabei geht es um Fragen an das Kultusministerium.

Schulpolitik

Das Wort darf ich Herrn Abg. Wacker geben.

**Abg. Georg Wacker CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns hatten in den Pfingstferien einen erholsamen verdienten Pfingsturlaub. Dennoch musste man auch in dieser erholsamen Zeit mit Überraschungen rechnen. So war in der „Südwest Presse“ am 18. Juni 2014 zu lesen, dass Kultusminister Stoch den Realschulen 500 zusätzliche Deputate zur Verfügung stellen will. Wir vermuten, dass dies nicht ohne Grund geschieht; denn es lastet zurzeit ein enormer Druck auf den Realschulen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Wir wissen, dass die Realschulen extreme Probleme im Bereich der Unterrichtsversorgung haben. Der Ergänzungsbereich ist fast auf null gestellt. Die Poolstunden, die diese Landesregierung zur Verfügung gestellt hat, sind kaum spürbar und wahrnehmbar.

Die AG der Realschulrektoren hat am 14. Juni 2014 in einem dpa-Gespräch diese Problematik sehr deutlich zum Ausdruck gebracht und fordert mit Nachdruck von der Landesregierung, mit einem Konzept zur Stärkung der Realschulen in besonderem Maß die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler in den Blick zu nehmen. Sie fordert die Einrichtung von differenzierten pädagogischen Angeboten zumindest in den Kernfächern, um vor allem diese Schülerinnen und Schüler gezielt auf einen Hauptschulabschluss vorzubereiten.

Nach den Informationen des Kultusministers an die „Südwest Presse“ ist das Kultusministerium in einer Zumeldung leicht zurückgerudert. Insofern ergeben sich natürlich Fragen, da gerade in den letzten drei Jahren die Realschulen deutlich benachteiligt wurden und jetzt offensichtlich möglicherweise eine Verbesserung eintreten könnte.

Wir fragen: Handelt es sich in dieser Mitteilung in der „Südwest Presse“ um eine Ente? Wir hoffen natürlich, dass dies nicht der Fall ist. Man kann dies durchaus als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung werten, Herr Minister. Sind denn diese 500 zusätzlichen Deputate ab dem Schuljahr 2015, die Sie für die Realschulen angekündigt haben, dafür vorgesehen, genau durch diesen differenzierten Unterricht die Schülerinnen und Schüler gerade in den Kernfächern speziell auf den Hauptschulabschluss vorzubereiten – also nicht in sogenannten leistungsheterogenen Gruppen, wie es die Gemeinschaftsschulen machen, sondern durch einen fachbezogenen differenzierten Unterricht –, oder wollen Sie mit diesem Programm auch bei den Realschulen die Gemeinschaftsschule durch die Hintertür einführen?

(Georg Wacker)

Was beabsichtigen Sie konkret mit diesem Programm? Dient dies nur der individuellen Förderung, oder dient es tatsächlich der Stärkung der Realschulen mit ihrem pädagogischen Profil als eigenständige Schulart? Hier sind klare Aussagen vonnöten. Deswegen bitten wir Sie, Herr Minister, dass Sie dieses Maßnahmenpaket, das Sie jetzt angekündigt haben, in dieser Regierungsbefragung konkretisieren.

Vielen Dank.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung darf ich Herrn Minister Stoch ans Mikrofon bitten.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich darf die Frage des Herrn Kollegen Wacker gern wie folgt beantworten:

Herr Kollege Wacker, Sie wissen, dass wir mitten in einer starken Veränderung unserer Schulstrukturen sind, und zwar zwingend auch deswegen, weil wir seit Jahren – nicht erst seit drei Jahren, sondern seit gut zehn Jahren – einen deutlichen Rückgang der Schülerzahlen verzeichnen, was sich insbesondere auch bei den weiterführenden Schulen in erheblicher Weise auswirkt. Sie wissen genauso wie ich und wie alle hier im Raum, die wir tagtäglich in unseren Wahlkreisen sind, dass in kleineren Kommunen, die in der Vergangenheit noch über Haupt- oder Werkrealschulen verfügten, in dreistelliger Zahl – in zunehmendem Maß auch schon vor 2011 – Schulen von der Bildfläche verschwunden sind – bis zu 400 Schulen –, und zwar schlicht und einfach aus dem Grund, weil es dort nicht mehr genügend Schülerinnen und Schüler gab, um dieses Angebot anzunehmen, und weil neben dem Schülerrückgang auch ein verändertes Schulwahlverhalten – weg von der Hauptschule, weg von der Werkrealschule – festzustellen war. Das sagt nichts über die Qualität dieser Schulen aus, aber es ist schlicht und einfach eine festzustellende Tatsache.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Seit der Entscheidung, die Verbindlichkeit der Grundschulpflicht aufzuheben, gibt es eine Verstärkung der Prozesse, was die Veränderung unserer Schullandschaft angeht. Aber wir, die Landesregierung, haben auch einen sehr verantwortlichen Weg beschritten, indem wir versuchen wollen, im Rahmen einer regionalen Schulentwicklung an möglichst vielen Schulstandorten, in den ländlichen Räumen genauso wie in den städtischen Räumen, bezogen auf die erreichbaren Abschlüsse für die Schülerinnen und Schüler ein gutes Schulangebot vorzuhalten.

Dieser Schulentwicklungsprozess ist im Moment verstärkt im Bereich der Haupt- und Werkrealschulen zu beobachten, die sich in zunehmendem Maß in die Richtung von Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln. Aber: Wir haben eben nicht nur Gymnasien und Haupt- oder Werkrealschulen, sondern wir haben auch die Realschulen, die, was ihre Schülerschaft angeht, schon in der Vergangenheit immer eine erhebliche Heterogenität bei ihren Schülerinnen und Schülern festzustellen hatten.

Wenn wir uns die Statistik anschauen, sehen wir: Es ist ziemlich eindeutig, dass die Realschulen mit die heterogenste Schülerschaft neben den Gemeinschaftsschulen haben. Statistisch gesehen haben gut 18 % der Schülerinnen und Schü-

ler eine Gymnasialempfehlung, rund 56, 57 % – wie gesagt, im statistischen Schnitt – eine Realschulempfehlung und rund 24, 25 % eine Haupt- oder Werkrealschulempfehlung.

Natürlich stellt sich für die Realschulen heute die Frage, wie sie mit dieser Heterogenität auch durch Veränderung ihrer pädagogischen Konzepte umgehen. Die Landesregierung hat, indem sie den Realschulen die 2,2 Poolstunden gegeben hat, damit begonnen, die Realschulen in die Lage zu versetzen, diese Heterogenität aufzunehmen, dazu pädagogische Instrumente zu konstruieren und hier auch Differenzierungsmöglichkeiten zu gewähren.

Wir müssen aber ganz genau auf die Begriffe schauen. Sie haben den Begriff „Differenzierung“ genannt. Differenzierung kann Unterschiedliches bedeuten. Differenzierung kann die äußere Differenzierung sein, das heißt das Trennen von Schülerinnen und Schülern leistungsdifferenziert in verschiedenen Kursen oder sogar in verschiedenen Klassen; das wären dann Züge. Oder wir können unter Differenzierung auch Binnendifferenzierung verstehen, das heißt Differenzierung im Zusammenhang mit einer Lerngruppe, in der Schülerinnen und Schüler in möglichst intensiver individueller Förderung ihren persönlichen Potenzialen gemäß gefördert werden.

Wenn wir erkennen, dass an den Realschulen gerade auch durch die Veränderungen in den letzten Jahren die Notwendigkeit entsteht, das Thema Differenzierungsmöglichkeiten zu erweitern, dann stellt sich aus meiner Sicht zwangsläufig die Frage, wie wir gemeinsam mit den Realschulen die Weiterentwicklung der Realschulen ins Werk setzen wollen.

Natürlich sagen wir, die Regierungsfractionen genauso wie die Landesregierung, dass die Gemeinschaftsschule ein sehr geeignetes Konzept ist, um dieser Heterogenität in den Schulen zu begegnen. Aber – das sehen wir auch an den Antragstellungszahlen – bei vielen Realschulen wird oft sehr stark nur über die Begrifflichkeit diskutiert und weniger über die Inhalte der Pädagogik. Wir stellen fest, dass die Realschulen eben nicht in großer Zahl auf dieses Modell der Gemeinschaftsschule positiv reagiert haben, dass aber trotzdem eine Weiterentwicklungsnotwendigkeit besteht. Deswegen glaube ich, dass es richtig ist, wenn wir uns im Diskurs darüber, wie wir auch die Realschulen auf die Notwendigkeiten einstellen, Gedanken darüber machen, welche Mittel für die Realschulen notwendig sind, um dies ins Werk zu setzen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir dürfen nicht den Fehler machen, nach dem Motto zu verfahren: Wir geben einfach Mittel hinein, dann wird das Richtige schon passieren. Aus diesem Grund sind wir im Moment in intensiven Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Realschulen, mit Schulleiterinnen und Schulleitern und auch mit den Verbänden, der AG der Realschulrektoren und auch der GEW, um gemeinsam mit den Realschulen hierfür die richtigen Konzepte zu entwickeln.

Was die Frage der Ausstattung angeht, wäre es viel zu früh, eine Zahl wie 500 oder 300 oder sonst irgendeine Zahl in den Mund zu nehmen. Denn es wird letztlich davon abhängen, welches die Konzepte sind, und daraus ist dann auch die Frage der Ressourcenintensität der zu planenden Schritte abzuleiten.

(Minister Andreas Stoch)

Natürlich werden in diesem Raum Zahlen diskutiert. Beide Regierungsfraktionen bzw. die Bildungs-AKs haben eine Anhörung mit den Realschulen gemacht, um auch sie zu ihren Bedürfnissen anzuhören und daraus wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung zu gewinnen. Natürlich haben die Verbände auch Forderungen gestellt, die z. B. lauten: „Wir, die Realschulen, wollen eine vergleichbare Ausstattung wie die Gymnasien.“ Wenn Sie die Zahl 500 zugrunde legen, stellen Sie in einer Berechnung wahrscheinlich relativ schnell fest: Wenn die Realschulen eine vergleichbare Ausstattung wie z. B. die Gymnasien hätten – Thema „Elf Poolstunden“ –, dann wäre das diese Größenordnung.

Ich kann heute aber noch überhaupt keine Angabe über einen Ressourcenumfang machen, da die Konzepte derzeit erarbeitet werden. Ich glaube, es ist auch richtig, hier zunächst mit den unmittelbar Betroffenen Diskussionen zu führen und auch die entsprechende Einigung herbeizuführen. Ich sage Ihnen zu, dass wir Sie, das Parlament, und die Öffentlichkeit natürlich rechtzeitig darüber informieren,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

falls Konkretisierungen in diesem Zusammenhang stattfinden.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Herr Minister Stoch, sehr herzlichen Dank für die Ausführungen.

Kollege Wacker hat vorhin angesprochen, dass es bei uns in Baden-Württemberg seit drei Jahren eine Ungleichbehandlung der Realschulen geben würde. Sie haben jetzt davon gesprochen, dass die Landesregierung den Realschulen zum nächsten Schuljahr 2,2 Poolstunden zur Verfügung stellt. Könnten Sie vielleicht nochmals darstellen, wie das Verhältnis vor unserer Regierungszeit gewesen ist, wie die Ausstattung der Schulen im Bereich „Haupt- und Werkrealschule“ und im Bereich „Realschule und Gymnasium“ war? Kann man in diesem Zusammenhang von einer Ungleichbehandlung der Realschulen seit drei Jahren sprechen?

Da es auch immer sehr beliebt ist, in diesem Zusammenhang über das Thema Sachkostenbeiträge zu sprechen, stelle ich die Frage: Wie setzen sich die Sachkostenbeiträge zusammen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klassenteiler!)

Wie haben sie sich in den vergangenen Jahren entwickelt?

Zum Abschluss zu den Sachkostenbeiträgen noch die Frage: Welche Auswirkungen hätte es, wenn wir beispielsweise bei den Haupt- und Werkrealschulen die Sachkostenbeiträge auf das Niveau der Gymnasien oder Realschulen absenken würden?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das kann man auch schriftlich machen!)

Vielen Dank.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Herzlichen Dank, Frau Boser. – In der Tat – das ist auch das, was ich sehr häufig deutlich mache – ist es nicht glaubhaft,

wenn insbesondere vonseiten der CDU, die letztes Jahr eine entsprechende Kampagne zum Schutz der Realschulen ins Leben gerufen hat – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist das Einzige, was Sie ärgert!)

Wenn wir dann die Zahlen anschauen, stellen wir fest: Die Realschulen hatten zu Zeiten der früheren Landesregierung null Poolstunden, das heißt keinerlei zusätzliche Ausstattung,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Wie ich gesagt habe, ist auch das Thema Heterogenität nicht 2011 vom Himmel gefallen. Die Realschulen haben schon damals die Notwendigkeit geschildert,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

hier pädagogische Differenzierungen vorzunehmen.

Sie haben nach den anderen Schularten gefragt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klassenteiler!)

Die Haupt- und Werkrealschulen mit zehn Poolstunden und die Gymnasien mit der von uns jetzt von zehn auf elf erhöhten Zahl von Poolstunden haben eine deutlich bessere Ausstattung. Natürlich haben wir mit den 2,2 Poolstunden bei den Realschulen einen ersten wichtigen Schritt gemacht. Die Realschulen reagieren auf diese zusätzliche Ausstattung damit, dass sie diese Mittel vor allem in der Orientierungsstufe, das heißt in der Eingangsstufe für die Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen, einsetzen.

Zu den Sachkostenbeiträgen findet auch immer eine sehr eigenartige Diskussion statt. Denn die Diskussion beinhaltet implizit den Vorwurf, man wolle über das Mittel der Sachkostenbeiträge quasi Politik machen und gelittene Schularten besser ausstatten und weniger gelittene Schularten schlechter ausstatten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das trifft zu! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Quatsch!)

Wenn man weiß, dass sich die Sachkostenbeiträge genau in der gleichen Systematik wie auch in der Vergangenheit errechnen, dann ist eines ganz klar: Bei den Sachkostenbeiträgen – das zeigt die Ermittlung der Kosten – werden kleinere Schulstandorte immer teurer sein. Kleinere Schulstandorte – da wundere ich mich dann über manche Äußerung aus der CDU-Fraktion – betreffen in der Regel den ländlichen Raum.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Sie sollten einmal die Äußerung des Gemeindetags in dieser Diskussion zur Kenntnis nehmen. Herr Kehle hat es sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Er sagte nämlich: „An die Sachkostenbeiträge zu gehen hieße, die Axt an die kleinen Schulstandorte zu legen.“ Das heißt, diejenigen, die sich hier immer – unberechtigterweise – als Hüter des ländlichen Raums aufspielen, haben offensichtlich wieder nicht erkannt, dass die Forderung, die sie hier erheben, zum Schaden des ländlichen Raums wäre. Deswegen ist es völlig verfehlt, eine solche Forderung zu erheben.

(Minister Andreas Stoch)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Betretenes Schweigen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Den Klassenteiler haben Sie vergessen!)

– Den hat nur Herr Röhm hineingebrüllt. Sie hat nicht nach ihm gefragt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Steht nicht im Drehbuch drin!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Herr Minister, wenn man Ihren Ausführungen folgt, dann stellt man fest, dass es sich eher so darstellt, dass wir von der Vorgängerregierung auch Systematiken im Bereich der Sachkosten übernommen haben, die eher die Frage aufwerfen – noch zusätzlich zu dem, was Sie bereits ausgeführt haben –, inwieweit die Realschule eigentlich unter der Vorgängerregierung tatsächlich schlecht gelitten war.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Vor allem durch die Klassenteilersenkung!)

Offensichtlich haben erst wir reagiert. Sie haben ausgeführt, dass es nicht nur so ist, dass die neue Landesregierung die Zahl der Poolstunden erhöht hat, sondern dass auch konzeptionell Gespräche laufen, dass man auf Veränderungsprozesse konzeptionell positiv reagieren will. Wie deckt sich das Ihrer Meinung nach mit den Vorwürfen, man wolle die Realschulen beispielsweise in Schulentwicklungsprozesse hineinzwingen, obwohl sie das gar nicht wollen? Es steht immer die These im Raum, wir würden irgendjemanden in Richtung Gemeinschaftsschule zwingen.

Vor dem Hintergrund meiner insgesamt sechsjährigen Erfahrung mit Schulentwicklung –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

ich habe selbst den Schulentwicklungsprozess in meiner Schule geleitet – kann ich nur sagen: Es ist völliger Nonsens, so etwas zu unterstellen. Denn man muss in einem solchen Prozess eine Schule immer komplett mitnehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das scheint der wunde Punkt zu sein!)

Wie deckt sich das Ihrer Meinung nach mit den Vorwürfen, wir würden Realschulen in Richtung Gemeinschaftsschule zwingen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

vor dem Hintergrund dessen, was Sie hier gerade ausgeführt haben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das trifft voll zu!)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Herr Kollege Fulst-Blei, ich glaube, wenn Sie mit den Lehrerinnen und Lehrern an den Realschulen sprechen – ich habe mit vielen Schulleiterinnen und Schulleitern nicht nur über die Verbandsebene, sondern auch im unmittelbaren Dialog gesprochen –, dann merken Sie sehr schnell, dass sie auf der Su-

che nach einer pädagogischen Antwort auf die veränderten Herausforderungen sind.

Wenn Sie mit den Lehrerinnen und Lehrern sprechen, dann merken Sie sehr schnell, dass ihnen vollkommen klar ist,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

dass es keine Dreigliedrigkeit auf Dauer geben wird und dass sich bereits daraus abgeleitet zwingend auch die Funktion der Realschule verändert.

Sie werden von keiner der Lehrerinnen bzw. keinem der Lehrer an den Realschulen hören: „Meine Realschule bleibt, wie sie in den letzten 20 oder 30 Jahren war.“ Denn sie wissen genau, dass dies eine Illusion wäre. Deswegen sind die Lehrerinnen und Lehrer sehr wohl bereit, über eine Weiterentwicklung ihrer Schule nachzudenken, und zwar auch, um auch leistungsschwächeren Schülern ein gutes Angebot zu machen. Deswegen sagen wir ja auch: Das Ermöglichen eines Hauptschulabschlusses an der Realschule ist ein Element.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nur: Wenn ich keine Veränderung im Bildungsgang Realschule vornehme, habe ich das Problem, dass Schülerinnen und Schüler, die möglicherweise nicht das Potenzial haben, den mittleren Bildungsabschluss zu erreichen, gar nicht die Möglichkeit haben, nach Klasse 9 den Hauptschulabschluss an der Realschule zu machen. Also muss ich zwangsläufig an meiner pädagogischen Konzeption etwas ändern. Deswegen muss ich auch überlegen: Wie kann ich es schaffen, dass die Schülerinnen und Schüler diesen Abschluss erreichen?

Aber – das ist mir bei den Realschulen ganz wichtig – die Realschulen haben nicht nur die leistungsschwächeren Schüler im Auge. Vielmehr haben die Realschulen natürlich auch die Schülerinnen und Schüler an ihren Schulen im Auge, die ein höheres Potenzial haben, die vielleicht sogar das Potenzial haben, das gymnasiale Leistungsniveau zu erreichen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Gerade dann ist klar, dass auch die Weiterentwicklung der Realschule in die Richtung, auch das gymnasiale Niveau anzubieten, eine Chance im Konzept der Gemeinschaftsschule sein kann.

Aber zu Ihrer Frage nach der Schulentwicklung: Ich glaube, wenn wir zukünftig die Realschulen in die Lage versetzen, den Hauptschulabschluss und auch ein pädagogisches Konzept, das die Schüler auch auf den Hauptschulabschluss vorbereitet, anzubieten, dann spielt dies natürlich auch für die Schulentwicklung eine Rolle. Dann brauchen Sie dazu auch niemanden zu zwingen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denn die Schulen selbst, genauso wie die Schulträger, beobachten doch die Entwicklung der Schülerströme weg von Haupt- und Werkrealschule sehr genau. Die fragen sich doch auch: „Was passiert mit meinem Realschulstandort in den nächsten zwei, drei, fünf oder zehn Jahren?“ Wenn die Schülerzahlentwicklung insgesamt rückläufig ist, dann brauchen wir doch nur die Zahlen bei der Realschule anzuschauen.

(Minister Andreas Stoch)

Denn auch die Zahlen bei der Realschule sind bereits rückläufig.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn ich darauf jetzt keine Antworten finde, dann wird die Realschule ebenfalls in einen Auszehrungsprozess geraten, der dazu führt, dass sie immer schwächer wird. Deswegen sind die Realschulen – ich stelle das in Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern fest – gut beraten, sich über ihre Weiterentwicklung Gedanken zu machen. Sie tun das auch. Deswegen bin ich auch den Verbänden – der GEW, der AG der Realschullektoren – sehr dankbar, dass sie auf der Suche nach gemeinsamen Lösungen sehr konstruktive Gesprächspartner sind.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Minister, wir sind Ihnen natürlich sehr dankbar, dass Sie Parlament und Öffentlichkeit dann zeitnah informieren wollen, nur gibt es diesen Zeitungsartikel vom 18. Juni bereits.

(Zuruf von der SPD: Und?)

Sie werden darin wörtlich zitiert. Deshalb wird er nicht ohne Ihr Zutun oder das Zutun des Kultusministeriums zustande gekommen sein. Erlauben Sie uns deshalb, dass wir über die Inhalte schon etwas mehr erfahren wollen, als Sie jetzt gesagt haben. Sie haben gesagt: „Wir sind noch nicht so weit, um dazu sprechfähig zu sein.“

Zum einen geht es um die Zahl 500. Setzen Sie sich – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ladet ihn doch in die Fraktion ein, dann könnt ihr ihn fragen! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Herr Drexler, überlassen Sie bitte uns, welche Instrumente die CDU-Fraktion im Parlament einsetzt, um von der Landesregierung Antworten zu erfahren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, aber doch nicht über Zeitungsartikel! Das ist doch peinlich! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir stellen hier Fragen, die sich aufgrund eines Zeitungsartikels über die Regierungsarbeit stellen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler CDU)

Erstens geht es um die Zahl 500. Setzen Sie sich jetzt in der Landesregierung dafür ein, dass 500 Stellen geschaffen werden, und zwar unabhängig davon, was am Ende dabei herauskommt? Und wenn Sie sich für Stellen einsetzen, wofür sind diese? Sind sie für zusätzliche Angebote in Form des Kurs-systems oder um in den Realschulen bestimmte Erleichterungen in der angespannten Unterrichtsversorgung zu erreichen?

Zweitens: Wenn Sie ein Kurssystem in den Hauptfächern vorbereiten – dieses Konzept ist in dem Artikel aufgeführt; die Klassen 5 und 6 machen gemeinsamen Unterricht, ab Klasse 7 gibt es eine äußere Leistungsdifferenzierung in den Hauptfä-

chern –, rücken Sie damit dann von der einseitigen Protegierung einer nur binnendifferenzierten Unterrichtung ab?

Das frage ich auch vor dem Hintergrund, dass Ihnen im Rahmen der regionalen Schulentwicklung gerade der Städtetag gesagt hat: „Wir erwarten, dass in den Gemeinschaftsschulen das Verbot einer äußeren Leistungsdifferenzierung aufgehoben wird und ab Klasse 7 eine äußere Leistungsdifferenzierung vorgenommen wird.“ Deshalb ist meine Frage: Wenn dies das Konzept für die Realschulen ist, wollen Sie dann auch bei den Gemeinschaftsschulen Änderungen vornehmen?

Als dritter Punkt wird das Zielschuljahr 2015/2016 in dem Zeitungsartikel erwähnt. Wollen Sie deshalb tatsächlich für das kommende Schuljahr eine solche Maßnahme noch nicht vorsehen? Ich frage das, weil sich mit der Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung – das haben Sie vorhin bereits erwähnt – die Situation an den Realschulen noch einmal einschneidend verändert hat. Das war im Schuljahr 2012/2013. Und wenn Sie im Schuljahr 2015/2016 etwas umsetzen, sind die Schülerinnen und Schüler, die zum ersten Mal davon betroffen waren, dann bereits in Klasse 8 und würden somit von dieser Maßnahme nicht mehr erreicht werden. Wie werden diese Schüler auf einen Abschluss in der Schulart Realschule vorbereitet?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Herr Kollege Schebesta, ich weiß es nicht genau, aber ich gehe davon aus, dass Ihnen bekannt ist, wie Zeitungsberichte zustande kommen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb habe ich ja gesagt: das wörtliche Zitat! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Genau. Aber zu den Punkten, die Sie jetzt genannt haben, stehen keine wörtlichen Zitate in dem Artikel.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ohne Ihr Zutun wäre das nicht zustande gekommen!)

– Das war Ihre Mutmaßung. Natürlich bin ich zu diesem Thema befragt worden. Aber die Aussagen, die mit meinem Namen in Verbindung stehen, haben Sie komischerweise nicht zitiert.

Wenn ein Journalist einen Artikel schreibt, recherchiert er normalerweise zu einem Thema. Wenn es sich nicht um ein Wortlautinterview handelt – dann könnten wir das unterstellen –, müssen Sie davon ausgehen, dass er seine Informationen aus verschiedenen Quellen bezieht.

In dem Artikel tauche ich zwar namentlich auf; das heißt aber nicht, dass ich mir diese Aussagen alle zu eigen mache oder sie von mir stammen. Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Ressourcen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann sagen Sie doch, was Ihre Punkte sind!)

– Nein, auf die Frage des Kollegen Wacker hin sagte ich Ihnen sehr deutlich, dass im Moment ein offener Diskussionsprozess stattfindet, in dem – –

(Minister Andreas Stoch)

(Abg. Volker Schebesta CDU: Seit einem Jahr ist der Hauptschulabschluss an der Realschule das Thema!)

– Ich glaube, da Sie vorher gar nichts zu dem Thema beige-tragen haben, waren es ein paar Jahre mehr, in denen nichts passiert ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen: Lassen Sie uns die Probleme, die Sie nicht ange-gangen sind, lieber schön sorgfältig lösen. Das dürfte klar sein.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Günther-Martin Pauli CDU)

– Herr Kollege Pauli, ich muss doch seine Fragen beantwor-ten.

Wofür sollen die Ressourcen sein? Herr Kollege Schebesta, ich habe es gerade schon einmal gesagt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zur Weiterentwick-lung!)

Wenn Sie z. B. mit Verbänden reden, werden natürlich Forde-rungen gestellt. Ich wurde u. a. gefragt, was ich von der For-derung halte, dass z. B. die Realschule in gleichem Maß wie die Gymnasien ausgestattet werden sollen, was ca. 400 bis 500 zusätzlichen Deputaten entspricht. Es ist nicht schwer, das auszurechnen. Deshalb hat es der Journalist wahrschein-lich ausgerechnet, oder jemand hat ihm diese Größenordnung genannt.

Der Punkt ist doch folgender: Wenn ich sage – damit bin ich ausdrücklich zitiert –, wir seien dabei, Konzepte dazu zu er-arbeiten, wie wir die Weiterentwicklung der Realschulen er-möglichen wollen, dann können Sie daraus ableiten, dass ich noch keine abschließende Aussage darüber machen kann, wel-ches die Elemente dieser Konzepte sind. Denn nur dann könn-te ich Ihnen sagen, welche Kosten dadurch verursacht wer-den.

Sie haben gefragt: Wofür werden diese Ressourcen eingesetzt? Wir wollen, was die Themen Unterrichtsversorgung und Er-gänzungsbereich angeht, das Bild einmal nicht so schwarz-malen, wie es Herr Kollege Wacker getan hat. Schauen Sie sich die Zahlen der letzten Jahre an. Wir haben über alle Schularten hinweg keine Verschlechterung der Unterrichts-versorgung zu verzeichnen. In einigen Schularten gibt es so-gar eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Das sollte auch einmal deutlich gemacht werden.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wenn es um die Frage geht, wofür bei der Weiterentwicklung der Realschulen zusätzliche Ressourcen gewährt werden kön-nen, dann sage ich: Natürlich dafür, dass auch tatsächlich pä-dagogische Weiterentwicklungen stattfinden. Das bedeutet, es sind – z. B. wie im Bereich der Gymnasien die Poolstunden – Differenzierungsmöglichkeiten zu schaffen, und zwar nicht einseitig, sondern in der jeweils vor Ort notwendigen und auch pädagogisch als notwendig erachteten Weise.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Also Kurssystem wür-de dazukommen?)

Im Rahmen der Diskussion, was eine Weiterentwicklung der Realschulen darstellen könnte, ist natürlich auch über die Fra-ge nachgedacht worden – ich glaube, die CDU-Fraktion tut dies in ihrem Bildungsarbeitskreis auch –: Wie könnte die Struktur einer Schule aussehen, die dann Verbundschule, Haupt- und Realschule, „Realschule plus“ oder wie auch im-mer heißt? Ihr Konzept ist in dieser Hinsicht durchaus sehr vielgestaltig.

Schauen wir uns dieses System an, stellt sich die Frage: Wie werden wir den Schülerinnen und Schülern in ihrer Unter-schiedlichkeit auch an der Realschule gerecht? Dabei spielt natürlich auch die Frage eine Rolle, ob dabei auch ein leis-tungsdifferenziertes Kurssystem eine Rolle spielen kann.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn ich Ihnen aber vor einer Minute gesagt habe, dass es in dieser Hinsicht noch keine abschließenden Konzepte gibt, dann weise ich Sie auch darauf hin, dass dies eine der vielen Überlegungen ist, was möglicherweise ein Teil des Konzepts sein könnte. Aber – ich sage es noch einmal deutlich – es gibt noch kein fertiges Konzept.

Zu der Frage des Beginnzeitpunkts kann ich Ihnen Folgendes sagen. Ich habe mit den Vertretern der Realschulverbände ganz offen gesprochen und gesagt: Für das kommende Schul-jahr gilt der Haushalt 2013/2014, und in diesem Haushalt se-he ich keine Spielräume, um in entsprechender Weise zusätz-liche Mittel zur Verfügung zu stellen. Dabei sage ich ganz deutlich: Für mich hat die Sicherung der guten und qualitäts-vollen Unterrichtsversorgung oberste Priorität.

Wenn es jedoch um den Haushalt 2015/2016 geht, müssen wir die Realschulen natürlich mit den entsprechenden Ressour-zen ausstatten, wenn wir uns auf dem Weg dorthin auf ein Konzept einigen können. Mein Ehrgeiz ist, zum Beginn des Schuljahrs 2015/2016 die Möglichkeiten dafür zu schaffen, die Konzepte, die wir möglicherweise – davon gehe ich je-doch aus – erarbeiten werden, auch tatsächlich umzusetzen.

Dann werden wir sicherlich auch gemeinsam mit den Real-schulen Konzepte dazu erarbeiten, wie wir den Schülerinnen und Schülern gerecht werden, die heute schon an den Real-schulen sind. Sie haben zu Recht gesagt, dass diese Schüler bereits in Klasse 8 sein werden, wenn es 2015/2016 so weit ist.

Dabei spielt natürlich noch eine weitere komplexe Fra-ge eine Rolle, nämlich die des Inkrafttretens des neuen Bildungs-plans. Bisher gibt es den Hauptschulbildungsplan und den Re-alschulbildungsplan. Wenn aber an der Realschule die Prü-fung für den Hauptschulabschluss stattfindet – das betrifft die Diskussion über das Thema Schulfremdenprüfung –, dann müssen natürlich auch dort kluge pädagogische Konzepte auf-gelegt werden, damit die Schüler entsprechend auf den Haupt-schulabschluss vorbereitet werden. Das heißt, letztlich wird eine entsprechende Umsetzung eines solchen pädagogischen Konzepts mit einer Leistungsdifferenzierung möglich sein, wenn der neue Bildungsplan in Kraft getreten ist.

Dennoch sage ich ganz deutlich: Wenn wir uns auf eine sol-che Weiterentwicklung der Realschulen verständigen und wenn auch die Verbände bereit sind, dieses Konzept mitzutra-

(Minister Andreas Stoch)

gen, dann muss das auch bereits zu Beginn des Schuljahrs 2015/2016 mit einer entsprechenden Verbesserung der Ausstattung einhergehen.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Herr Minister, zunächst einmal bin ich Ihnen dankbar, dass Sie zum Begriff der Differenzierung vorhin zum ersten Mal den Unterschied zwischen der Binnendifferenzierung und der äußeren Differenzierung formuliert haben. Das Entscheidende für die CDU-Fraktion ist – ich bin mir sehr sicher, dass Sie das Konzept der CDU-Landtagsfraktion kennen –, dass wir einen besonderen Akzent auf die äußere Differenzierung legen. Denn dahinter verbergen sich wirklich große pädagogische Chancen. Das gilt gerade für die jungen Menschen, die diesen Hauptschulabschluss brauchen.

Die Frage zu der Zahl der 500 Deputate haben Sie noch nicht präzise beantwortet. Sie steht jetzt nun einmal im Raum. Vorhin haben Sie gesagt, es sei – ich zitiere – „zu früh“, um konkrete Zahlen „in den Mund zu nehmen“. Bedeutet das, dass Sie sich damit von dieser Zahl der zusätzlichen 500 Deputate für die Realschulen zu Beginn des Schuljahrs 2015/2016 distanzieren?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das kann er doch gar nicht!)

Oder halten Sie an dem Ziel fest, diese 500 Deputate, die sehr wichtig für die Realschulen sind, Herr Kollege Fulst-Blei, für die Realschulen zu schaffen?

Für meine zweite Frage nehme ich den Begriff „Bedingungen“ in den Mund. Die Möglichkeit des Erwerbs des Hauptschulabschlusses an der Realschule ist ein absolut erstrebenswertes Ziel. Darüber sind wir uns im Übrigen auch völlig einig. Wenn es aber um die Zuführung dieser Deputate gehen sollte, hängt das zentral damit zusammen, wie, in welcher Form des Unterrichtens diese Deputate eingesetzt werden. Auch diese Frage ist eben noch nicht ganz präzise beantwortet worden.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Herr Kollege Wacker, nachdem ich vorhin zweimal ausgeführt habe, dass die Frage der Deputatsausstattung letztlich von der Aushandlung eines endgültigen Konzepts abhängt, mache ich mir die Zahl 500 nicht zu eigen. Ich distanziere mich nicht von ihr, aber ich mache sie mir auch nicht zu eigen, weil ich schlicht und einfach nicht weiß, ab das die richtige Zahl sein wird.

Was Ihre zweite Frage angeht: Es ist völlig korrekt, dass die Frage der Umsetzung des Konzepts davon abhängen wird, wie die Ausstattung aussieht, wie die Weiterentwicklung auch an den Realschulen tatsächlich aussieht. Die Umsetzung dieser pädagogischen Konzepte, die wir – so meine ich – sinnvollerweise gemeinsam mit den Realschulen entwickeln wollen, ist der Gradmesser dafür, dass auch eine entsprechende Ressourcenausstattung an den Realschulen stattfindet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herzlichen Dank, Herr Minister.

Die 60 Minuten, die für die Regierungsbefragung vorgesehen waren, sind abgelaufen. Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes – Drucksache 15/5166**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Drucksache 15/5274**

**Berichterstatter: Abg. Wilfried Klenk**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache darf ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Klenk das Wort erteilen.

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ich bereits bei den Beratungen im Sozialausschuss vorgebracht habe, werden mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen den geänderten bundesrechtlichen Bestimmungen zum SGB XII und SGB II und dem Bundeskindergeldgesetz angepasst.

Dass die Landesregierung einige in der Anhörung zum vorliegenden Gesetzentwurf vorgebrachte Änderungsvorschläge nicht aufgegriffen hat, ist nach den im Ausschuss gemachten Erläuterungen nachvollziehbar. Es ist auch begründet worden, weshalb diese nicht aufgenommen wurden. Die Gesetzesbegründung erscheint uns deshalb insoweit plausibel.

Zu der vom SPD-Kollegen – ich glaube, es war Herr Hinderer – im Sozialausschuss vorgebrachten Nachfrage zur Beteiligungsquote des Bundes für die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets wurden ebenfalls ausreichende Erläuterungen gegeben.

Im Zusammenhang mit den bundesgesetzlichen Änderungen wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass es sich dabei um die größte Entlastung der kommunalen Haushalte seit Jahrzehnten handelt. Allein für das Jahr 2014 wird mit mindestens einer halben Milliarde Euro gerechnet. Das Ganze ist natürlich auch mit einem entsprechend erhöhten Erfüllungsaufwand verbunden. Über das eine oder andere könnte man streiten, aber das ist nicht unsere Aufgabe hier. Die dafür zwangsläufig notwendigen Stellen wurden in der Zwischenzeit – wie auch schon im Ausschuss berichtet wurde – geschaffen.

Seitens der CDU-Fraktion gibt es vor diesem Hintergrund keine grundsätzlichen Bedenken gegenüber dem Gesetzentwurf, der die Landesseite betrifft, weshalb ich hier bereits im Ganzen unsere Zustimmung signalisiere.

Vielen Dank.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Vielen Dank. Der Kollege hat seine Rede beendet.

(Beifall der Abg. Peter Hauk CDU sowie Dr. Stefan Fulst-Blei und Rainer Hinderer SPD)

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Poreski das Wort.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Kollege Klenk bereits gesagt hat, waren wir uns schon im Sozialausschuss einig, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung bundesgesetzliche Vorgaben korrekt in Landesrecht umsetzt.

Ein Zweck der Gesetzesänderung ist ebenfalls unstrittig: Die Kommunen sollen um 500 Millionen € entlastet werden, indem der Bund seit diesem Jahr zu 100 % die Kosten für die Grundsicherung im Alter und für die Erwerbsminderung übernimmt.

Da zudem das Verteilungsverfahren für das Bildungs- und Teilhabepaket zielgenauer gestaltet wird, muss auch hier bei der Umsetzung des Bundeskindergeldgesetzes das Landesrecht angepasst werden.

Das alles ist innerhalb der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen stimmig, ändert jedoch nichts daran, dass die zugrunde liegende Sozialpolitik des Bundes verfehlt ist. Wir alle wissen aus der Armutsforschung, dass die Grundsicherung für Ältere nur von einem Teil der Berechtigten in Anspruch genommen wird, weil sich viele schämen oder befürchten, dass ihre Angehörigen mit herangezogen werden und sich offenbaren müssen. Deswegen ist gerade bei diesem Personenkreis die verdeckte, die verschämte Armut dramatisch, mit ebenso dramatisch steigender Tendenz.

Durch eine gesetzliche Mindestrente – und zwar nicht auf Kosten der Beitragszahler, sondern solidarisch aus Steuermitteln finanziert –, durch eine solche Garantierente könnte die Altersarmut wirksam bekämpft werden. Diese Chance hat die Große Koalition in Berlin verpasst und dafür fragwürdige Rentenoperationen durchgeführt – auf Kosten der Beitragszahler, statt solidarisch über Steuern finanziert.

(Beifall der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das ist alles andere als generationengerecht und kein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Altersarmut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Etwas stimmiger ist auf den ersten Blick die Neuverteilung beim Bildungs- und Teilhabepaket, auch weil jetzt nicht mehr aufgrund monatlicher Meldungen, sondern aufgrund eines Jahreszeitraums abgerechnet wird. Allerdings soll der Aufwand für das Bildungs- und Teilhabepaket den Kommunen über eine Gesamtentlastung bei den Kosten der Unterkunft ersetzt werden. Zwischen diesen beiden Posten besteht jedoch keinerlei Zusammenhang. Das Land kann hier zwar auf dem Verordnungsweg ein vereinfachtes Zuteilungssystem installieren, aber die Ermittlung der tatsächlichen Ausgaben, der regionale Abgleich mit den Kosten der Unterkunft und die je-

weiligen Rückrechnungen erfordern einen gigantischen bürokratischen Aufwand. Da ist es ein schwacher Trost, dass die finanzielle Entlastung in der Summe natürlich viel höher ist als der zusätzliche bürokratische Aufwand.

Das Bildungs- und Teilhabepaket ist und bleibt ein bürokratisches Ungetüm. Der Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut ist nachweislich marginal. Auch hier hat die schwarz-rote Koalition im Bund versagt; denn Union und SPD hatten im Bundestagswahlkampf eine massive Kindergelderhöhung versprochen, auch um die Forderung nach einer Kindergrundsicherung abzuwehren. Jetzt erhöht Schwarz-Rot nicht das Kindergeld, wohl aber den Kinderfreibetrag, von dem ausschließlich die Bestverdienenden profitieren.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf der Landesregierung also zu, weil er aus der Bundesregelung das pragmatisch Beste macht. Wir verschweigen aber nicht, dass der bundespolitische Rahmen bei der Armutsbekämpfung das Prädikat „mangelhaft“ verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich konzentriere mich jetzt wieder auf den landesseitigen Anteil der heute zur Beratung stehenden Gesetzesänderung.

Die Gesetzesänderung klingt wenig spektakulär und ist nach der ersten Lesung und der Vorberatung im Sozialausschuss auch völlig unstrittig. Wir stimmen heute voraussichtlich einstimmig einer Gesetzesänderung zu, deren Anlass für uns auch Grund zur Freude liefert. Den Artikel 1, die Änderung zur Ausführung des SGB XII, können wir vielleicht unter die Überschrift stellen: Wer zahlt, bestimmt. Der Bund erstattet den Kommunen ab dem Jahr 2014 die Grundsicherung im Alter zu 100 %. Der Betrag wurde bereits genannt. Mit einer halben Milliarde Euro wird ein ansehnlicher und nachhaltiger Beitrag zur Entlastung der kommunalen Haushalte bei den Sozialausgaben und zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen geleistet. Das war lange gefordert und ist richtig.

Unter diesem Vorzeichen fällt es uns dann auch nicht schwer, uns der Fachaufsicht des Bundes zu unterstellen und die Mittelverteilung zukünftig im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung als Pflichtaufgabe nach Weisung auszuführen. Finanziell so komfortabel ausgestattete Weisungen nehmen wir mit Vergnügen an.

Mit dem Artikel 2, der Änderung zur Ausführung des SGB II, tragen wir dafür Sorge, dass Finanzströme dort münden, wo die Mittel auch zweckentsprechend ausgegeben werden, und dass das Geld nicht an falscher Stelle versickert.

Für die Bildungs- und Teilhabeleistungen sorgt der Bund für einen Ausgleich über eine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft. Da die Kosten der Unterkunft – Herr Poreski hat dies bereits gesagt – in keinem direkten Zusammenhang mit den jeweiligen Ausgaben für Bildung und Teilhabe stehen, ist es richtig, dass zukünftig die Bundesmittel den tatsächlichen Leistungen für Bildung und Teilhabe entsprechend den Kommunen kreissscharf zugeteilt werden, entsprechend ihrem je-

(Rainer Hinderer)

weiligen Anteil an der Gesamtzuteilung des Landes. Das ist nicht nur gerechter als die bisherige Verteilung, sondern sollte auch Ansporn für unsere Kommunen sein, sich noch mehr im Bereich der Bildungs- und Teilhabeleistungen zu engagieren.

Die Bewilligung von Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket war und ist auch mit einem gewissen Aufwand verbunden. Wir wissen es: In der Vergangenheit war des Öfteren von einem bürokratischen Monster die Rede. Aber diese Mittel werden bei den Kindern und Familien der SGB-II-Leistungsempfänger dringend benötigt und leisten doch mitunter einen wesentlichen Beitrag für bessere Bildung und zur Förderung von Lernhilfen oder zur Teilhabe z. B. an Klassenfahrten, am Vereinsleben oder jetzt auch in den Sommerferien wieder zur Ermöglichung von Erholungs- und Freizeitmaßnahmen.

Insofern ist das Geld, das kommt, gut angelegt. Wir freuen uns, dass die Sozialministerin im Ausschuss berichten konnte, dass auch die Werbemaßnahmen in diesem Bereich Wirkung zeigen und die Umsetzung insgesamt verbessert wurde. Das führt auch dazu, dass die Beteiligungsquote des Bundes wieder ansteigt.

Seitens des Landes sorgen wir für eine angemessene und sachgemäße Bearbeitung der Anträge und Zahlungen. Dazu haben wir über den Nachtragshaushalt 2014 insgesamt zwei zusätzliche Stellen im Sozialministerium und 3,5 Stellen für die Regierungspräsidien bewilligt.

Die SPD stimmt den Änderungsgesetzen zu, kommen sie doch schlussendlich den Kommunen und insbesondere den einkommensschwachen Familien und Kindern in unserem Land zugute.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt immer wieder Gesetze, die eine breite Zustimmung aller Fraktionen finden. Das ist auch heute der Fall. Es geht mehr um formale Dinge: um die Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen an das Bundesgesetz.

Aber das gibt mir natürlich auch Gelegenheit, noch einmal darauf hinzuweisen, dass es die von CDU/CSU und FDP getragene frühere Bundesregierung war, die entschieden hat, die Grundsicherung finanziell von den Kommunen auf den Bund zu übertragen. Wie wichtig diese Maßnahme ist, wurde hier schon genannt: Es geht um eine halbe Milliarde Euro. Bundesweit rechnen wir mit 5,5 Milliarden € Grundsicherung. Bis 2018 wird dieser Wert demografiebedingt auf 7,2 Milliarden € ansteigen. Das zeigt, mit welchen Summen der Bund künftig in diesem Bereich die kommunale Seite entlastet.

Insofern stimmen wir dem natürlich sehr gern zu. Das war einer der wichtigen Bausteine der alten Bundesregierung neben der Anhebung des Kindergelds, die man auch durchgeführt hat. Das sind Maßnahmen, die dazu beigetragen haben, Sozi-

alpolitik zu betreiben. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Altpeter.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Anlass für den heute zur Beratung stehenden Gesetzentwurf ist ausgesprochen erfreulich. Der Bund hat im Jahr 2013 75 % der kommunalen Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernommen. Ab dem Jahr 2014 erstattet er die Ausgaben vollständig. So haben die Kommunen im Land bereits im Jahr 2013 Bundesmittel im Umfang von rund 375 Millionen € erhalten. Im Jahr 2014 rechnen wir mit einer Entlastung von mindestens einer halben Milliarde Euro für die Kommunen. Ich würde einmal sagen, das ist ja nicht einfach nichts.

Allerdings – das gehört auch dazu – ist nach den Regeln des Grundgesetzes seit 2013 Bundesauftragsverwaltung eingetreten. Die Länder unterliegen nun voll den Weisungen des Bundes und haben diese an die Kommunen weiterzugeben. Deshalb ist es auch erforderlich, die landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird für die Stadt- und Landkreise Pflichtaufgabe nach Weisung. Das Sozialministerium und die Regierungspräsidien werden Fachaufsichtsbehörden. Notwendig sind außerdem Regelungen zum Mittelabrufverfahren, zur Haftung der Stadt- und Landkreise im Verhältnis zum Land und zur Prüfung der Aufgaben durch die Rechnungsprüfungsämter. Schließlich ergänzen wir die bundesrechtliche Zuständigkeit durch Landesrecht.

Herr Abg. Klenk hat es angesprochen: Im Anhörungsverfahren hat der Landkreistag einige Einwendungen und Forderungen erhoben, beispielsweise nach einem Ausgleich des Verwaltungsaufwands für die neue Grundsicherungsstatistik durch das Land. Das waren Punkte, denen wir nicht entsprechen konnten.

In zwei Punkten, bei der Haftungsregelung und bei der Prüfung durch die Rechnungsprüfungsämter, haben wir aber Kompromisslösungen gefunden, die sowohl den Interessen der Kommunen als auch den Interessen des Landes gerecht werden. Ich meine, damit können alle zufrieden sein.

Im zweiten Teil des Gesetzentwurfs führen wir einen neuen Verteilerschlüssel für die Bundesmittel für Bildung und Teilhabe ein. Auch dieser ist gut für die Kommunen. Der bisherige, nur vorläufige Verteilerschlüssel nach dem Anteil der Kreise an den Kosten der Unterkunft führte zu keinem sachgerechten Ergebnis. Es ist gerechter, die Mittel künftig im Verhältnis der Ausgaben der einzelnen Stadt- und Landkreise für Bildung und Teilhabe zu den Gesamtausgaben im Land neu zu verteilen. Mit dieser aufwandsbezogenen Verteilung erreichen wir, dass jeder Kreis seine Ausgaben für Bildung und Teilhabe aus den Bundesmitteln heraus decken kann. Auch der Städ-

(Ministerin Katrin Altpeter)

tetag und der Landkreistag sind mit der neuen Verteilung im Grundsatz einverstanden.

Nachdem jetzt alle Fraktionen ihre Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf deutlich gemacht haben, danke ich Ihnen für die Zustimmung. Ich denke, hier können wir etwas Gutes auf den Weg bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5166. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Drucksache 15/5274. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

##### Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 25. Juni 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

##### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur

Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt und Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – 3. IQB-Länderbericht 2012 – Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP – Drucksache 15/4170 (Geänderte Fassung)**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung durch die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die SPD-Fraktion, haben diesem Antrag bewusst den Titel gegeben: „3. IQB-Länderbericht 2012 – Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP“. Die Studie des Berliner Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen hatte den Schwerpunkt Mathematik und Naturwissenschaften. Die empirischen Ergebnisse stammen aus dem Jahr 2012, und sie sind besorgniserregend.

In Mathematik belegte Baden-Württemberg Platz 9, in Physik, Biologie und Chemie nur die Plätze 9 bis 11. Die Gymnasien schließen zwar besser ab, aber auch sie erreichen nicht die engere Spitzengruppe.

Besonders bedenklich ist: 50 % aller Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss oder einen mittleren Bildungsabschluss anstreben, erreichen in Mathematik gerade einmal die Kompetenzstufen I bzw. II. In den Naturwissenschaften beträgt der Anteil dieser Problemgruppe sogar bis zu 68 %.

Die Ergebnisse werfen meines Erachtens einmal mehr auch die soziale Frage in der Bildung auf. Der Befund 2012: Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistungen in Mathematik oder Chemie ist in kaum einem anderen Bundesland so ausgeprägt wie in Baden-Württemberg.

Fazit: Der Geldbeutel der Eltern dominiert noch immer den Bildungserfolg. Darüber hinaus gilt für alle Schülergruppen: Alle Schülerleistungen erreichen im Durchschnitt nur Mittelmaß. Das ist ein Alarmsignal für das Hochtechnologie-, für das Bildungsland Baden-Württemberg.

Wir aber wissen: Gute Arbeit verlangt eine gute Qualifikation und gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

An möglichen Ursachen für das Ergebnis benennt die Studie eine vergleichsweise geringe Teilnahme der Lehrkräfte an Fortbildungen und einen relativ hohen Anteil von fachfremd unterrichtenden Lehrkräften – Defizite im System, die offensichtlich über den Geldbeutel zum Teil noch aufgefangen werden können. Interessanterweise wird die Stundentafel übrigens nicht als wesentliche Einflussgröße eingeordnet.

Summa summarum haben wir allen Anlass, diese Zahlen ernst zu nehmen. Manchen hier im Haus empfehle ich in diesem Zusammenhang auch eine gewisse Demut. Ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin die „Stuttgarter Zeitung“ vom 11. Oktober 2013:

*Der „Rückschlag“ ist aus Sicht der CDU im Landtag das logische Ergebnis einer „verkorksten“ grün-roten Bildungspolitik, ...*

So lässt sich Kollege Wacker zitieren.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Nur: Leider wurde diese Studie zu einem Zeitpunkt durchgeführt, zu dem sich die Reformmaßnahmen der neuen Landesregierung noch gar nicht auswirken konnten. Auf gut Mannheimerisch: Dumm gelaufen, Kollege Wacker.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese alarmierenden Zahlen sind nämlich nichts anderes als eine Abschlussbilanz von Schwarz-Gelb. Das ist Ihre pädagogische Erblast, und wenn wir von einer verkorksten Bildungspolitik reden, dann von der von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Diese Erblast verschlimmert Ihre Erblast der schwarzen Haushaltslöcher: Allein im Kultusetat bestehen Lücken in Höhe von 363 Millionen €. Sie verschlimmert den Umstand, dass Sie über 8 000 Lehrerstellen mit einem k.w.-Vermerk versehen haben. Sie verschlimmert die riesige Bugwelle an Überstunden, mit der Sie bei den Beschäftigten Politik auf Pump gemacht haben. Noch gravierender ist: Sie haben nicht nur das Geld auf Pump ausgegeben, Sie haben noch nicht einmal den notwendigen Erfolg erzielt.

Sie haben den Schulen die niedrigste Krankheitsvertretungsreserve aller Bundesländer eingebrockt. Die Folge war Unterrichtsausfall noch und nöcher. Sie haben den Eltern die höchsten Nachhilfekosten in ganz Deutschland hinterlassen – Baden-Württemberg als schwarz-gelbes „Geldbeutel-Bildungsland“.

Wir können damit heute feststellen: Reformen waren und sind dringend notwendig, und der grün-rote Bildungsaufbruch kam kein Jahr zu früh. In der Tat haben wir viel erreicht, worauf wir stolz sein können: Wir haben den Ausbau der frühkindlichen Bildung deutlich vorangebracht. Die Gemeinschaftsschule hat sich in der Fläche und bei den Eltern etabliert. Das ist ein pädagogisch attraktives Angebot für die Städte, aber auch eine ganz wichtige Reformperspektive für den ländlichen Raum.

Der G-9-Versuch erweist sich als Erfolg. Der Unterrichtsausfall wurde systematisch abgebaut, sodass sogar der Berufs-

schullehrerverband – er steht nicht im Verdacht, eine SPD-Vorfeldorganisation zu sein – angesichts einer Ausfallquote von gerade einmal 1 % die Politik der Landesregierung vor Kurzem ausdrücklich gelobt hat.

Zusammen mit der Wirtschaft sind wir im Rahmen des Pakts für Ausbildung dabei, das Übergangssystem zu reformieren. Die Ganztagschule haben wir aus dem Status des ewigen Modellversuchs herausgeholt und zu einer attraktiven Regelschule mit Wahlfreiheiten für Eltern und Kommunen fortentwickelt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wichtig dabei ist: Durch Rahmenverträge haben wir Sportvereine, Kirchen und weitere Partner gewinnen können.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Auch die Lehrerfortbildung, die Lehrerbildung modernisieren wir. Die Fortbildungsmittel haben wir erhöht. Erstmals seit 40 Jahren gibt es endlich eine regionale Schulentwicklung. Wir haben über 1 000 Schulsozialarbeiterstellen refinanziert, und dies vor dem Hintergrund, dass wir gleichzeitig den Bildungsetat auf eine solide Grundlage gestellt haben.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine Damen und Herren, diese Aufzählung zeigt: Jawohl, diese Landesregierung hat die Herausforderungen nicht nur erkannt, sondern wir haben Maßnahmen zur Reform ergriffen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alle sind dankbar!)

Kolleginnen und Kollegen, wir modernisieren die Pädagogik durch die Stärkung individueller Förderkonzepte. Das sind zielgenaue Unterstützungen der Schwachen, aber auch der Leistungsstarken. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt. Wir entwickeln Baden-Württemberg zu einem Land der Chancengerechtigkeit, und wir fördern gute Arbeit durch die Stärkung des Wirtschaftsstandorts, indem wir finanziell, aber auch konzeptionell in die berufliche wie in die allgemeine Bildung investieren.

Wir stärken damit letztlich vor allem auch die Familien in Baden-Württemberg – durch Wahlfreiheit im Bereich der Sekundarschulen, im Bereich G 8/G 9, durch Ganztagschulen und durch die Abschaffung der Studiengebühren.

Das sind die Leitlinien unserer Politik. Meine Damen und Herren, ich stelle heute fest: Rot-Grün bzw. Grün-Rot macht Baden-Württembergs Bildungssystem zukunftssicher. Wir haben, ohne dass wir damals die Ergebnisse vorwegnehmen konnten, schon frühzeitig nach dem Regierungswechsel angemessen, glaube ich, auf das reagiert, was uns auch im Rahmen der IQB-Studie mit Blick auf die Regierungszeit von CDU und FDP/DVP an Defiziten präsentiert wurde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alle sind dankbar!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem IQB-Länderbericht werden Ergebnisse einer Prüfung veröffentlicht, wie die Bildungsstandards an den Schulen in Deutschland erreicht werden, wie sie umgesetzt werden und zu welchem Erfolg sie führen. Wir haben uns in der Kultuspolitik in ganz Deutschland dafür entschieden, Bildungserfolg so zu messen und die Leistungsmessungen so durchzuführen.

Trotz aller Diskussionen über den Ansatz und das Design solcher Tests bin ich davon überzeugt: Wir hatten vor einigen Jahren zu wenige Zahlen aus der empirischen Bildungsforschung. Unsere Verantwortung ist es jetzt aber, mit diesen Zahlen umzugehen, daraus Konsequenzen zu ziehen und über die Konsequenzen zu diskutieren.

Herr Kollege Fulst-Blei, wir können uns jetzt die Zahlen um die Ohren hauen. Wenn Sie bei diesem Ergebnis von einer Abschlussbilanz der CDU-geführten Landesregierung im Jahr 2011 sprechen, kann ich Ihnen entgegenen: Welches Bundesland hatte denn die niedrigsten Zahlen von Schülerinnen und Schülern, die ohne Abschluss von den Schulen gegangen sind? Das war Baden-Württemberg.

Ich kann Ihnen sagen, wie der Anteil der Übergänge auf die Privatschulen ist. Das ist von Ihnen in Ihrer Oppositionszeit selbst als Leistungsindikator genannt worden. Sie sagten, der Anteil dieser Übergänge würde zurückgehen, wenn Sie an der Regierung sind. Wir haben gerade aktuell Zahlen aus den fünften Klassen der allgemeinbildenden Schulen bekommen: Der Privatschulanteil ist von 9,5 % im Schuljahr 2010/2011 auf 11,5 % im Schuljahr 2013/2014 gestiegen.

Ich könnte Ihnen zum IQB-Länderbericht 2009 sagen: Im Fach Deutsch lag die Lesekompetenz in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen und die Kompetenz im Bereich Zuhören in Baden-Württemberg und Bayern signifikant über dem deutschen Mittelwert.

Aber das wird, glaube ich, nicht dem gerecht, was uns Bildungspolitikern die Leistungsstudien mit auf den Weg geben. Denn wir müssen darüber diskutieren: Was sind die Ursachen? Was sind die Konsequenzen, die wir ziehen müssen?

Sie haben es angesprochen: Es wird erwähnt, dass bei der Lehrerfortbildung in Baden-Württemberg eine geringe Teilnehmerquote verzeichnet wird und Baden-Württemberg einen hohen Anteil von fachfremd unterrichtenden Lehrkräften aufweist. Das steht so auch in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem vorliegenden Antrag, die von Minister Stoch unterschrieben wurde. Insofern ist es schon ein bisschen seltsam, wenn nach diesem Befund im nächsten Abschnitt der Hinweis „bereits eingeleiteter bildungspolitischer Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems“ vorgebracht wird und die Gemeinschaftsschule erwähnt wird.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Was hat das mit den Ursachen, die da festgehalten worden sind, zu tun?

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

In einer Pressemitteilung zu dieser Studie hat die Pressestelle des Kultusministerium mit einem Zitat von Ihnen, Herr Kultusminister, reagiert, die individuelle Förderung sei in das Zentrum zu stellen und in allen Schularten auszubauen. Darüber sind wir uns in der letzten Legislaturperiode einig gewesen. Darüber sind wir uns auch jetzt einig. Aber wenn man das tut, geht das nur mit Ressourcen.

Damit Sie jetzt nicht immer nur unsere Stellungnahme zu den Ressourcen hören: Die GEW hat sich dazu geäußert, die IHK hat sich dazu geäußert. Beide sagen: Die Antwort der Landesregierung, Stellen zu kürzen, ist genau die falsche. Die GEW sagt ausdrücklich, die Schulen haben weniger Stunden für individuelle Förderung als früher – so viel auch zu Ihrer Stellungnahme vorhin in der Regierungsbefragung –, es gibt Engpässe im Ergänzungsbereich, der von Jahr zu Jahr schlechter ausgestattet ist. Damit können Sie Ihrem eigenen Anspruch natürlich nicht gerecht werden.

Mit der Unruhe und Unzufriedenheit, die Sie mit Ihren Maßnahmen und der Umsetzung Ihrer Maßnahmen in die Schulen hineintragen, sorgen Sie auch nicht für eine Motivation der Lehrerinnen und Lehrer, die den Weg zu besserem Unterricht erleichtert; ebensowenig ist das der Fall, wenn die Lehrerinnen und Lehrer sich mit dem auseinandersetzen müssen, was – aus ihrer Sicht falsch – vom Kultusministerium in die Schulen getragen wird.

Wenn Sie dann auf zwei Seiten eine Punktation ausführen und Sie, Herr Fulst-Blei, am Mikrofon hier gerade eben herunterbeten, was aus Ihrer Sicht positiv verändert worden ist, dann vermissemich – dazu habe ich kein einziges Mal etwas gehört – eine Antwort von Ihnen auf die angeführten Ursachen, nämlich die vergleichsweise geringe Teilnahme der Lehrkräfte an Fortbildungen und den relativ hohen Anteil von fachfremd unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wenn wir zentrale Befunde hier festhalten, dann erwarte ich schon, dass auf diese Befunde eingegangen wird und diese nicht einfach so im Raum stehen bleiben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Vielleicht kommt noch etwas. Ich habe noch ein bisschen Redezeit; ich würde dann darauf eingehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leistungsvergleiche sind in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren immer ein Stück weit kritisiert worden. Es wurde argumentiert, dass ein Vergleich mit anderen Bundesländern etwas schwer daherkommt, wenn man schaut, wie gut Baden-Württemberg in allen Bereichen ist. Ich danke Ihnen daher, Herr Schebesta, dass Sie noch einmal hervorgehoben haben, dass wir uns darüber ei-

(Sandra Boser)

nig sind, wie wichtig es für uns in der Bildungspolitik ist, diese empirischen Vergleiche zu haben, und dass wir versuchen, mit diesen empirischen Vergleichen zu arbeiten und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Der Leistungsbericht aus dem Jahr 2012, den das IQB für den Bereich der Naturwissenschaften erstellt hat, war leider für Baden-Württemberg kein guter Beleg für die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler der neunten Klasse. Wir müssen daraus Handlungsempfehlungen ableiten, wenngleich das IQB selbst feststellt, dass es schwierig ist, Ursachen festzumachen. Ein Punkt, den Sie angesprochen haben, war der fachfremde Unterricht. Aber Professor Pant hat bei seiner Vorstellung selbst davon gesprochen, dass dies nicht allein die Ursache sein kann und dass man schon noch einmal genauer hinschauen muss, weshalb denn das Land bei den Naturwissenschaften in diesem Jahrgang schlechter abgeschnitten hat als viele andere Bundesländer.

Ich glaube, wir sollten uns dabei auch nicht – ich werde das jetzt auch nicht tun – gegenseitige Schuldvorwürfe machen. Mir geht es vielmehr darum, wirklich einmal zu schauen, was denn in dem IQB-Leistungsbericht drinsteht. Festzustellen ist, dass es bei uns weiterhin soziale Disparitäten gibt, dass es auch Disparitäten zwischen Jungen und Mädchen gibt, was beispielsweise die Naturwissenschaften betrifft.

Ein Thema, mit dem wir uns auch beschäftigen müssen, ist: Für das Fach Mathematik war klar belegt: Da haben die Jungs eher einen Vorsprung, wenn auch einen sehr kleinen. Aber es gab eine große Disparität zu den Mädchen, was die Fächer Biologie, Chemie und Physik betrifft. Da hat die alte Landesregierung schon begonnen, sehr gute Maßnahmen aufzulegen, beispielsweise mit dem Girls' Day. Solche Maßnahmen haben gegriffen und dazu beigetragen, dass Schülerinnen ein größeres Interesse an den Naturwissenschaften entwickeln.

Wir müssen jetzt weiterdenken und überlegen, wie wir das Interesse an den Naturwissenschaften insgesamt von Grund auf stärken können, wie wir junge Menschen dafür begeistern können, sich für die Naturwissenschaften zu interessieren. Da werden auch im neuen Bildungsplan einige Themen dabei sein, auch wenn das Fach „Naturphänomene und Technik“ kontrovers diskutiert wurde.

Ich glaube tatsächlich, dass es eine Möglichkeit sein kann, mit einem Fach, bei dem man naturwissenschaftlich übergreifend arbeitet und sich vor allem auch mit Experimenten an die Naturwissenschaften heranwagt, die Schülerinnen und Schüler zu begeistern.

Auch das von Ihnen, Herr Schebesta, angesprochene Thema Lehrerfortbildung/Lehrerausbildung wird ein großer Bestandteil sein. Wir brauchen mehr junge Menschen, die sich für das Fach Naturwissenschaften begeistern, die sich für eine Lehrerausbildung in dem Fach Naturwissenschaften begeistern und dies dann auch an die Schülerinnen und Schüler weitergeben.

Es muss auch ein Ziel der künftigen Lehrerausbildung sein, die Möglichkeit zu haben, schulartübergreifend Lehreraustausche vorzunehmen. Wir wissen, dass im Bereich der Naturwissenschaften an den weiterführenden Schularten Gymnasium und Realschule wenig fachfremder Unterricht erteilt wird,

an den Schularten Haupt-/Werkrealschule aber ein großer Anteil von fachfremdem Unterricht stattfindet und gerade die schwächeren Schülerinnen und Schüler in diesem Bereich außen vor gelassen werden. Das muss uns zu denken geben. Da müssen wir ansetzen. Da ist natürlich die Gemeinschaftsschule eine Chance, Lehrkräfte über alle Schularten hinweg zu binden, um auch die Naturwissenschaften von unten zu stärken. Das muss ein gemeinsamer Auftrag sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass wir hier auch eine Chance haben.

Sie haben den anderen Lernstandsbericht angesprochen, den IQB-Leistungsvergleich, der damals für das Fach Deutsch angestellt wurde. Daraus wurden ja auch schon viele Maßnahmen abgeleitet. Wir führen gerade eine Diskussion über die Grundschrift, wir führen eine Diskussion über das Thema, wie das Fach Deutsch vermittelt werden kann.

Unser Auftrag muss jetzt sein, uns gemeinsam klar zu werden, welche Ansätze es bei den Naturwissenschaften geben kann. Ich glaube daher, dass es keinen Grund gibt, sich bildungspolitisch darüber zu streiten. Das bedarf keiner Strukturdebatte, es bedarf keiner schulpolitischen Debatte, sondern es betrifft einzig und allein die Schülerinnen und Schüler, es betrifft die Zukunft unseres Landes. Wir brauchen gerade im naturwissenschaftlichen Bereich gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler, wenn wir unser Land weiter so voranbringen wollen wie in den vergangenen Jahren.

Dieser IQB-Leistungsvergleich muss ein gemeinsamer Handlungsauftrag sein. Ich fand es gut, dass Professor Pant persönlich hier in Stuttgart die Ergebnisse vorgestellt hat und dass wir die Möglichkeit hatten, Fragen zu stellen. Ich glaube, es muss ein gemeinsames Interesse sein, hier weiter voranzugehen, um Möglichkeiten zu finden, die Naturwissenschaften zu stärken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst: Kollegin Boser, ich bin Ihnen sehr dankbar, weil sich Ihre Äußerungen wohltuend von denen Ihres Koalitionskollegen abgehoben haben. Sie waren im Vergleich zu dem, was Ihr Koalitionskollege zuvor an Schwarzmalerei, vor allem an Schwarz-Weiß-Malerei von sich gegeben hat, sehr sachlich. Das war sehr an der Sache orientiert und sehr wohltuend. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Aber gestatten Sie mir zwei, drei Sätze als Reaktion auf das, was Kollege Dr. Fulst-Blei von sich gegeben hat. Denn das kann in keiner Weise so stehen bleiben, das muss um der Wahrheit willen geradegerückt werden.

(Oh-Rufe von der SPD)

Sie haben hier behauptet, die Studie wäre ein Kassensturz der bildungspolitischen Verfehlungen von Konservativen und Li-

(Dr. Timm Kern)

beralen. Diese Verfehlungen würden jetzt endlich ans Tageslicht kommen, und die grün-rote Bildungspolitik würde nun endlich die lang ersehnte Rehabilitation erfahren.

Schauen Sie sich Ihren eigenen Antrag an; denn schon in dessen Begründung fallen die Worte deutlich bescheidener aus. Darin steht, in der öffentlichen Debatte werde der Eindruck erweckt, dass die Ergebnisse der Studie im Zusammenhang mit der Bildungspolitik der letzten zwei Jahre stünden und Sie das jetzt gern widerlegt bekommen würden.

Ich glaube, in einem Punkt haben Sie mit Ihrem Antrag natürlich recht: Die Ergebnisse der Studie sind alarmierend. Sie sollten Anlass für uns sein, den tatsächlichen Ursachen für das mittelmäßige Abschneiden der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler in Mathematik und in Naturwissenschaften auf den Grund zu gehen. Wir sollten uns fragen, warum andere Bundesländer besser abgeschnitten haben.

Der Antrag ist im Übrigen auch insofern richtig, als er noch einmal die eigentlich selbstverständliche Tatsache anführt, dass die bildungspolitischen Fehlentscheidungen von Grün-Rot ihre verheerenden Konsequenzen natürlich noch nicht bis zum Frühjahr 2012 entfalten konnten, als die Daten zu der Studie erhoben wurden.

Aber: Freuen Sie sich nicht zu früh, Herr Dr. Fulst-Blei. Denn ebenso abenteuerlich wie die Behauptung, gegen die sich der Antrag wehrt, ist Ihre Behauptung, dass die IQB-Studie den grün-roten Kurs in der Bildungspolitik bestätigen würde. Ich zitiere aus der Stellungnahme zu dem Antrag:

*Vor dem Hintergrund bereits eingeleiteter bildungspolitischer Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems in Baden-Württemberg, wie etwa die Einführung der Gemeinschaftsschule, der Ausbau der individuellen Förderung und der Ganztagschulen, ist die Aufgabe der Landesregierung, weitere ursächliche Einflussgrößen, die zu dem mittelmäßigen Abschneiden von Baden-Württemberg beigetragen haben, zu identifizieren.*

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, fällt Ihnen eigentlich auf, dass Sie genau die parteipolitische Schwarz-Weiß-Malerei betreiben, die Sie in Ihrem eigenen Antrag kritisieren? Ich darf anfügen: Bei einem Deutschaufsatz müsste man nun an den Rand das Zeichen für Logikfehler setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es sind einige Ursachen angesprochen worden, insbesondere vom Kollegen Schebesta und auch von der Kollegin Boser. In der Tat gibt die Stellungnahme zu dem Antrag Hinweise. Wir haben gehört, dass es einen hohen Anteil an Lehrern gibt, die in den Naturwissenschaften fachfremd unterrichten: in Biologie 23,7 % ohne Lehrbefähigung, in Chemie 21,6 %, in Physik 28,6 % sowie in Mathematik 8,9 %. Offenbar ist der Anteil der Lehrkräfte, die in der vierten Klasse fachfremd Mathematik unterrichten, sehr hoch. Bei einer freiwilligen Angabe von 69 Lehrkräften liegt er bei 45 %.

Eine Anfrage der Fraktion der FDP/DVP hat ergeben, dass das von der christlich-liberalen Landesregierung ergriffene Maßnahmenbündel zur Gewinnung von Lehrerinnen und Lehrern

mit naturwissenschaftlicher oder mathematischer Ausbildung von Grün-Rot erfreulicherweise fortgesetzt wird.

In den Blick zu nehmen wäre ferner die Lehrerfortbildung.

Spannend ist, dass wir den Fächerverbänden insgesamt kritisch gegenüberstehen. Wir treten dafür ein, dass sie dort aufgelöst werden, wo kein Mehrwert erkennbar ist. Im Rahmen der aktuellen Bildungsplanreform hat die Landesregierung erklärt, dass sie die Fächerverbände auf den Prüfstand stellen will. Umso unverständlicher ist aber, dass gleichzeitig an den Gymnasien das Fach Biologie mit den übrigen Naturwissenschaften fusioniert werden soll.

Wir Liberalen fordern Grün-Rot auf, dass Sie erstens bei der Bewertung Ihrer eigenen Bildungspolitik weniger schwarz-weiß malen und stattdessen zweitens konsequent für den Erhalt und die Weiterentwicklung unseres Wirtschafts- und Technologiestandorts eintreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg kann sich kein zweiklassiges Bildungssystem leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Stoch.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich nutze die Gelegenheit dieser Aussprache zum Antrag der SPD-Fraktion, um noch einmal deutlich zu machen, wie wichtig es ist, dass wir uns mit den konkreten Feststellungen einer IQB-Ländervergleichsstudie beschäftigen, und wie wichtig es ist, auch die Erkenntnisse aus diesen Studien zum Anlass zu nehmen, das Bisherige kritisch zu hinterfragen. Ich glaube, deswegen ist es durchaus berechtigt, noch einmal darauf hinzuweisen, wie es Kollege Fulst-Blei getan hat, dass die Ergebnisse aus diesem IQB-Ländervergleich für das Fach Mathematik und die Naturwissenschaften gerade für ein Technologieland wie Baden-Württemberg deutlich negativ sind.

All diejenigen, die bei der persönlichen Vorstellung – Frau Kollegin Boser hat es angesprochen – von Professor Pant im Neuen Schloss waren, wissen: Professor Pant hat dort die Aussage getroffen – Und er hat auch in das Auditorium hinein gefragt, ob es Erklärungen dafür gibt, warum Baden-Württemberg in den nationalen und internationalen Vergleichsstudien seit dem Jahr 2000 zunehmend an Boden verliert.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Regierungswechsel!)

Deswegen gehört es, glaube ich, dazu – Herr Kollege Bullinger, da sollte man einfach den Radar etwas aktivieren –, zu fragen, was von dem, was in der Vergangenheit gemacht wurde, heute noch richtig und gut ist, aber auch kritisch zu fragen: Was von dem, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, ist aufgrund der neuen Erkenntnisse wahrscheinlich nicht mehr zu halten? Genau das würde ich mir nämlich als Ergebnis dieses IQB-Ländervergleichs wünschen, dass wir sehr genau hinschauen, wo wir konkrete Verbesserungen haben können, und auch die richtigen Schlüsse ziehen.

(Minister Andreas Stoch)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Ein detaillierter Blick auf die Ergebnisse zeigt, dass die Gymnasien in Baden-Württemberg in diesem Test noch zur erweiterten Spitzengruppe zählen, dass aber außerhalb des gymnasialen Bereichs – zum Zeitpunkt der Prüfung gab es noch keine Gemeinschaftsschulen –, also in den Realschulen und in den Haupt- bzw. den Werkrealschulen, der Anteil der Schüler, die nicht mindestens den Regelstandard erreichen, deutlich unter dem Vergleichswert in Deutschland liegt.

Bei der Vorstellung von Professor Pant gab es noch eine interessante Unterscheidung zwischen Realschule und Hauptschule. Der Leistungszuwachs an den Realschulen war im Vergleich nicht stärker als an den Werkrealschulen. Er war aber im Vergleich zu Sachsen mit der Mittelschule, die ja beide Schularten in einem zweigliedrigen System kombiniert, deutlich geringer. Wir können daraus durchaus die Erkenntnis gewinnen, dass die Frage, ob hier eine Trennung stattfindet oder nicht, ob es also ein zwei- oder ein dreigliedriges System gibt, nicht zwingend als Erklärungsmuster für „besser“ oder „schlechter“ funktioniert. Ich sage auch nicht, dass das zweigliedrige System automatisch besser wäre. Ich sage nur: Es gibt uns Erkenntnisse auch für die Frage der Schulstrukturdiskussion.

Aber – da hat Kollege Schebesta durchaus recht – wir müssen uns natürlich gerade diejenigen Punkte genau anschauen, die wohl dazu geführt haben, dass hier die Qualität deutlich schlechter war.

Auch mir ist bei der Studie der Ergebnisse aufgefallen, dass gerade das Thema „Fachfremd erteilter Unterricht“ sowie das Thema Fortbildungsintensität eine ganz deutliche Negativrolle für Baden-Württemberg spielen. Aber das heißt für uns auch in der Schulstrukturdiskussion, dass wir kritisch hinterfragen müssen, bei welcher Größe einer Schule wir auch die notwendige Qualität gewährleisten können.

Denn eines dürfte auch klar sein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn an einer Klein- oder Kleinstschule eine Lehrkraft ausfällt, ist es geradezu zwingend, dass insbesondere in Vertretungsfällen teilweise fachfremd unterrichtet wird. Deswegen müssen wir in dieser Diskussion – egal, ob im Grundschulbereich oder im Bereich der weiterführenden Schulen – durchaus auch den Qualitätsaspekt im Hinblick auf die Frage der Vermittlung fachlicher Kompetenzen immer wieder ernst nehmen. Deswegen bin ich dankbar für die Hinweise aus dieser Studie.

Kollege Schebesta hat von mir eingefordert – ich komme dem gern nach –, zu sagen: Was können richtige Schlüsse sein, die kurz-, mittel- oder langfristig auch zu Maßnahmen zur Veränderung in positiver Richtung führen können? Ein Ziel – ganz wichtig – sind Verbesserungen beim Unterricht, bessere Umsetzung und höhere Wirksamkeit der fachlichen und fachdidaktischen Qualität der Lehrkräfte.

Ein wesentliches Instrument – Frau Boser hat es angesprochen – kann der Bildungsplan sein. Der Bildungsplan, das heißt die Weiterentwicklung der Bildungspläne, kann die Wirksamkeit der Vermittlung der Fachlichkeit natürlich begünstigen, wenn wir schauen: Was war in der Bildungsplanreform 2004 gewollt, ist aber nicht an den Schulen angekommen? Wo können wir hier – möglicherweise gerade in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften – entsprechend

nachsteuern? Das hat mit Lesbarkeit und mit Verwertbarkeit der Bildungspläne an unseren Schulen zu tun.

Maßnahmen zur individuellen Förderung sind ebenfalls ein Thema. Ich glaube, wir sind uns alle einig: In einer Schule – egal, welcher – sind Kinder unterschiedlicher Leistungsfähigkeit. Wir müssen versuchen, all diesen Kindern und ihrem konkreten Potenzial gerecht zu werden. Das heißt, wir müssen im Sinne der Differenzierung auch die pädagogischen Instrumente vorhalten, um den Kindern in ihrer Unterschiedlichkeit gerecht werden zu können. Ich glaube, auch daran können Sie erkennen, dass es nicht verwunderlich ist – Kollege Schebesta, auch Sie kann das nicht wundern –, dass auch der Ansatz der Gemeinschaftsschule in diesem Zusammenhang genannt wird, die ja gerade dieses Ziel formuliert und es auch in ihrer praktischen pädagogischen Umsetzung ernsthaft verfolgt.

Als weiteres Beispiel für eine Verbesserung nenne ich die Erhöhung der fachlichen Kompetenzen der Lehrkräfte. Sie alle wissen: Wir sind auch in der Reform der Lehrerbildung. Im Zuge dieser Reform der Lehrerbildung haben wir aus gutem Grund eine Fachkommission mit hochrangigen Experten aus dem gesamten Bundesgebiet befragt, wo Defizite in der bisherigen Lehrerbildung und wo Potenziale für die Weiterentwicklung bestehen.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die Erhöhung der Fachlichkeit. Gerade auch jenseits des Gymnasiums muss in der Lehrerbildung die Fachlichkeit erhöht werden. Das ist, glaube ich, auch etwas, was wir alle unterschreiben. Wenn wir anstreben, die Sekundarlehrebildung auf zehn Semester zu erhöhen, dann ist auch das ein konkreter Schritt, um dieses wahrscheinlich bestehende Defizit zu beheben.

Ich nenne im Zusammenhang mit der Reform der Lehrerbildung auch das Ziel, in der Gymnasiallehrebildung den pädagogischen und fachdidaktischen Anteil zu erhöhen und dort die Fähigkeiten der Lehrkräfte zu verbessern, die entsprechenden Kenntnisse an die Schülerinnen und Schüler weiterzugeben.

Das sind nur Beispiele. Als weiteres Beispiel sage ich: Sie haben die Reduzierung des Anteils fachfremd erteilten Unterrichts angesprochen. Das ist eine schulorganisatorische Frage, das ist eine Frage, die auch von den Schulleitungen zu beantworten ist: Wo ist es überhaupt notwendig, dass fachfremd Unterricht erteilt wird, und wo ist es möglich, durch gute schulorganisatorische Maßnahmen den fachfremd erteilten Unterricht, soweit es geht, zu reduzieren? Vielleicht bestand in der Vergangenheit bei den Schulleitungen nicht das notwendige Problembewusstsein, dass hierin ein wichtiger Gradmesser auch für die qualitative Entwicklung unserer Schulen liegt.

Ich nenne als weiteren Punkt die Erhöhung der fachlichen Kompetenzen bei den Lehramtsanwärtern. Wir müssen es bereits bei den Lehramtskandidaten schaffen, dass sie eine praktische Orientierung haben. Wir brauchen eine engere Zusammenarbeit von Seminaren und Praxis in der Lehramtsausbildung. Wir brauchen eine gute Vernetzung mit den Schulen. Wir wollen die Erkenntnisse aus der IQB-Ländervergleichsstudie nicht dazu nutzen, uns gegenseitig die Schuld zuzuweisen, sondern dazu, die schulische Qualität zu verbessern und gemeinsam für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land bessere Schulen zu generieren.

(Minister Andreas Stoch)

Ein ganz wichtiger Aspekt ist dabei auch, dass die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen und Herausforderungen des Arbeitsmarkts gut vorbereitet werden. Deswegen verstehe ich sehr wohl, wenn z. B. heute der Baden-Württembergische Handwerkskammertag deutlich macht, dass gerade im Hinblick auf den beruflichen Ausbildungsprozess und auf die Zeit danach die Frage eine ganz wichtige Rolle spielt, ob die Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften die richtigen Kenntnisse erlangen, um nahtlos in eine erfolgreiche berufliche Karriere zu starten.

Bevor ich zum Ende komme, will ich noch einen Aspekt zusätzlich nennen. Wir müssen natürlich auch auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Ich nenne das Thema Spracherwerb. Ich nenne den zunehmenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, von Zuwanderern, die zu uns kommen und die passende Angebote brauchen, um möglichst schnell erfolgreich eine Bildungskarriere in Baden-Württemberg starten zu können. Wir brauchen auch diese jungen Menschen. Sie dürfen nicht aufgrund von sprachlichen Defiziten einen Nachteil erleiden. Deswegen besteht gerade für das kommende Schuljahr und für die nächsten Schuljahre eine wichtige Aufgabe auch darin, für Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen der Spracherwerb im Zentrum stehen muss, richtige und gute Angebote zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die IQB-Ländervergleichsstudie hat uns ein großes Pflichtenheft hinterlassen. Ich bin dafür, dass wir uns gemeinsam ohne irgendwelche ideologischen Diskussionen dieser Probleme annehmen, um zu einer Verbesserung der Qualität an unseren Schulen beizutragen. Das ist das Ziel und die Verantwortung, die wir gegenüber den Kindern in unserem Land haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Minister, gestatten Sie zum Abschluss noch eine Nachfrage der Frau Abg. Gurr-Hirsch?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Gern, wenn der Applaus verklungen ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Schon ist es passiert!)

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch** CDU: Ihre letzten Ausführungen sollten wohl für uns, die wir alle Verantwortung tragen, tatsächlich ein Appell sein, uns an der Sache zu orientieren.

Es war ein Ländervergleich innerhalb Deutschlands. Aber wir haben auch immer den internationalen Vergleich. Gerade haben Sie die Handwerkerschaft angesprochen, und wir alle sind in Kontakt mit der Wirtschaft. Da wird uns immer vorgehalten, dass das Vermitteln von Kulturtechniken und von Kernkompetenzen gegenüber der Zeit vor 30 oder 40 Jahren nachgelassen habe.

Wenn wir in die asiatischen Länder schauen, in denen ein anderer Lehrstil herrscht – zugegeben, ein autoritärer –, stellt sich mir als Lehrerin die unkeusche Frage, ob wir in den letzten 30 oder 40 Jahren, beginnend schon bei der Referendarausbildung, den Fehler gemacht haben, zu viel Wert auf Show gelegt und die Phasen im Unterricht zur Konsolidierung des

Wissens zu wenig ernst genommen zu haben. Wenn wir heute einen individualisierten Lernprozess pflegen, können wir nicht automatisch sicherstellen, dass bestimmte Kernkompetenzen sitzen.

Werden Sie bei der Nacharbeit und den Konsequenzen, die Sie aus dem Vergleich ziehen, solche unkeuschen Fragen des Reproduzierens, des Einübens behandeln? Ich habe noch die Zeit erlebt, als man beim Kopfrechnen aufstehen musste. Aber es erleichtert später das Leben, Kopfrechnen zu können. Werden Sie solche Dinge auch überprüfen lassen?

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Jetzt wird es schlüpfrig, Frau Kollegin!)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Frau Kollegin Gurr-Hirsch, ich versuche, ganz unkeusch zu antworten.

(Heiterkeit)

Wir müssen anerkennen, dass sich unsere Gesellschaft in den letzten 30 bis 40 Jahren weiterentwickelt hat. Gesellschaftliche Strukturen verändern sich.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Auch die Erziehungsleistung der Eltern – das hören Sie tagtäglich in Gesprächen mit Lehrkräften an den Schulen – hat sich in dieser Zeit verändert. Es ist ein großes Problem, wenn wir glauben, dass die Schule die Kompensation dessen, was von den Kindern an Defiziten teilweise mitgebracht wird, neben der Vermittlung von fachlicher Qualifikation in vollem Umfang mit erledigen kann.

Ich glaube, es ist der richtige Ansatz, wenn sich Schule neben dem Lern- stärker auch zum Lebensort entwickelt, und dies in der Multiprofessionalität der Menschen, die in der Schule tätig sind. Sie alle wissen aus Ihren Wahlkreisen, dass die Schulsozialarbeit ein wichtiges Thema ist. Welche Pädagoginnen und Pädagogen sind mit welchen Qualifikationen an den Schulen tätig? Am Lern- und Lebensort Schule spielt auch der Erwerb von sozialen Kompetenzen eine Rolle.

Ich glaube nicht, dass man bei der Vermittlung von Bildungsinhalten auf die Rezepte von vor 30 oder 40 Jahren zurückgreifen sollte. Wir müssen uns auch nicht die asiatischen Länder als Beispiel nehmen, die sehr autoritär agieren. Die Vermittlung findet dort eher im Sinne eines Drills statt als im Sinne eines freiheitlichen Systems, wie wir es uns eigentlich wünschen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Aber ich glaube, dass wir den Kindern in unseren Schulen in einer gewissen Weise auch soziale Kompetenzen in Form einer gewissen Disziplin beibringen müssen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das habt ihr nicht geschafft!)

Das ist die Grundlage des schulischen Funktionierens. Dies muss jedoch in ausgewogener Weise in einem sozialen Organismus Schule passieren, in dem sich niemand unterdrückt fühlt; Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schü-

(Minister Andreas Stoch)

ler sollten sich in einem gemeinsamen Organismus Schule – ich nenne es einmal so – tatsächlich gegenseitig weiterbringen. Es ist das Ziel, dass in diesem Kontext die Schüler das Lernen als etwas Positives wahrnehmen und nicht als etwas, bei dem sie sich als Persönlichkeit wegdrücken müssen oder verbogen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gurr-Hirsch, ich knüpfe an Ihre Aussagen an. Ich bin auch Pädagoge. Man fragt sich: Woher kommen die Defizite in den Leistungen? Folgendes macht mir durchaus Sorgen: Beispielsweise wird in den Diskussionen über G 8 immer wieder gefragt: Haben wir überhaupt noch Zeit zum Vertiefen? Sie haben die Frage nach der Form des Lernens aufgeworfen. Als Elternteil bekomme ich immer wieder die Rückmeldung: „Wir hätten gern mehr Luft für Vertiefungsphasen; aber wir haben sie einfach nicht.“ Das macht mir Sorgen. Denn das sind Warnhinweise an das Gymnasium, über G 8 reden zu müssen.

Das andere steht in dieser Studie. Deswegen habe ich vorhin den schulstrukturpolitischen Rahmen aufgemacht. Die Studie sagt eindeutig, dass gerade im Bereich der Realschulen und der Werkrealschulen massive Leistungsdefizite bestehen. Das heißt, dort sind Kinder, die durch das Raster fallen und die wir in dem Ausmaß nicht erreicht haben.

Kollege Schebesta, ich gebe zu: Etwas hat mich massiv geärgert – der Minister hat es ausgeführt –: Wir haben seit den PISA-Werten Anlass, uns Sorgen zu machen, weil wir auch in Baden-Württemberg, insbesondere in den letzten zehn Jahren, eine Abwärtstendenz feststellen. Die Reaktion auf das Ausmaß ist meines Erachtens von Ihrer Seite viel zu spät erfolgt. Wenn dann ein Kollege davon spricht: „Das ist ein Warnschuss für Grün-Rot“, obwohl diese Erhebung zu einem Zeitpunkt vorgenommen wurde, zu dem sich unsere Maßnahmen gar nicht auswirken konnten, finde ich das hochgradig ärgerlich. Da wird ratzfatz eine Problemlage auf andere abgeschoben. Das ist schlechter Stil. Sie haben gesagt, Sie machen noch eine zweite Runde. Vielleicht können Sie dann darauf eingehen.

Das eine ist die fachliche Debatte. Sie haben gesagt: „Wir haben keine Antworten gehört.“ Das ist falsch. Ich habe vorhin ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es Grün und Rot waren, die als Erstes die Mittel für die Lehrerfortbildung deutlich angehoben haben. Wir haben auch in der Diskussion über die Reform der Lehrerbildung sehr viel Wert etwa auf Mathematik im Bereich der Grundschulen gelegt. Damit müssen wir schon in der Primarstufe anfangen.

Sie haben aber nichts zur sozialen Frage in der Bildung ausgeführt. Dieses Thema macht mir wirklich Sorgen. Wir haben einen Teil, wo manche mit Elitegedanken diskutieren. Aber selbst die Gymnasien sind nicht in der Spitzengruppe. Gleichzeitig finden wir auch da wieder den Beleg dafür, dass wir eine knallharte soziale Auslese haben. Deswegen ist es schon von Relevanz, zu fragen: Welche Möglichkeiten hat die aktu-

elle Landesregierung ergriffen, Änderungen vorzunehmen: individuelle Förderung im Bereich der Gemeinschaftsschule oder auch Schaffung von Schulsozialarbeiterstellen?

Denn das ist für mich der große Skandal: Zum einen ist es fachlich bedenklich, dass wir einfach nicht den Leistungsstandard haben, den wir brauchen. Zum anderen aber zeigt sich dabei erneut der sozialpolitische Skandal, dass ein Kind aus einem Elternhaus, in dem nicht Mittel in Höhe von 131 € pro Monat zur Verfügung stehen – diese Summe ist nach den Erhebungen der Bertelsmann Stiftung in Baden-Württemberg durchschnittlich nötig, wenn ein Kind Nachhilfe nehmen muss –, schnell durch das Raster fällt. Das macht wirklich Sorge, und darauf müssen wir reagieren.

Ich bin der Meinung, Grün-Rot hat mit seinen Strukturveränderungen angemessen darauf reagiert, und ich fände es ebenfalls angemessen, wenn Sie von Ihrer Seite aus zu dieser sozialen Hinterlassenschaft hier einmal etwas sagen würden. Wir müssen einfach feststellen: Die soziale Gerechtigkeit hat bis 2011 im Bildungssystem leider deutlich gelitten.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Ich möchte mich zunächst für die in wesentlichen Teilen an der Sache und am Ergebnis orientierte Debatte bedanken. Dies ist bei Bildungsdiskussionen, auch zum Leidwesen von Kollegen, nicht immer der Fall.

Ich möchte etwas zum Thema Warnschuss sagen: So, wie Sie sich an uns abarbeiten, Herr Dr. Fulst-Blei, sollten Sie das bitte auch mit der GEW tun. In einer Pressemeldung der GEW steht zum IQB-Länderbericht ausdrücklich – ich zitiere –:

*Die Bildungsgewerkschaft GEW nennt die Ergebnisse des Schulleistungsvergleichs der Bundesländer ein Warnsignal für die Landesregierung in Baden-Württemberg ...*

Es ist nicht so, dass diese Sorge allein von der CDU formuliert wird. Bei allem, was Sie tun, müssen Sie sich mit dem auseinandersetzen, was in diesem Papier steht, und Sie müssen sich fragen, ob die Reaktionen richtig sind.

Wenn Sie nun ausdrücklich noch einmal sagen, Sie hätten in Ihren Ausführungen Wert auf die Schulstruktur gelegt, und dies auch in einen Zusammenhang mit dem Thema „Soziale Gerechtigkeit“ bringen, möchte ich Folgendes noch einmal erwähnen: Sie haben PISA als Ausgangspunkt angesprochen. Aus dem PISA-Konsortium hieß es: Es ist nicht möglich, aus diesen Untersuchungen abzuleiten, wie die Schulstruktur richtigerweise zu organisieren ist. Das haben wir in der letzten Legislaturperiode auch immer auf die Vorhaltungen der damaligen Oppositionsfaktionen hin gesagt. Wir haben gesagt: „Sie können eine Schulstruktur so oder so organisieren, Sie können sie so oder so richtig oder falsch organisieren, Sie können beim Aufbau Fehler machen.“ Deshalb sollten wir an diesem Punkt auch nicht zu platt argumentieren.

Ich erlaube mir noch den Hinweis, Herr Minister: Zweigliedrigkeit in Sachsen ist nicht gleich Zweigliedrigkeit in Baden-

(Volker Schebesta)

Württemberg. In Sachsen ist das Gymnasium nicht einbezogen. Vielleicht haben Sie es nicht so ausdrücklich gesagt, aber ich habe doch den Versuch vernommen, zum Ausdruck zu bringen, dass das Beispiel Sachsen zeige, dass die Gemeinschaftsschule Baden-Württemberg funktionieren wird. Das ist aber ein bisschen zu platt.

Die individuelle Förderung ist ebenfalls angesprochen worden. Hierzu möchte ich darauf hinweisen: Sie haben hier jetzt nichts zur Stellensituation gesagt. Das ist ein Hauptdiskussionsspunkt in der Bildungspolitik, wenn es um die Aufstellung des nächsten Haushalts geht. Nehmen Sie diese Zahlen, nehmen Sie die Stellungnahmen von GEW und IHK. Nehmen Sie unsere Unterstützung an, und setzen Sie sich weiterhin dafür ein, dass es mehr Stellen gibt. Denn mit einem Stellenabbau, wie er bisher beschlossen ist, ist mehr individuelle Förderung nicht zu erreichen.

Deshalb stand heute Mittag, Herr Minister, auch die Frage im Raum: Wofür wären denn genau 500 Stellen in den Realschulen gedacht? Das wird angesichts dessen, was in puncto Unterrichtsversorgung schon an Verschlechterungen eingetreten ist, nicht ausreichen, um dem Ziel der individuellen Förderung Rechnung zu tragen. Wenn man hier sagt: „Jetzt gibt es mehr Stellen, da der Rückgang der Schülerzahlen geringer ausfällt als erwartet, jetzt gibt es mehr Stellen für Inklusion, jetzt gibt es für die Ganztagschule mehr Stellen, jetzt gibt es für ein Kurssystem in der Realschule mehr Stellen“, weise ich darauf hin: All diese zusätzlichen Stellen wären dann bereits durch einzelne Maßnahmen in Beschlag genommen. Wir brauchen aber auch Stellen für die „stinknormale“ Unterrichtsversorgung an den Schulen. Denn da war die Entwicklung in den letzten Jahren rückläufig. Ein Stellenzuwachs ist die Voraussetzung dafür, dass die individuelle Förderung verbessert werden kann. Da ist nichts passiert. Im Gegenteil: Die Situation ist schlechter geworden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4170 (Geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Mittelrückfluss aus dem (Landes-)Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – Drucksache 15/4682 (Geänderte Fassung)**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Kunzmann.

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Mittelrückfluss, insbesondere beim kommunalen Straßenbau, ist wieder einmal ein typisches Beispiel dafür, welche Folgen Ihre Verkehrspolitik für den kommunalen Straßenbau in Baden-Württemberg hat. Tatsächlich herrscht nämlich Stillstand.

(Widerspruch bei den Grünen)

Dass ein solcher Stillstand herrscht, ist die wesentliche Erkenntnis, die wir aus Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag ziehen.

Leider konnten Sie, Herr Minister, sich in dieser Stellungnahme einer polemischen Vorbemerkung nicht enthalten. Ich möchte einen Satz aus der Vorbemerkung zitieren:

*Durch diese immer noch große Vorbelastung des Programms stehen bis zum Auslaufen der Mittel im Jahr 2019 nach derzeitigem Stand lediglich noch insgesamt 140 Millionen € nicht gebundene Mittel für neue Bewilligungen zur Verfügung.*

Herr Minister, warum sind es denn nur noch so wenig Mittel? Es waren doch Sie, der aus diesem Topf 232 Millionen € entnommen und diesen Betrag in andere Töpfe umgeschichtet hat. Wenn es also jetzt eine Verknappung der Mittel gibt, dann liegt diese ausschließlich in Ihrer Verantwortung. Es ist unlauter, die Verantwortung dafür immer wieder einer Vorgängerregierung – die hier gut gearbeitet hat – in die Schuhe zu schieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wenn es aber stimmt!)

Denn tatsächlich war der Topf – Herr Kollege Schwarz, lassen Sie uns einmal rechnen. An freien Mitteln stehen noch 140 Millionen € zur Verfügung. 232 Millionen € haben Sie – das war politisch und ideologisch gewollt – diesem Topf entnommen. Zusammen sind das rund 370 Millionen €. Dazu kommen die Gelder für laufende Bewilligungen in Höhe von 440 Millionen €. Wir kommen in der Summe auf etwa 800 Millionen €, die ohne Ihre Kürzungen in diesem Topf zur Verfügung gestanden hätten. Diesen 800 Millionen € stehen Bewilligungen, Zusagen und Anträge in exakt dem gleichen Volumen gegenüber.

Das Förderprogramm 2011 bis 2015, das die alte Landesregierung zusammengestellt hat, war damit also komplett durchfinanziert. Es ist erst durch Ihre – politisch gewollte – Kürzung im kommunalen Straßenbau in die Schieflage geraten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie mussten nach Ihren Kürzungen konsequenterweise natürlich auch einen Bewilligungsstopp für die Jahre 2012 und 2013 verhängen. Jetzt wissen wir alle: Im Straßenbau kann es immer zu Verzögerungen kommen, und das Geld wird erst später oder gar nicht abgerufen. Das ist grundsätzlich kein Problem.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es ist also doch kein Problem?)

(Thaddäus Kunzmann)

Wenn Sie allerdings die Mittel um 232 Millionen € kürzen und gleichzeitig keine neue Maßnahme mehr bewilligen, dann riskieren Sie den Stillstand.

Der Mittelrückfluss hat allein im Jahr 2013 in der Summe 36 Millionen € betragen. Eigentlich hätten in den kommunalen Straßenbau im Jahr 2013 80 Millionen € investiert werden sollen. Tatsächlich aber sind es nur 44 Millionen € gewesen. Das heißt, es herrscht Stillstand beim kommunalen Straßenbau. Letztlich sind fast 50 % der Mittel, die eigentlich hätten verbaut werden sollten, de facto nicht verbaut worden.

Mit Ihrer Senkung der Förderquote auf 50 % verschärfen Sie die Situation noch. Für die Kommunen bedeutet das fast eine Verdopplung ihres eigenen Anteils. Die Umwandlung dieser 50 % in einen Festkostenzuschuss bedeutet, dass Sie das Kostenrisiko allein den Kommunen in die Schuhe schieben. Für finanzschwache Kommunen bedeutet das im Ergebnis, dass sie kommunale Straßenbaumaßnahmen, auch wenn sie noch so notwendig sind, nicht mehr durchführen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine flächendeckend gute Verkehrsinfrastruktur ist ein wesentliches Standbein unseres Wohlstands. Dazu gehören die Schiene, die Wasserstraßen, die Flughäfen und zwingend auch die Straßen. Eine Straße ist auch Teil einer Wertschöpfungskette.

Wenn Sie aus ideologischen Gründen die Weiterentwicklung der Straßeninfrastruktur blockieren – ob das jetzt beim Bundesfernstraßenbau ist, indem Sie einfach 100 Millionen € vom Bund nicht in Anspruch nehmen,

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Lüge! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

oder ob das beim kommunalen Straßenbau ist, indem Sie ein Programm praktisch auf ein Minimum eindampfen –, wenn Sie so handeln, dann legen Sie die Axt an den Wohlstand an, und zwar nicht an den der heutigen Generation, sondern – das werfe ich Ihnen am meisten vor – an den der nachfolgenden Generationen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

(Abg. Klaus Maier SPD: Hau rein, Andi!)

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Programm zur Gemeindeverkehrsfinanzierung im Land Baden-Württemberg, mit dem wir Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau, den Radverkehr und den öffentlichen Verkehr leisten, ist ein Renner. Das Programm wird stark nachgefragt.

Herr Kollege Kunzmann, da kann es überhaupt keinen Stillstand geben. Ich frage mich, in welcher Welt Sie leben. Denn

dieses Programm wird von den Kommunen enorm nachgefragt. Es gibt einen Antragsstau, es befinden sich viele Projekte in der Pipeline.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie von „Stillstand“ reden, dann leben Sie wohl in einem anderen Bundesland.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Sie müssen sich einmal vor Augen führen, dass dieses Programm aus Entflechtungsmitteln finanziert wird. Die Entflechtungsmittel laufen bis 2019 – so in der Föderalismuskommission II beschlossen. Und wenn der Topf gedeckelt ist, wenn nur eine bestimmte Menge an Geldern da ist, dann können Sie eben auch nur das Geld verteilen, das vorhanden ist.

(Minister Winfried Hermann: Einfacher Dreisatz! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sie haben es doch gekriegt!)

Ich denke, das sollte klar sein.

Sie sagen immer wieder, es seien Mittel gekürzt worden. Das ist doch Fantasie, was Sie hier bringen. Es ist mitnichten irgendwo etwas gekürzt worden. Der Versuch, immer wieder in den Raum zu stellen, es seien Gelder gekürzt worden, trägt so nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir müssen einmal sehen: Der Großteil der Gelder ist gebunden. Der Großteil der Gelder war schon, als wir 2011 die Landesregierung übernommen haben, gebunden. Es gab in diesen Bereichen einen großen Antragsstau. Dieser große Antragsstau geht auf Ihr Konto. Sie haben doch überall für dieses Programm geworben. Die Kommunen haben dann Projekte angemeldet.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist doch Schwachsinn!)

Sie hätten sagen müssen, dass diese Gelder gedeckelt sind, dass 2019 das Programm ausläuft. Sie hätten den Leuten schon damals reinen Wein einschenken müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt haben Sie gesagt, es würden Gelder zurückgehalten. Auch das stimmt wieder nicht. Denn für die Fördermittel, die Zuschüsse, die nicht in Anspruch genommen werden, werden am Ende des Jahres über den Jahresabschluss Haushaltsausgabereise gebildet. Selbstverständlich werden diese Gelder in den nächsten Jahren wieder für den kommunalen Straßenbau, den öffentlichen Verkehr und den Radverkehr zur Verfügung gestellt. Es geht also kein Geld zur Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur verloren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie haben den Fördersatz angesprochen. Ich will Ihnen das einmal am Beispiel eines Kuchens verdeutlichen. Wenn Sie einen Kuchen oder eine Torte haben, dann können Sie diese

(Andreas Schwarz)

nur einmal verteilen. Wir machen es folgendermaßen: Jeder bekommt ein Stück, damit wir mehr Projekte fördern können.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Im Übrigen stand der Fördersatz zwar mit 75 % im Gesetz, in der Realität lag er jedoch bei round about 63 %. Der Fördersatz wird künftig bei 50 % liegen; dadurch können mehr Projekte von einer Landesförderung profitieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Dr. Stefan Fulist-Blei SPD und Karl Zimmermann CDU)

Sie haben kritisiert, dass mehr Gelder für den Schienenverkehr und den Radverkehr zur Verfügung gestellt werden. Ich rate der CDU, die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das tun wir nicht!)

Sie spielen die unterschiedlichen Verkehrsträger Straßenbau, Radverkehr, Schienenverkehr gegeneinander aus. Das ist nicht sinnvoll und im Sinne einer vernetzten Mobilität, wie wir sie betrachten, überhaupt nicht zielführend. Das Programm für kommunale Radinfrastruktur ist ein Renner.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Es wird so sein, dass viele Kommunen hier Anträge einreichen. Auch das Programm für den Schienenverkehr ist ein Renner. Ich will gern Landrat Riegger, CDU, zitieren, der sich sehr gefreut hat, dass das Land nach dem Landesgemeindefinanzierungsgesetz für die württembergische Schwarzwaldbahn einen Zuschuss in Aussicht stellt.

Ich denke, Sie haben innerhalb der CDU erst noch Hausaufgaben zu machen und zu klären, wie Sie hinsichtlich der Gemeindeverkehrsfinanzierung vorgehen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben gerade bei der Rede von Herrn Kunzmann das Kunststück erleben dürfen, wie Unwahrheiten verbreitet werden. Es ist intellektuell unredlich, was Sie hier zelebrieren.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Intellektuell ist auch schwierig!)

Sie behaupten, aus dem Topf seien 232 Millionen € entnommen worden. Das Geld wurde intern verlagert. Damit suggerieren Sie – so kommen Sie zu Ihrer völlig absurden Schlussfolgerung –, es würde für den Verkehr weniger gebaut. Es ist falsch und unredlich, was Sie sagen. Ich fordere Sie jetzt auf, die Wahrheit zu sagen,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

dass nämlich das Geld, das vorhanden ist, nicht gekürzt wurde.

Man kann getrost politisch streiten, ob man mehr für den Radverkehr, mehr für den Straßenbau oder mehr für den Schienenverkehr ausgeben sollte. Das ist ein Politikum, logisch. Wir stehen zu unserem politischen Auftrag. Doch Sie, Herr Kunzmann, greifen hier das Thema GVFG auf und behaupten dann, diesem Topf seien 232 Millionen € entzogen worden. Genau das haben Sie gemacht.

(Widerspruch des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

– Doch, so und nicht anders. Sie haben nicht gesagt „vom Straßenbau in andere Bereiche verlagert“, sondern „diesem Topf entnommen“. Das ist unredlich, und es gebührt der CDU nicht, dass sie von solchen Repräsentanten hier vertreten wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Staatssekretär Ingo Rust: Sehr richtig!)

Dasselbe ist der Fall bei Ihrer 100-Millionen-€-Lüge. Sie haben genauso wie Ihr Sitznachbar – Frau Razavi ist da etwas redlicher als Sie beide – behauptet, dieses Geld hätten wir nicht abgenommen. Das ist falsch.

(Staatssekretär Ingo Rust: Richtig!)

Man kann darüber streiten, wie viel, aber 35 Millionen € – das sagt sogar Frau Razavi – wurden zur Sondertilgung abgenommen. Punkt. Damit ist auch das eine Lüge.

(Staatssekretär Ingo Rust: Richtig! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was?)

Herr Kunzmann, ich fordere Sie nochmals auf, an diesem Podium redlich zu sein. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben es nicht verdient, dass sie solche Unwahrheiten von der CDU zelebriert bekommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Staatssekretär Ingo Rust: Richtig! Mehr Wahrhaftigkeit!)

So viel als Vorwort.

Man kann politisch nur ernsthaft miteinander streiten, wenn das wenigstens auf der gleichen Sachgrundlage geschieht. Die Sachgrundlage ist nun einmal, dass das Volumen dieses Topfes – Herr Schwarz hat es gesagt – begrenzt ist. Egal, welche Teilung ich bei einem Kuchen vornehme – als Bäcker kann ich das sagen –: Am Volumen des Kuchens ändert sich nichts. Ihre These ist, bei einer anderen Teilung würde der Kuchen kleiner. Genau das ist falsch.

Nun noch einmal zur Sache selbst. Wir haben in einen Umweltverbund hinein verlagert, doch das heißt natürlich nicht sofort Reduktion aller Mittel für den Straßenbau, sondern es war ein sukzessives Abschmelzen. Das ist der eine Teil, der hier festzustellen ist.

Das Kernproblem ist u. a. – darauf möchte ich hier auch noch einmal zu sprechen kommen – der Mittelabfluss. Das sind Punkte, die wir gemeinsam zum Wohle des Landes und der Verwaltung des Landes regeln sollten. Die Tatsache, dass die Mittel über Jahre nicht abfließen, dass sie gebunden sind, bedeutet nichts anderes als einen immensen Verwaltungsaufwand. Die Tatsache, dass die Kommunen viel zu viel anmelden und ihnen viel zu viel versprochen wird – und vor allem

(Hans-Martin Haller)

von Ihnen versprochen wurde –, kann ich Ihnen sehr schön anhand eines Antrags des Abg. Haller aus dem Jahr 2008 aufzeigen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Oh! Haller!)

– Ja, guter Mann damals, vielleicht heute noch.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Damals wurde danach gefragt, welche Maßnahmen, die mit Entflechtungsgesetzmitteln kofinanziert werden, in Stuttgart bis 2020 geplant und quasi zugesagt – nicht förderrechtlich; das betone ich ausdrücklich – seien. In der Stellungnahme zu diesem Antrag wurde mitgeteilt:

*Die Stadt Stuttgart beabsichtigt, die Verkehrsprojekte „B-14-Tunnel Konrad-Adenauer-Straße“, „Neubau Rosensteinintunnel ...“, „Cannstatter Straße/Heilmannstraße“, „Heilbronner Straße/Wolframstraße“, „Nordbahnhofstraße“ und „Schillerstraße/Willy-Brandt-Straße“ bis zum Jahr 2020 zu realisieren.*

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auf die Frage, bis wann diese Maßnahmen erledigt sein sollen, wurde mitgeteilt, die Maßnahme „B-14-Tunnel Konrad-Adenauer-Straße“ – das war eine Schnapsidee von Oettinger und Schuster, die gezeigt hat, wie man den Verkehr mit öffentlichen Geldern schlechter macht – sollte 2009 fertig sein, die Maßnahme „Neubau Rosensteinintunnel“ sollte 2010 fertig sein, die Maßnahmen „Heilbronner Straße/Wolframstraße“, „Nordbahnhofstraße“ und „Schillerstraße/Willy-Brandt-Straße“ sollten 2012 fertig sein, und die Maßnahme „Cannstatter Straße/Heilmannstraße“ sollte 2015 fertig sein. Nach meinem Sachstand als Nicht-Stuttgarter ist von all dem noch nichts begonnen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Richtig!)

Das zeigt, wie hier in Bezug auf GVFG-Maßnahmen argumentiert und verfahren wurde. Sie sind so verfahren, wie Sie es in der Straßenpolitik immer gemacht haben: konzeptionslos, aber allen alles versprechend und nichts durchfinanziert. Dem haben wir zu Recht ein Ende bereitet.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hofelich SPD: Bittere Stunde für deine Gegner! – Abg. Winfried Mack CDU: Si tacuisses, philosophus mansisses!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Hinblick darauf, dass wir unter dem nächsten Tagesordnungspunkt noch eine Große Anfrage unserer Fraktion zum Thema Verkehrsinfrastrukturfinanzierung behandeln, möchte ich jetzt nur zwei Punkte ansprechen.

Das erste Stichwort wurde bereits genannt: die Verschiebung der Entflechtungsmittel hin zum Umweltverbund. Diese Ver-

schiebung ist bereits erfolgt. Es wird auch in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag deutlich: 2011 waren es noch 103,9 Millionen € für den kommunalen Straßenbau, 2012 waren es 80,5 Millionen €, und 2013 waren es 66 Millionen €. Hätte man die Umschichtung nicht durchgeführt, dann wären es 99 Millionen € im kommunalen Straßenbau gewesen; die Differenzbeträge fließen jetzt in den ÖPNV oder den Radverkehr.

(Abg. Sascha Binder SPD: Jetzt sind wir bei der Sache!)

Das Projektvolumen ist sowohl im kommunalen Straßenbau als auch im Umweltverbund überzeichnet. Das zeigt auch die Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag. Aus diesem Grund hat man natürlich 2012 und 2013 einen Bewilligungsstopp erlassen. Der Mittelabruf war 2013 nicht zufriedenstellend. 36 Millionen € wurden nicht abgerufen.

Es wurden einige Maßnahmen genannt, u. a. der Rosensteintunnel als Großprojekt. Aber es wäre schon noch einmal interessant, zu erfahren: Haben denn die Kommunen tatsächlich alle Informationen bekommen? Gab es eine unvollständige Informationspolitik des MVI, die dazu geführt hat, dass das Budget nicht abgerufen wurde?

(Minister Winfried Hermann: Sind wir schuld, dass der Bau des Rosensteintunnels nicht begonnen wurde?)

Diese Frage stellt sich angesichts dieses Volumens.

Das Zweite: Auch beim Umweltverbund im Bereich des ÖPNV gibt es eine Überzeichnung des Programms. Es besteht ein Mittelbedarf von 625 Millionen €, also ein viel höherer Bedarf, als man bis 2019 erfüllen kann.

Es ist das Ziel des Verkehrsministers und des MVI, mehr Projekte zu fördern, als dies nach dem bisherigen Status möglich ist. Was macht man, wenn man mehr Projekte fördern will?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Man kürzt die Förderquoten. Also wurde die Förderquote von 75 auf 50 % gesenkt. Zudem wurde eine Festbetragsfinanzierung eingeführt. Damit überträgt man das Risiko den Gemeinden und Kreisen. Das Ganze wird noch geschmückt mit zusätzlichen Fördermöglichkeiten, die man auch noch mit hineinpackt. Das kann man natürlich machen. Aber man muss dann auch so fair sein und sagen, dass da sowohl das Risiko als auch höhere Kosten auf die Aufgabenträger, auf die Gemeinden und Kreise, zukommen. Das ist natürlich insbesondere dann ärgerlich, wenn schon eine Beantragung erfolgt ist, wenn schon Planungskosten angefallen sind, aber die Förderquoten rückwirkend gekürzt werden.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Um das etwas konkreter zu machen, will ich das an einem Beispiel erläutern, das auch in diesem Jahr thematisiert wurde. Das betrifft die Schönbuchbahn, ein Projekt mit einem Volumen von rund 50 Millionen €, das man schon seit längerem geplant hat. Ich darf hierzu aus einer Sitzung berichten, in der

(Jochen Haußmann)

es um die Elektrifizierung der Strecke und um die Beseitigung des Bahnübergangs Holzgerlingen Nord geht. Dort heißt es:

*Einen „Hammer und einen Vertrauensbruch sondergleichen“ nennt es Bürgermeister Wilfried Dölker, dass das Land Projekte wie den Ausbau der Schönbuchbahn grundsätzlich nur noch zu 50 statt 75 % fördern will: „Einfach die Förderrichtlinien zu ändern, nachdem der Zweckverband Schönbuchbahn bereits mehrere Millionen für die Planung ausgegeben hat“, sei eine Unverschämtheit, so Dölker.*

Das macht immerhin 12,5 Millionen € aus. Ich würde sagen, das ist ein ganz ordentlicher Betrag, den der Zweckverband erst einmal finanzieren muss.

Daher ist, glaube ich, einfach festzuhalten, dass man insbesondere bei Projekten, die bereits in der Planung sind, es schon ein starkes Stück nennen kann, wenn einfach die Förderquoten geändert werden. Es gibt ja auch kreative Ideen. Nachdem das Landesverkehrsministerium festgestellt hat, dass es zu teuer ist, insgesamt den Viertelstundentakt einzuführen, hat man einfach vorgeschlagen, man könne einige Sitzbänke ausbauen und dadurch mehr Stehplätze zur Verfügung stellen, sodass man auf den Viertelstundentakt verzichten könne. Ich bin gespannt, ob Sie zur Angebotskonzeption 2025 beim Schienenpersonennahverkehr auch solch kreative Lösungen einbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag zielt auf den Mittelrückfluss aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ab. Das Zahlenwerk haben wir Ihnen ausführlich dargestellt. Mir geht es heute an dieser Stelle eher darum, Ihnen – auch Ihnen, Herr Kollege Kunzmann – die Zusammenhänge darzustellen.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Das ist wichtig!)

Das ist offensichtlich notwendig. Das zeigen mir auch Ihre Ausführungen. Wenn Sie unsere Vorbemerkung, die sachlich ist, als „polemisch“ bezeichnen, weise ich dies an dieser Stelle deutlich zurück.

Wenn man über das LGVFG und über Mittelrückflüsse redet, muss man sich mit den Rahmenbedingungen und den Rahmen Umständen dieses Fördergesetzes auseinandersetzen. Nur so werden die eigentlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, deutlich.

Es wurde schon angesprochen: Die Föderalismuskommission II hat das Auslaufen der Entflechtungsgesetzmittel bis zum Jahr 2019 beschlossen. Aus den Entflechtungsgesetzmitteln speist sich aber unser LGVFG. Erst seit Mitte 2013 haben die Länder in einer geschlossenen Formation gegenüber der damaligen Bundesregierung erreicht, dass die Entflechtungsge-

setzmittel von 2014 bis Ende 2019 in unveränderter Höhe in die Länder fließen. Zuvor stand ein deutliches Abschmelzen dieser Leistungen an die Länder im Raum. Mithin wissen wir erst seit Mitte 2013 mit Gewissheit, welche Mittel für den kommunalen Straßenbau und den Umweltverbund bis 2019 tatsächlich noch zur Verfügung stehen.

Das macht auch Ihre Rechnung so falsch, Herr Kunzmann. Sie sagen, man hätte gewusst, wie viele Mittel da sind und dass die Mittel locker reichen würden für alles, was auf den langen Listen stand. Das ist falsch. Bis 2013 wusste man das nicht. Es wusste insbesondere die Vorgängerregierung im Jahr 2011 nicht, wie viele Mittel noch zur Verfügung stehen würden, und trotzdem wurden sehr viele Maßnahmen bewilligt.

Das eigentliche Problem ist aber, dass die Länder im kommunalen Straßenbau, im ÖPNV und im Radverkehr auch nach 2019 einen erheblichen Mittelbedarf haben werden. Daher müssen wir beim Bund gemeinsam Druck machen, damit die Finanzierung über die Entflechtungsgesetzmittel über dieses Datum hinaus fortgeführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es ist sehr bedauerlich, dass der neue Koalitionsvertrag auf Bundesebene dazu leider wenig aussagt. Herr Abg. Kunzmann, unsere Sorgen betreffen daher weniger die Reste als vielmehr das Auslaufen der Mittel nach dem Jahr 2019. Daher wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir gemeinsam beim Bund dafür eintreten könnten, die Länder nicht im Regen stehen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Beim Straßenbau macht mir die Vorbelastung unseres Programms große Sorge. Die Förderung des kommunalen Straßenbaus nach dem LGVFG leidet seit vielen Jahren unter einer hohen Vorbelastung der verfügbaren Finanzmittel durch ein großes Volumen an Mittelbewilligungen. Sie wissen, dass der Rechnungshof dies in der Vergangenheit mehrfach aufgegriffen hat und bereits in der Denkschrift 2010 die hohe Mittelbindung und die fehlende Finanzierungssicherheit beklagt hat.

Daher haben wir uns entschieden – und mussten wir uns dazu entscheiden –, in den Jahren 2012 und 2013 einen Bewilligungsstopp zu erlassen. Nur mit dieser drastischen Maßnahme war es möglich, das Programmvolumen trotz Kostensteigerungen, die es in diesem Zeitraum bei den vorher bewilligten Maßnahmen gab, auf ca. 340 Millionen € zu reduzieren. Aufgrund der bis 2011 bereits bewilligten Maßnahmen und der bis 2019 nur noch in geringem Umfang verfügbaren Restmittel bestehen für uns nur geringe Möglichkeiten der Projekt- und Programmsteuerung. Deshalb ist es wichtig, die Mittel, die noch zur Verfügung stehen und noch nicht gebunden sind, auf die wichtigsten kommunalen Projekte zu konzentrieren. Auf diesen Punkt komme ich noch zu sprechen.

Der Abfluss der gebundenen Mittel ist weitgehend abhängig von der Projektumsetzung und der Abrechnung der kommunalen Vorhabenträger. Der Mittelabfluss ist weder durch das Ministerium noch durch die Regierungspräsidien steuerbar, sondern er ist abhängig vom Voranschreiten von Bau und Abrechnung durch die Projektträger.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Der Bau des Rosensteintunnels wurde schon genannt; ich möchte ihn ebenfalls als Beispiel nennen. Dieses Vorhaben bindet rund 110 Millionen €. Dafür waren im vergangenen Jahr 12 Millionen € reserviert, die aber nicht abgeflossen sind. Sie stehen eben als Reste, worauf wir auch in unserer Stellungnahme zu Ihrem Antrag hingewiesen haben.

Ein weiterer Faktor bei den Ausgaberesten im letzten Jahr waren Mittelrückflüsse aus der Projektabwicklung von Altfällen, die das Land inzwischen mit Nachdruck verfolgt. Die kommunalen Vorhabenträger haben auf die nicht verausgabten Mittel in den Folgejahren einen Anspruch. Auch das muss man wissen. Man muss auch wissen, dass das bereits skizzierte Auslaufen der Bundesmittel und die hohe Mittelbindung künftig zu weniger neu zu bewilligenden Fördermaßnahmen führen.

Deswegen ist es ganz normal – das wird auch in den folgenden Jahren voraussichtlich so sein –, dass es Ausgabereste gibt. Diese sind – das ist auch eine wichtige Aussage – nicht verloren, sondern sie sind zweckgebunden. Sie werden auf die Folgejahre übertragen und bleiben damit im System. Das gilt für den kommunalen Straßenbau, den ÖPNV und die Radinfrastruktur. Der Verkehrsinfrastruktur geht kein Euro verloren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ganz deutlich möchte ich sagen: Dass die Mittel nicht vollständig abgeflossen sind, lag sicher nicht an fehlenden Projektbewilligungen durch die Landesbehörden. Im Übrigen lag es auch nicht an irgendwelchen mangelnden Informationen, wie Sie, Herr Haußmann, es vermutet haben.

Weder im Straßenbau noch im ÖPNV noch im Radverkehr ist das Land der Bauherr im Bereich der LGVFG-Förderung. Entsprechend wird der Mittelabfluss, der Projektablauf durch die kommunalen Vorhabenträger bzw. Verkehrsunternehmen bestimmt und ist durch das Land damit kaum steuerbar.

Natürlich gibt es auch Umstände, die für die kommunalen Vorhabenträger schwer vorhersehbar sind. Es gibt beispielsweise Fälle, bei denen früher schnellere Plangenehmigungen ausreichten, während jetzt Planfeststellungsverfahren notwendig sind. Das hat entsprechende zeitliche Folgen.

Noch etwas ist wichtig: Soweit Mittel, die für bestimmte Bewilligungen in einem bestimmten Jahr gebunden sind, nicht abfließen, handelt es sich um rechtlich bereits durch Bewilligung gebundene Mittel, die nicht zur Bewilligung anderer Maßnahmen eingesetzt werden können. Diese Mittel können wir also nicht zweimal bewilligen.

An dieser Stelle möchte ich auch sagen: Wenn Sie fragen, warum wir im Jahr 2013 Mittelreste bzw. Ausgabereste hatten, dann frage ich zurück: Warum gab es früher Jahre ohne Ausgabereste? Ausgabereste sind bei diesem Förderprogramm systematisch normal. Wenn es diese früher nicht gab, kann man sich fragen, warum es sie früher nicht gab. Die Antwort lautet: Bis 2011 wurden sehr viele Bewilligungen ausgesprochen. Bis 2007 brauchte man noch nicht einmal Verpflichtungsermächtigungen. Es wurde nicht unbedingt projektscharf geplant.

Bis 2011 wurden vorzeitige Baubeginne gern genehmigt. Es wurde gesagt: „Fangt schon mal an, wir bewilligen dann später.“ Da hat man nachher bei den Abrechnungen natürlich mehr Spielraum, zu steuern. Das geht heute nicht mehr. Der Rechnungshof hat die frühere Praxis zu Recht kritisiert. Wir haben auf einen transparenten Mitteleinsatz umgestellt, der die nur noch begrenzte Mittelverfügbarkeit berücksichtigt. Hätten Sie früher so seriös gewirtschaftet, wie wir dies tun,

(Abg. Winfried Mack CDU: Oh mein Gott!)

dann hätten wir jetzt deutlich größere finanzielle Spielräume und könnten das Programm viel besser steuern. Wir könnten die Kommunen viel besser unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen haben wir vor, das LGVFG neu auszurichten. Wir wollen insbesondere im Umweltverbund mehr Vorhaben, kleinteiligere Vorhaben und stärker in die Breite wirkende Vorhaben unterstützen können. Beispiele sind Echtzeit und Anschlusssicherung, E-Ticketing, Ladeinfrastrukturen für E-Fahrzeuge, Vernetzung der Verkehrsträger. Wir wollen das Gesetz ökologisch und nach Nachhaltigkeitskriterien neu und zielgerichteter aufstellen. Daran arbeiten wir.

Einen wichtigen, wenn auch nicht leichten Schritt, um bei den schon jetzt überbuchten Programmen Spielräume zu schaffen, haben wir zum 1. Januar 2014 getan. Mit dem Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift für den kommunalen Straßenbau und einem Erlass für den Bereich des Umweltverbunds wurde der Fördersatz auf 50 % der zwendungsfähigen Kosten reduziert,

(Abg. Winfried Mack CDU: Nicht gekürzt!)

und die Festbetragsförderung wurde eingeführt.

Im Übrigen müssen Sie sich bei Ihrer Kritik auch einmal entscheiden. Sie haben einerseits kritisiert, dass wir vom kommunalen Straßenbau in Richtung Umweltverbund umgeschichtet haben, und andererseits haben Sie kritisiert, dass wir nicht höhere Fördersätze und mehr Mittel für ÖPNV-Maßnahmen bereitstellen. Wir gehen so vor, dass wir die Mittel bestmöglich verteilen und einen Schwerpunkt auf den Umweltverbund setzen. Mit den geänderten Förderbedingungen haben wir Raum geschaffen, um überhaupt noch eine nennenswerte Anzahl von kommunalen Projekten fördern zu können. Dies gilt für alle Bereiche. In der Folge konnten wir im April dieses Jahres für 64 neue Straßenbaumaßnahmen grünes Licht geben. Auch das widerlegt deutlich Ihre These vom Stillstand in dieser Frage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Insgesamt haben wir die richtigen Maßnahmen ergriffen, um mit den verfügbaren Mitteln das Bestmögliche zu erreichen. Gemeinsam mit den kommunalen Vorhabenträgern sorgen wir dafür, dass die Mittel, die zur Verfügung stehen, bestmöglich genutzt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kunzmann.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt vermutlich erst einmal eine Entschuldigung! – Staatssekretär Ingo Rust: Canossa!)

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie der Meinung sind, dass das Programm 2011 schon nicht ausreichend finanziert gewesen sei – ich sehe das anders, aber Sie haben es behauptet –, stelle ich die Frage: Warum haben Sie dann dem Topf für den kommunalen Straßenbau 232 Millionen € entnommen und damit einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass es jetzt eine große Konkurrenz bei kommunalen Straßenbauprojekten gibt und dieses Programm inzwischen völlig überzeichnet ist? Die Staatssekretärin hat gesagt – und die Sprecher der Regierungsfractionen haben es bestätigt –, dass dem kommunalen Straßenbau 232 Millionen € entzogen wurden.

(Minister Winfried Hermann: Wir haben drei Jahre lang mit einem höheren Anteil als geplant den Straßenbau finanziert!)

Um was geht es denn beim kommunalen Straßenbau? Es sind nicht große Autobahnen, die um Gemeinden mit 2 000 Einwohnern herumgebaut werden. Es sind Entlastungsstraßen, es sind Maßnahmen, die der Verkehrssicherheit dienen, Bahnübergänge, also Maßnahmen zur Trennung von Straßen und Eisenbahnlinien. Es sind manchmal sogar ökologische Projekte, bei denen Straßen aus Wasserschutzgebieten herausgelegt werden, und auch Maßnahmen, die dem Verkehrsfluss dienen. Das sind Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus. Diese Maßnahmen machen Sie durch die Kürzung im kommunalen Straßenbau in Baden-Württemberg bis 2019 praktisch unmöglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4682 (Geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

### **Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Verkehrsinfrastrukturfinanzierung – Drucksache 15/4283**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfra-

ge der FDP/DVP-Landtagsfraktion zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung sollte den Blick auf die elementare Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg und auch in der Bundesrepublik lenken.

Die Verkehrsinfrastruktur ist Rückgrat für Wohlstand und Lebensqualität insbesondere auch in Baden-Württemberg. Die Verkehrsprognose für 2030, die vor Kurzem präsentiert wurde, deutet auf einen weiteren deutlichen Anstieg des Verkehrs hin: ein Zuwachs um 10 % beim Pkw-Verkehr, 39 % beim Lkw-Verkehr, 19 % bei der Bahn, 23 % beim Schiffsverkehr und 65 % beim Luftverkehr.

Die Bodewig-Kommission zur Vorbereitung der Verkehrsministerkonferenz hat ein Defizit in der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung von jährlich 7,2 Milliarden € in der Bundesrepublik festgestellt. Die Straßen und Brücken in Deutschland sind in einem schlechten, teilweise in einem katastrophalen Zustand. Jahrelang wurde dafür zu wenig Geld ausgegeben. Ein Beispiel: Das Durchschnittsalter der Eisenbahnbrücken liegt bei 56 Jahren. Bei rund 1 400 Eisenbahnbrücken besteht dringender Sanierungsbedarf.

Die Große Koalition hat von den 7,2 Milliarden € pro Jahr für die jetzige Legislaturperiode 5 Milliarden € in ein zusätzliches Budget gegeben, wovon wiederum etwa 1,5 Milliarden € zur Abfinanzierung älterer und laufender Projekte vorgesehen sind. Insofern werden wir auch in dieser Legislaturperiode einen weiteren Werteverzehr zu verzeichnen haben. Schlimmer noch, die Große Koalition nimmt anstelle eines Innovationschubs Sozialausgaben in Milliardenhöhe zulasten der kommenden Generationen vor. So sieht, glaube ich, eine moderne Verkehrspolitik für künftige Generationen nicht aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Der stete Verzehr des Anlagevermögens hat nicht nur hohe Folgekosten, sondern ist auch eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft; die hat sich erst letzte Woche wieder zu Wort gemeldet. Drei Beispiele:

Die Firma ebm-papst aus dem Hohenlohekreis hat auf die schwierige Verkehrsinfrastruktur, den Straßenzustand der Hollenbacher Steige hingewiesen. Die Firma ebm-papst möchte 50 Millionen € investieren, 100 Arbeitsplätze schaffen und hat erhebliche Schwierigkeiten, überhaupt eine gute Anfahrt sicherzustellen.

Der Autozulieferer ZF Friedrichshafen am Bodensee reklamiert schon seit Langem den Zustand der B 31.

Der Kranbauer Liebherr in Ehingen reklamiert marode Brücken, die ihn zu großen Umwegen nötigen, um die Kräne zu den Einsatzorten zu bringen.

Das alles zeigt, glaube ich, wie wichtig die Verkehrsinfrastruktur auch in Baden-Württemberg ist.

Umso ärgerlicher sind natürlich die nicht in Anspruch genommenen Mittel für den Bundesfernstraßenbau 2013, über die wir vor einigen Wochen und Monaten diskutiert haben. Jetzt

(Jochen Haußmann)

sei einmal dahingestellt, ob es aus den originären Mitteln 6 oder 15 Millionen € oder aus den Swingausgleichsmitteln 10 oder 50 Millionen € – jede 10 Millionen € sind da schon zu viel – oder noch mehr sind. Aber die Grundsatzproblematik ist, glaube ich, zum Ausdruck gekommen.

Ich möchte schon noch einmal darauf hinweisen: CDU und FDP/DVP haben dazu einen Antrag gestellt. Der Verkehrsminister hat dazu erklärt, dass es durchaus einen Antrag zur Sonderrückzahlung kreditfinanzierter Altprojekte gegeben habe. Dies sei von der Bundesregierung abgelehnt worden.

Dazu möchte ich an dieser Stelle aus der Antwort vom 28. April 2014 auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen aus dem Bundestag zitieren. Darin heißt es:

*Es ist nicht richtig, dass das ehemalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) dem Land Baden-Württemberg die Inanspruchnahme von Ausgleichsmitteln zur vorzeitigen Sonderrückzahlung kreditfinanzierter Altprojekte wie beispielsweise für den Engelberg-Tunnel verwehrte.*

Da fragt man sich dann schon: Was stimmt jetzt eigentlich? Der Verkehrsminister sagt, er hätte es beantragt, und die Bundesregierung antwortet auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen, das stimme so nicht. Irgendwo herrscht also ein großes Tohuwabohu, möglicherweise beim MVI.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Die Folge waren Panikreaktionen und Druck des Koalitionspartners. Es wurden schnell Zwangsmaßnahmen im Straßenbau durchgeführt. Ich sage immer: Besser eine späte Erkenntnis als keine Erkenntnis. So wurden die Mittel für die Vorfinanzierung von Bundesfernstraßenprojekten um rund 40 Millionen € auf etwa 100 Millionen € aufgestockt. Es wurden weitere Stellen in der Straßenbauverwaltung geschaffen. Für den Doppelhaushalt 2015/2016 wurden weitere Stellen angekündigt. Dies ist sicherlich ein erster Schritt.

Wir warten noch auf das Organisationsgutachten, durch das die Straßenbauverwaltung eigentlich nochmals analysiert werden sollte. Es ist seit Langem angekündigt. Wir werden dazu sicherlich auch noch einmal etwas hören.

Begrüßenswert ist die Aufstockung der Sanierungsmittel. Wir warten noch auf das lange angekündigte Brückensanierungsprogramm – es sind 40 Millionen € angekündigt –, das auch dringend notwendig wäre angesichts dessen, dass 200 von 3 150 Brücken in der Baulast des Landes dringend sanierungsbedürftig sind.

Im Hinblick auf die Haushaltssituation und die Mehreinnahmen stellt sich aber schon die Frage, ob es ausreicht, dass man die Mittel für die Sanierung aufstockt. Ich halte es für wichtig, auch für den Neu- und den Ausbau im Landesstraßenbau die Mittel aufzustocken.

Wenn einerseits der Verkehrsminister zu Recht beim Bund einfordert – so hat er es gestern auch gemacht –, auch überjährig und mehrjährig zu finanzieren, dann sollte man, glaube ich, auch mit einem guten Beispiel vorangehen einerseits, was die Gesamtmittel angeht, und zum Zweiten, was die

Infrastrukturfonds mit überjährigen und zweckgebundenen Finanzierungsmodellen angeht.

Unsere Unterstützung haben Sie, Herr Minister Hermann, wenn es um die Nachfolgeregelung für die Entflechtungsmittel geht, wenn es um die Nachfolgeregelungen für das GVFG-Bundesprogramm geht und wenn es um die künftige Struktur der ÖPNV-Finanzierung durch die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel geht. Es liegt in der Verantwortung des Verkehrsministers, dass das vielerorts geschwundene Vertrauen in die Verkehrspolitik des Landes wieder gestärkt wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung geht, sagen alle in diesem Haus: „Wir brauchen mehr Geld für den Erhalt und den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur.“ Was uns jedoch unterscheidet, ist, dass die einen tatsächlich für mehr Mittel kämpfen

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

und sich die anderen in Aktionismus über diese Sache ergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unser Verkehrsminister ist ein großer Meister darin, das zu zelebrieren. Herr Minister, Sie durften neulich der „Schwäbischen Zeitung“ ein fast ganzseitiges Interview geben. Der Kern, den ich aus diesem Interview entnommen habe, war, dass Sie sich gefragt haben, warum Sie hier ein völlig anderes Image hätten als zu Ihrer wohl guten Zeit – wie Sie meinen – in Berlin, im Deutschen Bundestag. Ich kann Ihnen sagen, was der Unterschied ist: Im Bundestag waren Sie von morgens bis abends bloß als Sprüchemacher unterwegs. Hier sind Sie Verkehrsminister und müssen etwas liefern, aber Sie liefern nichts, weder bei der Straße noch bei der Schiene.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie lenken ständig davon ab. Das ist der Grund, warum Sie dort vielleicht nicht aufgefallen sind, aber hier damit auffallen, dass Sie nichts zustande bekommen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Von den 100 Millionen €, die nicht abgerufen wurden, war bereits die Rede. Aber, liebe Kollegen von den Grünen, der Punkt ist: Der BUND jubelt, Baden-Württemberg habe für den Bundesverkehrswegeplan am wenigsten von allen 16 Ländern in Deutschland angemeldet. Was ist die Botschaft, die dabei herüberkommt? Die Botschaft ist, dass die anderen sagen: „Die wollen doch in Baden-Württemberg gar keine Straßen.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege, 11 Milliarden € Projekte!)

(Winfried Mack)

So kommt es zustande, dass Bayern im vergangenen Jahr 1,2 Milliarden € beim Bund abrufen konnte, Baden-Württemberg aber nur 800 Millionen €. 400 Millionen € fehlen, weil hier keine aktive Verkehrspolitik gemacht wird. Der Minister macht vielmehr Zwischenrufe von der Regierungsbank, die ich nicht verstehe. Bei einer Konferenz der IHK Heilbronn-Franken sagte ein Unternehmer zum Minister: „Ich brauche eine gute Straße zu meinem Unternehmen. Dort sind Arbeitsplätze.“ Darauf sagte der Minister: „Junge, du baust in der Pampa. Bau doch endlich einmal woanders.“ „Pampa“ hat er wörtlich gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch zitiert! – Minister Winfried Hermann: Das ist eine schlechte Quelle!)

Das ist die Verkehrspolitik, die in Baden-Württemberg gemacht wird. Wir brauchen mehr Geld für Verkehrsinfrastruktur. Deswegen begrüßen wir von der CDU – die SPD sieht es als unser Koalitionspartner im Bund genauso –, dass der neue Verkehrsminister Dobrindt jetzt eine Pkw-Maut angekündigt hat. Eine Vignette kostet danach 100 € und soll – jedenfalls bei Inländern – mit der Kfz-Steuer verrechnet werden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Belastung der Autofahrer!)

Wir sind auch nicht diejenigen, die unbedingt nach dieser Pkw-Vignette lechzen, aber sagen Sie uns mit Ihrer ganzen politischen Größe doch einmal, Herr Schwarz,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

woher Sie das Geld bekommen wollen, wenn Sie es nicht aus dieser Vignette beziehen wollen. Wollen Sie etwa sagen, wir sollten weniger aus der Ökosteuer hinein in die Rente geben und mehr in die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung? Herr Schwarz, die Wahrheit ist konkret.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Lede Abal?

**Abg. Winfried Mack** CDU: Ja, bitte schön.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Herr Mack, Sie haben gerade die Pläne des Verkehrsministers Dobrindt beschrieben. Ich möchte gern von Ihnen Folgendes wissen: Wenn Sie sagen, dass es eine Maut ist, von der dann ohnehin ein großer Teil wieder befreit wird, wie viel erhoffen Sie sich denn real davon? Was soll bei dieser Maut wirklich an Mitteln hereinkommen? Denn Sie sagen, das sei das große Ziel bzw. Sie hätten den Stein der Weisen für die Finanzierung gefunden. Dass durch ausländische Verkehrsteilnehmer, die in der Bundesrepublik fahren, eine gewisse Summe erwirtschaftet wird, streiten wir gar nicht ab – wenn es dazu käme. Wie groß ist denn dieser Teil tatsächlich, wenn Sie alle inländischen Verkehrsteilnehmer sofort wieder von der Maut ausnehmen?

**Abg. Winfried Mack** CDU: Seien Sie unbesorgt, es wird wesentlich mehr Geld in die Kassen bringen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Also, Sie haben keine Antwort!)

Dieses Geld können wir für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung nutzen. Damit können wir dann mehr Projekte realisieren, z. B. die Bundesstraße bei Ihnen bei Tübingen weiter in Richtung Süden ausbauen. Das müsste auch dringend gemacht werden. Es gibt noch viele andere Projekte.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wie viel Euro?)

Sie müssten auch dafür sein, wenn Sie tatsächlich Straßen bauen wollen. Aber ich habe den Eindruck,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

dass Sie keine Straßen bauen wollen, sondern nur Nebelkerzen werfen – genauso wie Ihr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wie viel?)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich die Ortsdurchfahrten in Baden-Württemberg an. Durch viele davon donnern tausend und mehr Lkws pro Tag. Die Aufgabe der Landesregierung muss sein, für Abhilfe zu sorgen. Ich glaube, es wäre dringend notwendig – damit spreche ich nicht nur den Bereich der Bundesverkehrsstraßen, sondern auch den der Landesstraßen an –, dass wir mit den Kommunen, mit den kommunalen Landesverbänden in den Dialog eintreten und überlegen, wie wir die Situation in Baden-Württemberg deutlich verbessern können, und zwar so, wie es auch die Bayern tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In dieser Hinsicht würde ich mir einmal Impulse versprechen. Aber da ist gar nichts. Es herrscht Stillstand, es passiert null, Herr Minister. Im Bereich der Landesstraßen haben Sie null Komma null neue Akzente gesetzt, obwohl Sie die Handlungsfreiheit hätten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch!)

Unter dem Strich bleibt: Ein Land wie Baden-Württemberg, das ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichnet, ein starkes Exportland und ein starkes Industrieland ist, braucht einen anderen Verkehrsminister, der eine andere Verkehrspolitik macht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war ja nicht einmal Bierzelt!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Raufelder.

**Abg. Wolfgang Raufelder** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was Sie hier geäußert haben, ist schon starker Tobak.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie sich die Sondersitzung der Verkehrsministerkonferenz noch einmal vor Augen führen – das steht übrigens auch in der Antwort der Landesregierung –, erkennen Sie, dass unser Minister aus Baden-Württemberg derjenige war, der sozu-

(Wolfgang Raufelder)

sagen vor den Koalitionsverhandlungen Eckpunkte gesetzt hat. Diese betrafen die Sanierung, den Weiterbau sowie die intelligente Produktion der Straßeninfrastruktur.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der wollte doch gar nicht mitregieren! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das weisen wir entschieden zurück, Herr Mack!)

– Das ist nicht richtig. Es ist im Grunde unser Verkehrsminister gewesen, der deutlich gemacht hat, wie die Verkehrspolitik der Zukunft aussehen muss.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Dass so viele Brücken in der Landschaft stehen, die nicht befahren werden können und schon jetzt verrotten, ist eine Situation, die Sie verursacht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Alles unter der CDU! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Darüber hinaus – das haben wir im Verkehrsausschuss immer wieder herauf- und herunterdekliniert – haben wir es geschafft, ein anderes Mobilitätsdenken in die Köpfe der Menschen zu bekommen. Die Leute vor Ort sehen, dass die Sanierung wichtig ist und man dafür viel mehr Geld bereitstellen muss. Schauen Sie sich die Bundeswasserstraßen an. Sie sagen immer, Sie seien für den Ausbau der Neckarbereiche. Aber wer hat sie denn die ganzen Jahre verrotten lassen?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wer hat das Geld beim Bund abgerufen, damit diese Infrastrukturleistung nicht kaputtgeht?

(Zuruf: Das war Herr Mack! – Heiterkeit)

– Ja, zum Teil. Aber bei einem wichtigen Aspekt, der jetzt ansteht, hat auch der Verkehrsminister eine wichtige Rolle gespielt. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungskonzept, das 2019 ausläuft, hätte nicht weiter im Koalitionsvertrag von Rot und Schwarz gestanden, wenn dieser Verkehrsminister nicht gesagt hätte: „Wir brauchen für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur der Kommunen die GVFG-Mittel.“ Jetzt steht es im Koalitionsvertrag, aber es gibt leider noch keine Handlungsmöglichkeiten, die nach 2019 vorausgesetzt werden.

Wir können immer wieder über alle Infrastrukturmaßnahmen auf großen Flächen diskutieren, aber es geht auch darum, vor Ort in den Kommunen die Infrastruktur auszubauen. Deswegen sind die GVFG-Mittel für die Kommunen ganz wichtig. Hier steht ganz klar die Bundesregierung in der Verantwortung.

Auch bei vielen Schienenbauprojekten, bei denen die Landesregierung Anstöße gibt, bei denen das Land sogar Geld für Maßnahmen gibt, die eigentlich der Bund finanzieren müsste – beispielsweise bei der Rheintalschiene –, müssen wir jetzt darauf drängen, dass gehandelt wird. Denn auch in der Verkehrsministerkonferenz wurde parteiübergreifend deutlich herausgestellt, dass – wie Sie auch immer sagen – mehr Geld in das System muss.

Das Geld muss dann aber auch sinnvoll umgesetzt werden. Dafür haben wir in Baden-Württemberg die richtigen Konzepte, über die wir auch immer wieder diskutiert haben. Ich denke, man sollte jetzt – das wäre auch meine Aufforderung an Sie – mit der Umsetzung dieser Konzepte, die wir zum Teil auch gemeinsam entwickelt haben, weiter vorangehen. Diese sollten jetzt auch finanziell und letztlich zum Wohl von Baden-Württemberg, für die Infrastruktur in Baden-Württemberg umgesetzt werden.

Dazu gehören nicht nur die Straßen. Ich sage es noch einmal: Ein Mobilitätsnetz beginnt vielmehr an der Haustür und endet am Arbeitsplatz bzw. im Urlaubsgebiet. Ein Mobilitätsnetz bezieht sich auch nicht nur auf das Auto, sondern es kann vieles umfassen. Es muss nur stimmig sein. Viele Kommunen haben heute schon Mobilitätszentralen. Daran muss weitergearbeitet werden.

Mich hat eigentlich verwundert, dass Sie bei Ihren Ausführungen zur Großen Anfrage der FDP/DVP-Fraktion, die vom Ministerium sehr gut beantwortet wurde, nicht auf die Bodewig- und die Daehre-Kommission eingegangen sind. Diese haben deutlich gemacht, wo die eigentlichen Probleme liegen. Die Mautdiskussion hat sich nicht nur auf die Vignette bezogen. Es wurde vielmehr auch gefragt, ob für den Schwerlastverkehr höhere Gebühren gelten sollten, weil gerade der Schwerlastverkehr verstärkt zur Abnutzung der Straßen und Brückenkonstruktionen beiträgt.

Über diese Themen haben wir auch im Ausschuss wiederholt diskutiert. Man muss aber auch hier im Plenum einmal deutlich sagen, dass diese Diskussion angeregt ist und wir die Diskussion auch weiterführen müssen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Noch mehr belasten?)

– Es geht nicht darum, noch mehr zu belasten. Sie müssen die Mautsituation so umdrehen, dass die Lastwagen sozusagen mehr herangezogen werden, weil sie auch viel mehr die Brücken und die ganzen Konstruktionen belasten, oder Sie gehen mehr in Richtung einer Verlagerung auf Schienenverkehre oder andere Möglichkeiten.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Herr Zimmermann, ich glaube, es ist immer schwierig, Konzeptionsdiskussionen mit Ihnen zu führen. Wenn Sie sich die Kommissionen, die es in diesem Bereich gibt, einmal anschauen würden, würden Sie feststellen, dass dort gute Konzepte erarbeitet wurden. Übrigens ist auch schon die Konrad-Adenauer-Stiftung sehr viel weiter –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Weiter als die CDU Baden-Württemberg! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

– Weiter als die CDU Baden-Württemberg; richtig, Herr Sckerl. – Deswegen muss an diesen Konzepten weitergearbeitet werden.

Der baden-württembergische Verkehrsminister geht in die richtige Richtung. Er ist nicht – wie Sie vorhin behauptet haben – im Bundestag nicht aufgefallen.

(Wolfgang Raufelder)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat er mit sich selbst verwechselt!)

Er hat dort viele gute, richtige Anregungen gebracht. Bedauerlicherweise ist das bei Ihnen leider nie richtig angekommen. Wir können jedoch nur gemeinsam für die Infrastruktur in Baden-Württemberg weiter werben. Deshalb richte ich noch einmal den Appell an Sie – vorhin habe ich bereits versucht, Sie dazu zu bewegen –, die Konzepte, die gut sind, die unser Verkehrsminister angeregt hat und die unsere Fraktion hier weiter vorantreibt, mitzutragen. Das wäre meines Erachtens der richtige Weg.

Vielen Dank und auf eine gemeinsame Zukunft für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank an die FDP/DVP, dass sie dieses Thema mit einer Großen Anfrage auf die Tagesordnung gesetzt hat. Es ist uns allen wichtig, zu erfahren, welche Impponderabilien damit verbunden sind. Denn die Verkehrsfinanzierung – ich denke, darüber besteht Konsens – ist für den Verkehr in Baden-Württemberg, für den Wohlstand, der hier geschaffen wird, von Bedeutung.

Damit jedoch kein falscher Zungenschlag aufkommt: Das ist nur ein Element für den Wohlstand in diesem Land; es ist nicht das einzige. Das möchte ich einfach betonen. In der Abwägung der Güter für die Wohlstandsentwicklung sind natürlich Bildung, Ausbildung genauso wichtig wie auch Arbeitsethik und das Unternehmertum – speziell in Baden-Württemberg. Daher ist der Verkehr für die Wohlstandsentwicklung durchaus wichtig, er hat jedoch kein Alleinstellungsmerkmal. Ich meine, das ist auch allgemeiner Konsens.

Mit Ihrer Anfrage haben Sie eine ganze Bandbreite von Themen umrissen, auf die wir gar nicht alle im Einzelnen eingehen können. Deswegen möchte ich es bei einigen wenigen Punkten bewenden lassen. Die Kernfrage ist natürlich die Verkehrsfinanzierung. Hierüber haben wir kein Erkenntnisproblem. Wir verschleiern das Erkenntnisproblem jedoch durch eine Vielzahl von Dialogen, Kommissionen usw.

Die Sachlage ist einfach die, dass wir unser Verkehrsnetz – egal, ob Schiene, Radwege oder Straße – verkommen lassen. Alle Parteien haben es bislang nicht geschafft, hierfür entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist die Situation. Da kann man x Konferenzen abhalten und Kommissionen einsetzen, im Grunde gibt es eine ganz einfache Lösung: Man braucht ausreichend Geld. Da brauche ich keine Dialoge mit Kommunen, keine runden Tische, keine Konferenzen und auch keine Weltkonferenzen. Die Lösung ist ganz einfach: Ich kann Verkehr letztendlich immer nur durch Investitionen und mithilfe von Finanzmitteln regeln. Das gilt für die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene, für bessere Straßen usw. Bislang hat noch keine Regierung eine umfassende Antwort dazu gegeben.

Die Große Koalition hat jetzt zwei Maßnahmen ergriffen, die wir, die SPD Baden-Württemberg, für gut befinden. Das be-

zieht sich zum einen auf die generelle Mittelerrhöhung um ca. 1 Milliarde € – auch das ist jedoch nicht ausreichend – und zum anderen auf die Erhöhung der Lkw-Maut.

Die dritte Säule – die Pkw-Maut – unterstützen wir, die SPD Baden-Württemberg, nicht. Nach wie vor halten wir die Einführung der Pkw-Maut für falsch,

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

schon allein deswegen, weil ich – gemäß der Aussage von Herrn Mack – nach dem Verrechnen des Geldes, das ich durch die Pkw-Maut einzunehmen erhoffe, mit der Kfz-Steuer am Ende nicht mehr Geld zur Verfügung habe, sondern dies nur zu einem größeren bürokratischen Aufwand führt. Das ist genau das, was wir, die SPD Baden-Württemberg, nicht wollen. Deshalb sind wir auch weiterhin der Meinung, dass die von Dobrindt avisierte Pkw-Maut keine zielführende Perspektive ist, um mehr Geld für den Verkehr und den Straßenbau zu akquirieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihre Aussage freut alle deutschen Urlauber, wenn sie im Sommer in den Süden fahren!)

Das ist weiterhin unsere verbindliche Aussage.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Razavi?

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Liebend gern, Frau Razavi.  
(Zurufe)

– Man hat so seine Schwächen, Frau Kollegin.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie darf ich das verstehen, Herr Kollege?)

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Ich stelle auch eine ganz liebe Frage. – Dass die SPD gegen die Pkw-Maut ist –

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Die SPD Baden-Württemberg.

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Dass die SPD Baden-Württemberg gegen die Pkw-Maut ist, kann man einmal so stehen lassen. Wir sind auch nicht mit der Maut verheiratet. Wenn die SPD jedoch gegen die Maut ist, dann muss sie auch sagen, woher das Geld, das wir so dringend benötigen, kommen soll. Ich erinnere daran, dass es die rot-grüne Koalition in Berlin war, die Geld aus dem Verkehrsbereich, aus dem, was die Autofahrer zahlen, in die Rente verschoben hat. Die Sündenfälle sind seit dieser Zeit endlos. Das heißt, Herr Haller, es reicht eben nicht, nur gegen die Pkw-Maut zu sein. Sie müssen schon auch Antworten geben, woher das Geld kommen soll. Vielleicht können Sie uns heute dazu ein paar Vorschläge machen.

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Liebe Frau Razavi, Sie haben die Selbstkritik, die ich vorhin geübt habe, offensichtlich überhört. Ich habe klar gesagt, dass es noch keiner Partei gelungen sei, eine ausreichende Finanzierung bereitzustellen.

Das Problem ist, dass die CDU mit ihrer Politik, die wir heftigst kritisieren, etwas suggeriert, heiße Luft produziert, in-

(Hans-Martin Haller)

dem sie für die Maut ist mit der Begründung, diese würde Geld schöpfen. Nochmals: Auf der einen Seite wollen Sie die Pkw-Maut einführen, auf der anderen Seite die Kfz-Steuer absenken, und dabei behaupten Sie, es gäbe mehr Geld. Wenn Sie 500 Millionen € oder 1 Milliarde € – das ist völlig egal – an Pkw-Maut akquirieren, das Aufkommen der Kfz-Steuer, das 7 Milliarden € beträgt, jedoch auf 6 Milliarden € absenken, dann ist kein Cent mehr in der Tasche. Das Gegenteil behaupten Sie jedoch immer wieder. Das Dilemma ist doch, dass Sie die Grundrechenarten nicht beherrschen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben jetzt doch wieder suggeriert, dass die Einführung der Pkw-Maut zu mehr Geld führt. Wir haben dann aber nicht mehr Geld zur Verfügung. Nochmals: Es ist bedauerlich, dass wir dann nicht mehr Geld haben. Wir sind aber noch voller Hoffnung, dass wir weitere Schöpfungsmittel auf tun. Als Verkehrspolitiker müssen wir generell dafür kämpfen, dass uns mehr Geld für den Verkehrsetat zur Verfügung gestellt wird. Das ist der Knackpunkt in dieser Republik.

Nochmals zurück zum Land Baden-Württemberg: Sie kritisieren immer, dass kein Straßenbau, keine Verkehrspolitik betrieben würde. Dies müssen wir heftigst zurückweisen. Hier können wir auf die Zahlen verweisen. Dazu braucht man keine Konzepte, keine Ideologien. Nochmals: Wir haben die Erhaltungsmittel im Straßenbau von einst 50 Millionen € auf inzwischen 125 Millionen € angehoben. Das ist mehr als eine Verdopplung der Mittel für den Erhalt der Straßen.

Wir müssen schauen, ob wir beim Neu- und Ausbau noch mehr Mittel akquirieren. Sie wissen aber selbst, dass dies eine gewisse Auseinandersetzung mit den einzelnen Themensetzungen jeder Koalition erfordert.

Es ließe sich hier lange über viele Aspekte diskutieren. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich jedoch mein Zeitkontingent nicht ganz ausschöpfen. Ich bedanke mich nochmals ganz herzlich für diese Große Anfrage, anhand der wir sehr gut über die Verkehrsthematik diskutieren können, auch deshalb, weil das Ministerium sehr ausführlich und präzise geantwortet hat.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hermann das Wort.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass wir, die Regierung, sehr ausführlich auf diese Große Anfrage geantwortet haben. Wir bedanken uns auch dafür, dass das Thema Infrastrukturfinanzierung damit nochmals hier in den Landtag getragen worden ist. Ich will auch nicht alles wiederholen, was in der schriftlichen Antwort steht, sondern nur noch den einen oder anderen Akzent setzen, der jetzt auch hier noch einmal in die Debatte eingebracht worden ist, und an einigen Stellen auch sagen, wie die Debatte weiter gelaufen ist. Wo stehen wir heute? Es ist ja inzwischen schon einige Zeit vergangen.

Vielleicht noch einmal zu den beiden Kommissionen. Was haben die Kommissionen wirklich gebracht?

Die Daehre-Kommission hat vor allem die Leistung erbracht, dass man bundesweit die Zahlen erhoben hat und sich parteiübergreifend mit Experten verständigt hat, in welchen Bereichen welche Defizite bestehen. Da ist die wichtige Zahl entstanden, dass wir bei Erhalt und Sanierung der gesamten Infrastruktur in Deutschland ein jährliches Defizit von 7,2 Milliarden € haben. Das war die allerwichtigste Grundtatsache, die mit dieser Kommission klargestellt worden ist. Denn bisher war ja völlig beliebig, was die Leute gesagt haben, wo etwas fehlt, wie viel fehlt usw. Wir haben uns zunächst im Bereich „Erhalt und Sanierung“ auf dieses Defizit verständigt und auch deutlich gemacht, dass dort der allergrößte Nachholbedarf besteht.

Zweitens hat die Kommission alle Instrumente einer zusätzlichen, anderen, besseren Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur aufgelistet, sie bewertet, und zwar positiv wie negativ, ohne eine Entscheidung zu fällen. Damit war die Arbeit der Kommission beendet, und sie hatte ihren Auftrag erfüllt.

Deswegen war es zwingend notwendig, eine zweite Kommission, die Bodewig-Kommission, einzurichten, die einen beschränkten Auftrag hatte. Die Verkehrsminister haben gesagt: Jetzt nicht noch weitere Zahlen, weitere Gutachten oder sonst etwas, sondern einen Vorschlag machen, was wie umzusetzen ist.

Man muss sagen: Es war in der Bundesrepublik bis dahin noch nie gelungen, dass sich alle Verkehrsminister – egal, von welchem Land, egal, welcher Couleur – zusammen mit dem Bund auf ein Gesamtkonzept verständigt haben und in einer Sonderkonferenz einstimmig dieses Konzept verabschiedet haben. Ich will schon einmal deutlich machen: Ich habe sehr aktiv daran mitgewirkt, dass das zustande gekommen ist, weil ich weiß, dass eine Grundvoraussetzung für eine gute Politik auf Landesebene ist, dass wir genügend und angemessene Mittel vom Bund bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme nachher noch darauf zurück.

Aber ich will auch deutlich machen: Wir haben nicht nur auf Bundesebene agiert und gefordert, sondern wir haben auch auf Landesebene Konsequenzen gezogen. Im Unterschied zu Ihnen, die Sie jahrelang gesagt haben: „Wir brauchen Straßen, die Straßen müssen saniert werden“, haben wir die Mittel zur Verfügung gestellt und verdoppelt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wo denn?)

Sie reden jedes Mal, bei jeder Debatte entgegen jeder Realität davon, dass wir nichts täten, dass nichts geschehen würde. Das ist wahrheitswidrig. Das ist einfach irre, was Sie da erzählen. Das glaubt Ihnen inzwischen auch niemand mehr, weil die Leute sehen: Wir tun etwas, wir sanieren die Landesstraßen deutlich und sichtbar.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ich will Ihnen nochmals sagen: Sie hatten über mehrere Jahre hinweg nicht einmal reguläre Mittel im Haushalt für Lan-

(Minister Winfried Hermann)

desstraßen, sondern Sie haben die Landesstraßen auf Pump finanziert. Wir zahlen heute noch einen Teil dieser Pumpfinanzierung Jahr für Jahr zurück. Das haben wir komplett geändert. Wir haben für Erhalt und Sanierung jetzt regulär 100 Millionen €, in diesem Jahr sogar 125 Millionen €. Wir werden das stabil halten. Wir planen, dies beim nächsten Doppelhaushalt weiter fortzusetzen plus ein Brückensanierungsprogramm aufzulegen. Das werden wir noch verhandeln. Wir tun das, was Sie immer gefordert, aber nie gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist auch heute wieder angesprochen worden, wir hätten nicht genügend Mittel abgerufen. Herr Haußmann hat gefragt: Was war jetzt da? Was haben wir beim Bund mit den Kreditfinanzierungen angeboten? Ja, wir haben dem Bund angeboten, dass wir eine Rate für den Bau des Engelbergtunnels von 45 Millionen € vorzeitig zurückzahlen wollen, wenn es denn diese Ausgleichsmittel gibt. Das wäre die vorgezogene Rate. Das hat der Bund abgelehnt. Das waren 45 Millionen €. Insofern hat der Bund nirgends und niemandem schriftlich gesagt, wie viele Ausgleichsmittel wem zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt ja die Anfrage im Bundestag: Wie viele Ausgleichsmittel sind in den letzten zehn Jahren in welche Länder geflossen? Da hat der Bund gesagt: „Das können wir nicht sagen.“ Da kann ich nur sagen: Sie wollen es nicht sagen, weil diese Form der Ausgleichsmittel regelmäßig am Ende des Jahres dazu führt, dass die vereinbarten Quoten unter den Ländern komplett verschoben werden, weil dann der Bund den Ländern, die offene Baustellen haben, über Ausgleichsmittel etwas zukommen lässt.

Wir selbst haben über viele Jahre auch davon profitiert, auch im Jahr 2012 und im Jahr davor, also schon unter meiner Verantwortung. Wir haben dabei auch bewusst mitgespielt, weil wir möglichst viele Mittel haben wollen, weil Mittelknappheit da ist. Aber seriös, verlässlich, planbar, transparent ist das nicht.

Deswegen haben wir auch gestern unseren Antrag für den Bundesrat vorgestellt und gesagt: Wir brauchen Planbarkeit, Überjährigkeit, Verlässlichkeit. Damit kann man auch klar sagen, was man zur Verfügung hat. Man kann die Verwaltung entsprechend aufbauen, man kann entsprechend planen und handeln. Das ist seriöse Politik, und das unterscheidet unsere Politik erheblich von dem, was früher geschehen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zum Verkehr gehört schließlich auch der öffentliche Verkehr. Ich muss sagen, eines der wirklich größten Versäumnisse der schwarz-gelben Regierung – also auch der FDP – in der letzten Legislaturperiode war, dass man die dringend notwendige Nachfolgeregelung bei GVFG, Entflechtungsgesetz und Regionalisierungsmitteln hat verstreichen lassen, vier Jahre lang nichts gemacht hat, obwohl es höchste Zeit war, dass man zu einer Regelung kommt. Das ist außerordentlich bedauerlich. Deswegen haben wir heute so eine offene, schwierige Situation vor allem im Bereich des kommunalen Verkehrs, der kommunalen Verkehrsinfrastruktur, des öffentlichen Verkehrs, des öffentlichen Nahverkehrs und des Schienenpersonennahverkehrs.

Ich arbeite, seit ich hier Minister bin – das tat ich auch schon vorher als Bundestagsabgeordneter –, daran, dass wir da eine verlässliche Finanzierung für die Länder und die Kommunen bekommen. Denn eines ist doch klar: Die 2 Milliarden €, die 2019 nach heutiger Planung wegfallen, können nie und nimmer von den Ländern ersetzt werden. Wir brauchen mindestens 2 Milliarden € in den Folgejahren für die kommunale Verkehrsinfrastruktur, und wir brauchen übrigens auch ein Sanierungsprogramm für die kommunale Verkehrsinfrastruktur. Das alte GVFG hat ja die Schwäche, dass es nur Neubaumaßnahmen fördert. In Zukunft wird es aber gerade auch im ÖPNV-Bereich viel mehr auf Erhalt und Sanierung ankommen.

Übrigens haben wir, das Land, auch hier ein klares Zeichen gesetzt. Wir haben unsere Kofinanzierung für die GVFG-Projekte beim Bund sichergestellt, sogar deutlich über das Maß hinaus, das uns prozentual zustehen würde. Auch hier haben wir nicht nur geredet, Herr Mack, sondern gehandelt. Das haben Sie so nicht hingebracht.

Übrigens wollte ich Ihnen einmal sagen: Es ist das Wesen der Opposition und eines Oppositionspolitikers, dass sie bzw. er eben nicht regiert und nur schwätzen kann. Insofern ist es jetzt Ihre tragische Situation, dass Sie als größte Oppositionsfraktion auch die größte Schwätzerfraktion sind,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

weil Sie nämlich nur schwätzen können und nichts besser machen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Finden Sie das nicht ungehörig für ein Regierungsmitglied?)

Von dem, was Sie früher 58 Jahre lang hätten tun können, können Sie jetzt sagen, dass Sie es täten, wenn Sie könnten. Das glaubt Ihnen vielleicht niemand mehr.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist ungehörig für ein Regierungsmitglied! Das gehört sich nicht! Das hat mit Respekt vor dem Parlament nichts zu tun!)

Kommen wir noch zu der Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs und der Regionalisierungsmittel. Das wird Sie interessieren. Die Länder bekommen vom Bund im Moment etwa 7,5 Milliarden € zur Finanzierung des SPNV, Baden-Württemberg, grob gesagt, 760 Millionen €. Diese Mittel sind nicht auskömmlich. Wir müssen bereits über 80 Millionen € aus dem Haushalt zuschießen.

Wir werden in den kommenden Jahren darum kämpfen, dass die Mittel erhöht werden. Heute finden Besprechungen der Länder in Berlin dazu statt, aber offenbar interessiert Sie das nicht, obwohl es wirklich Zufussmittel sind, die entscheidend dafür sind, ob man zukünftig Züge bestellen kann oder abbestellen muss. Denn wenn die Mittel nicht erhöht werden, wenn Baden-Württemberg nicht einen höheren Anteil bekommt, wenn diese Ungerechtigkeit nicht beseitigt wird, dann werden wir in den kommenden Jahren große Schwierigkeiten haben, die Verhältnisse im Schienenpersonennahverkehr so zu verbessern, wie wir das alle wünschen.

Frau Razavi hat angesprochen, dass Mittel etwa der Ökosteuer in die Rente fließen und nicht in die Verkehrsinfrastruktur. Da muss ich Ihnen sagen: Die CDU hat seit 2005 die Mög-

(Minister Winfried Hermann)

lichkeit, dies per Mehrheit im Bundestag zu ändern. Das ist eine gesetzliche Regelung; die kann man ändern. Aber keine Regierungskoalition – übrigens auch nicht die FDP, die laut geschrien hat: „Rasen für die Rente“ – hat das geändert.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denn dann müssten Sie ein Konzept entwickeln, woher Sie die 18 Milliarden € aus der Ökosteuer nehmen, wenn Sie die Rentenbeiträge nicht erhöhen wollen. Das haben auch Sie nicht gemacht.

Insofern muss man einfach sagen. Das ist offensichtlich auch eine Konstruktion, die getragen hat. Deswegen haben wir auch immer gesagt: Wenn wir eine neue Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur brauchen, dann ist eine stabile gesetzliche Grundlage erforderlich,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

die sicherstellt, dass Mehreinnahmen auch dort landen.

Die Bodewig-Kommission hat klare Vorschläge gemacht, wie man finanzieren soll: 2,8 Milliarden € aus Haushaltsmitteln für die Sanierung, 2,3 Milliarden € aus der Lkw-Maut. Wir haben ein Konzept erstellt, wie man das schrittweise umsetzt und ausweitet. Das hätten Sie in der Großen Koalition alles tun können; das ist bisher aber nicht geschehen.

Ich kann nur sagen: Wir auf Landesebene haben unsere Möglichkeiten ausgeschöpft. Ich habe auf Bundesebene alles getan, damit sich dort die Verhältnisse verbessern. Jetzt liegt es an der Großen Koalition, endlich das umzusetzen, was eigentlich Konsens in der Republik ist: eine bessere, eine auskömmliche Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, die vor allem auf der Ausweitung der Lkw-Maut, der Ausweitung auf kleine Lkws und eben auch einer erhöhten Finanzierung aus Haushaltsmitteln basiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich will nur noch auf einige wenige Themen eingehen. Thema Schienenpersonennahverkehr: Das Verkehrsministerium bzw. der Verkehrsminister hat jetzt begonnen, die Angebotskonzeption 2025 vorzustellen. Vor einigen Monaten hieß es noch: Konzeption 2020. Man sieht, wie die Zeit voranschreitet.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!)

Wir sind wirklich gespannt, was aus den hohen Zielen wird, ob das, was die Konzeption 2025 für den Schienenpersonennahverkehr beinhaltet, tatsächlich so umgesetzt werden kann. Wir haben Zweifel, dass dies mit den betreffenden Mitteln möglich ist. Das wird man jetzt sehen.

Fakt ist auf jeden Fall, dass in diesem Bereich ein extremer Zeitverzug besteht. Der große Verkehrsvertrag läuft 2016 aus,

und wir brauchen Übergangsregelungen, weil wir vor 2018 keinen neuen Vertrag hinkriegen. Sie sind im Moment dabei, zu liefern. Bisher ist noch nichts passiert, obwohl Sie immer vorgeben, auf den ÖPNV einen großen Schwerpunkt zu legen.

Ich will noch kurz auf das Thema Straßenfinanzierung eingehen. Wir sind der Meinung: Wenn man an den Bund Forderungen stellt, sollte man mit gutem Beispiel vorangehen. Wir erwarten, dass man bei der nächsten Haushaltsberatung auch auf den Aus- und Neubau der Landesstraßen einen Akzent setzt.

Was die Bundesstraßen angeht, sind wir der Meinung, dass man statt eines extremen Ausbaus der Lkw-Maut das Thema Vignettenlösung noch einmal auf das Tablett bringen sollte – nicht nur für die ausländischen Fahrer. Denn da reden wir vielleicht über 500 Millionen €. Da lohnt der Aufwand sicherlich nicht.

Wir haben für die gesamten Fahrzeuge anhand von Modellen ein Volumen von etwa 5 bis 5,5 Milliarden € berechnet. Wenn Sie das Ganze für alle verlangen, haben wir in extremem Umfang Mittel, die man in einen eigenen Fonds einbringen sollte. Wir von der FDP/DVP-Landtagsfraktion haben diese Vorschläge auch schon vor zwei Jahren gemacht.

Deswegen sind das, glaube ich, Themen, bei denen man nicht nur auf die Lkw-Maut abheben sollte. Aber wir bringen hier auch konstruktive Vorschläge ein, die man in der Diskussion vielleicht noch einmal mit aufgreifen sollte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Mai 2014 – Entwurf einer Verordnung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO) – Drucksachen 15/5183, 15/5270**

**Berichterstatter: Abg. Georg Wacker**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise würde es sich um eine Formsache handeln, wenn wir in diesem Haus über eine Rechtsverordnung zur Neuregelung der Lehrerarbeitszeit beschließen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Eben!)

(Georg Wacker)

– So einfach ist es nun einmal nicht. – Wir hatten allerdings im Bildungsausschuss durchaus einige sehr kritische Fragen erörtert. Diese kritischen Fragen sind es wert, dass wir im Plenum noch einmal darüber diskutieren.

Ich möchte mich nur auf wenige, aber wesentliche Punkte konzentrieren. Das Kultusministerium betont ja immer wieder das Ziel, an der Gemeinschaftsschule auch das gymnasiale Niveau umzusetzen. Zur Umsetzung des gymnasialen Niveaus wiederum sind natürlich auch Gymnasiallehrer vonnöten. Wir haben bei verschiedenen Debatten hier erfahren, dass es für das Kultusministerium außerordentlich schwierig ist, für die einzelnen Fächer an den Gemeinschaftsschulen die entsprechenden Gymnasiallehrer zu organisieren.

Das ist auch vor dem Hintergrund sehr schwierig, dass die regelmäßige Lehrerarbeitszeit der Gymnasiallehrer an den Gymnasien 25 Wochenstunden beträgt, an den Gemeinschaftsschulen allerdings, wenn diese Lehrer hauptsächlich dort unterrichten, 27 Wochenstunden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und jetzt?)

obwohl die Anforderungen aufgrund des Bildungsplans eigentlich die gleichen sind. Herr Drexler, das ist nicht in Ordnung. Hier misst man im Grunde mit zweierlei Maß, und das ist eine Erhöhung der Lehrerarbeitszeit für die Gymnasiallehrer durch die Hintertür. Das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Gleichzeitig betonen Sie, dass der Unterricht an der Gemeinschaftsschule offensichtlich heterogener wird.

Uns liegt eine aktuelle Stellungnahme des Kultusministeriums zu einem Antrag vor, der das Thema „Erhöhung der Arbeitszeit für Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen“ behandelt. Ich darf aus der Stellungnahme des Kultusministeriums zu diesem Antrag zitieren – sie ist sozusagen druckfrisch –:

*Die Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen der Sekundarstufe I unterrichten in leistungsheterogenen Gruppen. Deshalb unterscheiden sich der erforderliche Vor- und Nachbereitungsaufwand der wissenschaftlichen Lehrkräfte für den Unterricht wie auch die sonstigen dienstlichen Verpflichtungen nicht in Abhängigkeit von der Lehramtsausbildung.*

Das ist ein Widerspruch in sich. Ist nun der Unterricht an der Gemeinschaftsschule durch die heterogene Lerngruppe anspruchsvoller oder nicht? Wenn er angeblich anspruchsvoller ist als in einem differenzierten Schulwesen, darf man die Lehrerarbeitszeit doch nicht erhöhen. Hier stimmt also etwas nicht. Insofern ist dieser Punkt mit äußerster Kritik zu bewerten.

Zweitens: Zum Thema „Gesundheits- und Arbeitsschutz“ hatten wir in den letzten Jahren Befunde, wonach ein beachtlicher Anteil der Lehrkräfte die ordentliche Ruhestandsgrenze aufgrund von Dienstunfähigkeit durch gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht erreicht.

Deswegen gab es in der letzten Legislaturperiode einen außerordentlich breiten Konsens zum Thema „Gesundheits- und

Arbeitsschutz“ – nicht nur ressortübergreifend, sondern auch über alle Lehrerverbände hinweg und unter Einbeziehung von Experten. Alle haben gesagt: Die Altersermäßigung für Lehrkräfte ist kein besonderes Privileg, sondern eine wichtige Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Dienst- und der Arbeitsfähigkeit der Lehrkräfte. Durch die Verschiebung – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Deswegen bleibt es ja!)

– Herr Kollege Schmiedel, eine Verschiebung ist eine Kürzung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ach was! Eine Verschiebung ist eine Verschiebung und keine Kürzung!)

Denn die Lehrkräfte partizipieren ja später davon. Es ist eine Kürzung. Diese ist sachlich und fachlich nicht gerechtfertigt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir reden über die Rente mit 67!)

Eine Argumentation der Regierungsfractionen ist nicht aufgegangen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Auch Sie, Herr Kollege Schmiedel – dazu gibt es entsprechende Pressestellungen –, haben immer gesagt, die Verschiebung der Altersermäßigung sei dadurch zu begründen, dass man damit die Einsparung von 1 200 Lehrerdeputaten mitfinanzieren müsse. Aber Sie fordern jetzt, die Einsparauflage von 1 200 Deputaten für 2014 zumindest zu reduzieren. Sagen Sie bitte zu – – Wenn es Ihnen gelingen sollte, diese Einsparauflage zu reduzieren,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

müssen Sie die politische Entscheidung der Verschiebung der Altersermäßigung eigentlich ebenfalls wieder rückgängig machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hängt doch mit dem späteren Pensionseintritt zusammen!)

Das wäre konsequent, aber das tun Sie nicht.

Insofern sagen wir, gerade weil es sich hier um einen sehr breiten Konsens gehandelt hat: Diese Entscheidung war falsch. Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass uns verschiedene Stellungnahmen vorliegen – eine von der Gemeinde Bammental, Frau Kollegin Brunnemer, von wo es einen offenen Brief gibt, der von den Grünen mit unterzeichnet wurde, worin man sich über eine vermehrte Arbeitsbelastung an den Gemeinschaftsschulen beschwert.

Wenn wir zudem die Studie der GEW zur Hand nehmen, die erst vor wenigen Wochen veröffentlicht wurde und in der klar wird, dass der Belastungsfaktor Zeit an unseren Schulen zunimmt und damit die Belastungsfaktoren für die Lehrkräfte insgesamt zunehmen, muss man sagen: Diese Rechtsverordnung ist grundsätzlich gerechtfertigt, aber sie ist nicht zukunftsweisend. Hier liegt noch ein Stück Arbeit vor Ihnen, was im Grunde die konkrete Formulierung der Lehrerarbeitszeit betrifft. Insofern sind diese konkreten Punkte, die ich eben angesprochen habe, sehr kritisch zu bewerten.

(Georg Wacker)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieso haben Sie eigentlich die Arbeitszeit der Gymnasiallehrer von 23 auf 25 Stunden erhöht, wenn Sie jetzt so jammern? Unglaublich!)

– Aufgrund Ihrer Zwischenrufe, Herr Kollege Schmiedel, müssten Sie jetzt die Lehrerarbeitszeit der Gymnasiallehrkräfte auf 23 reduzieren. Aber das tun Sie nicht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eigentor!)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Rechtsverordnung sind nur wenige Neuerungen enthalten. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte hat sich nicht verändert; wir haben keine Erhöhung der Arbeitszeit bei den Lehrkräften vorgenommen. Bei den Gymnasiallehrkräften, die an der Gemeinschaftsschule arbeiten, halte ich es für richtig, dass Lehrerinnen und Lehrer, die an der gleichen Schulart unterrichten, am Ende auch die gleiche Arbeitszeit ableisten. Denn jeder, der an der Gemeinschaftsschule arbeitet, hat die gleiche „Last“, hat den gleichen Arbeitsaufwand, und deshalb kann man nicht davon sprechen, dass Gymnasiallehrkräfte per se eine Arbeitszeiterhöhung haben, sondern es betrifft die Gemeinschaftsschulen. An den beruflichen Schulen ist es ebenfalls so, dass alle Lehrkräfte das gleiche Deputat haben. Gleichzeitig ist es in jeder Schulart so, dass technische Lehrer und Fachlehrer eine andere Arbeitszeit haben als verbeamtete Lehrkräfte.

Wir haben beispielsweise Unterschiede zwischen Grundschulen und Realschulen; dies ist also immer auf die Schulart bezogen und nicht auf eine Lehrkraft. Daher halte ich es für richtig, dass an der Gemeinschaftsschule einheitlich 27 Stunden gelten, und zwar für alle Lehrkräfte, die an der Gemeinschaftsschule arbeiten.

Der zweite Punkt, der die Lehrkräfteverordnung betrifft – das wurde schon angesprochen –, ist das Thema Altersermäßigung. Da gab es schon in den vergangenen Jahren die Diskussion, ob diese abgeschafft wird. Das war zu Zeiten der CDU-geführten Landesregierung ebenfalls schon ein Thema. Das Ergebnis damals war beispielsweise, dass der Beginn der Altersermäßigung von 55 auf 58 Jahre angehoben wurde.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! Wer im Glashaus sitzt!)

Wir haben jetzt eine Verschiebung um zwei Jahre, die sich auch an dem neuen Pensionseintrittsalter orientiert. Das heißt, hier von einer Kürzung zu sprechen ist völlig falsch.

Sie haben wieder einmal mit dem Luftgewehr geschossen, Herr Wacker. Es ist keine Kürzung. Die Lehrkräfte haben die gleiche Bezugszeit bei der Altersermäßigung; sie wird verschoben, sie wird nicht gekürzt. Ich halte es auch für richtig, dass wir die Altersermäßigung aufrechterhalten, dass wir mit einer Verschiebung vorangehen und den Lehrkräften ab dem

60. Lebensjahr ihre Altersermäßigung zugestehen und damit respektieren, dass die Arbeitsbelastung im Alter an den Schulen zunimmt und damit eine verkürzte Lehrerarbeitszeit richtig ist.

Es gibt darüber hinaus aber auch andere Maßnahmen, die für die Lehrkräfte beim Thema Altersbelastung wichtig sein werden. Die Altersermäßigung allein ist nicht das Allheilmittel, das die Lehrkräfte in diesem Zusammenhang schützt. Was daneben wichtig ist, sind Präventionsmaßnahmen,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wie z. B. kleinere Klassen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Klassenteiler senken!)

sind Gesundheitsmaßnahmen, die wir ausgebaut haben. Wichtig ist beispielsweise eine gute Arbeitsplatzsituation an den Schulen, dass Lehrkräfte an den Schulen einen anständigen Arbeitsplatz haben. Dem werden wir mit den neuen Schulbauförderrichtlinien Rechnung tragen, damit Lehrkräfte in der Schule Gelegenheit für Vorbereitungen und Korrekturen haben. So schaffen wir es, dass Lehrkräfte an den Schulen eine bessere Ausstattung haben.

Auch Unterstützungsmaßnahmen wie beispielsweise Schulsozialarbeit – deren Mitfinanzierung von der CDU-Fraktion nach wie vor abgelehnt wird – sind wichtig. Denn auch die Schulsozialarbeit bietet den Lehrkräften eine Unterstützung, um Belastungen im Alter entgegenwirken zu können.

Die grün-rote Landesregierung hat wichtige Akzente gesetzt. Wir versuchen, die Lehrkräfte im Unterricht zu unterstützen, damit es gar nicht erst zum Burn-out und zu einer starken Belastung im Alter kommt. Dass die Altersermäßigung verschoben wird, erklärt sich durch die Verschiebung des Pensionseintrittsalters. Es war daher eine gute Entscheidung, die Altersermäßigung aufrechtzuerhalten.

Dass wir hier noch einmal über die Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte reden, nachdem wir sie im Ausschuss ausführlich debattiert haben, halte ich nicht unbedingt für sinnvoll. Das hätten wir im Ausschuss auch machen können. Ich finde es im Augenblick nicht belastend, aber ich denke, dass wir mit dieser Arbeitszeitverordnung einen guten weiteren Weg gehen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Käppeler.

**Abg. Klaus Käppeler** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Bundesverwaltungsgericht hat anlässlich einer Verwaltungsstreitsache entschieden, dass künftig Regelstundenmaße von verbeamteten Lehrkräften nicht mehr durch eine reine Verwaltungsvorschrift festgelegt werden können, sondern durch Rechtsverordnung geregelt werden müssen. Dies und nichts anderes ist der Grund, warum wir uns heute am Ende des Plenartags mit diesem Thema befassen und auf Wunsch der CDU darüber sprechen. Gestattet sei zu Beginn der Hinweis, dass die CDU in ihrer Regierungszeit hierüber nicht öffentlich diskutieren wollte.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

(Klaus Käppeler)

Die neue Arbeitszeitverordnung schreibt im Wesentlichen die bereits bestehende Verwaltungsvorschrift fort. Demnach werden auch zukünftig Lehrkräfte je nach Einsatzort eine unterschiedlich hohe Unterrichtsverpflichtung haben. Die Unterrichtsverpflichtung an den einzelnen Schularten wurde gegenüber den Vorjahren weder erhöht noch abgesenkt.

Auf zwei Änderungen gegenüber früheren Regelungen möchte ich im Folgenden dennoch kurz eingehen. Mit der Gemeinschaftsschule hat sich eine neue Schulart etabliert, die eine Ergänzung der Arbeitszeitverordnung erforderlich macht. Die nun vorgeschlagene Anpassung findet meine persönliche Unterstützung, denn diese sieht vor, dass Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen unabhängig von ihrer Lehrbefähigung die gleiche Anzahl von Unterrichtsstunden unterrichten. Diese Standardisierung auf eine einheitliche Unterrichtsverpflichtung ist konsequent und stärkt zugleich den Zusammenhalt im Kollegium. Eine doppelte Privilegierung von Gymnasiallehrkräften ist nicht einzusehen. Sie verdienen deutlich mehr Geld als Hauptschullehrer, warum sollten sie dann auch noch weniger arbeiten?

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Damit verbunden ist das klare bildungspolitische Signal, dass Lernprozesse auf unterschiedlichen Lernniveaus in den Klassenstufen 5 bis 10 einen vergleichbaren Aufwand für Lehrkräfte bedeuten.

Bemerkenswert finde ich in diesem Zusammenhang die Haltung der CDU –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schlüssig!)

bemerkenswert! Diese sorgte sich in der Sitzung des Bildungsausschusses um die Attraktivität der Gemeinschaftsschule und empfand die Neuregelung als Wettbewerbsnachteil. Ich nehme diesen Hinweis gern als wichtiges Signal entgegen, dass die CDU endlich von ihrem Mantra abrückt, die grün-rote Regierung würde die Gemeinschaftsschule gegenüber anderen Schularten bevorzugen.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Im Übrigen, Herr Wacker: Das Abstimmungsergebnis der Opposition in ebendieser Ausschusssitzung zum Verordnungsentwurf der Landesregierung über die Arbeitszeit verbeamteter Lehrer erfolgte uneinheitlich mit zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen.

(Zurufe von der SPD: Oi! – Abg. Georg Wacker CDU: Nicht zugestimmt!)

Ich bin gespannt auf die heutige Abstimmung.

Es stellt sich nun die Frage, ob die Neuregelung für die Gemeinschaftsschule tatsächlich ein Wettbewerbsnachteil ist, geht es doch um die Anwerbung – Herr Wacker, Sie haben es angesprochen – von Gymnasiallehrern, die gegenüber den Kollegen am Gymnasium ein um zwei Stunden höheres Deputat erwartet. Die aktuelle Einstellungspraxis zeigt, dass dem nicht so ist. Über zwei Drittel der für das kommende Schuljahr ausgeschriebenen Stellen konnten bereits durch Lehrkräfte mit Gymnasialbefähigung besetzt werden, noch offene Stellen werden bis zum Beginn des kommenden Schuljahrs im Rahmen des Nachrückverfahrens besetzt werden. Die aktuel-

le Bewerberlage zeigt also, dass die Gemeinschaftsschule auch für Gymnasiallehrkräfte hoch attraktiv ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Der zweite Punkt

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

der neuen Arbeitszeitverordnung, der in der Vergangenheit sehr intensiv diskutiert wurde, ist die Neuregelung der Altersermäßigung für Lehrkräfte. Als unmittelbar Betroffener kann ich sagen, dass ich die Neuregelung mittrage. Denn die politische Botschaft ist unmissverständlich: Zum einen bleibt die Altersermäßigung als wichtiges Instrument der Gesundheitsvorsorge für Lehrkräfte erhalten. Ebenfalls gleich bleiben Umfang und stufenweise Erhöhung. Einzig der Beginn der Altersermäßigung wurde um zwei Jahre nach hinten verschoben.

Aus meiner Sicht ist die gewählte Anpassung an das zukünftige Pensionseintrittsalter ein tragfähiger Kompromiss, der das Instrument der Altersermäßigung absichert.

Die SPD-Fraktion wird der Verordnung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg in der vorgelegten Fassung zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist es erfreulich, dass die Verwaltungsvorschrift zur Arbeitszeit der Lehrer nun in den Rang einer Verordnung gehoben wird, die der Zustimmung des Landtags bedarf. Zwar erfolgt diese Rangerhöhung offenbar nicht aus einem demokratischen Impuls heraus, sondern aus rechtlicher Notwendigkeit; aber geschenkt: Uns Liberalen geht es um Ergebnisse.

Doch leider enthält die Verordnung neben grundsätzlich zustimmungsfähigen Teilen im Wesentlichen zwei Punkte, die die Fraktion der FDP/DVP nicht mittragen wird. Zum einen wird die Altersermäßigung für Lehrkräfte in einer problematischen Weise neu geregelt. Wenn den Koalitionspartnern an einer ins System der Pensionsgrenze passenden und somit fairen Neuregelung gelegen wäre, dürften sie nicht die Altersermäßigung in einem Schritt um zwei Jahre verschieben, sondern müssten sie eine jährliche Verschiebung um jeweils einen Monat vorsehen, wie dies bei der Pensionsgrenze praktiziert wird.

Auch ist insgesamt aus unserer Sicht besonders unerfreulich, dass die Koalition in kurzen Zeitabständen immer wieder mit neuen Belastungen für die Lehrer bzw. für das Bildungswesen aufwartet. Nach den Einschnitten bei der Beamtenbesoldung und -versorgung folgten die Kürzungen bei den Entlastungskontingenten und nun die Verschiebung der Altersermäßigung mit Abschaffung der früheren Zuruhesetzung. Man fragt sich: Was kommt als Nächstes?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

(Dr. Timm Kern)

Die Fraktion der FDP/DVP hält es für dringend geboten, zu einer Politik zurückzukehren, die gemeinsam mit den Lehrern an Lösungen für annehmbare Arbeitsbedingungen arbeitet. Vom weiteren Ausbau der Gesundheitsprävention, von einer Verbesserung der Voraussetzungen für die Erhöhung des realen Pensionierungszeitpunkts sowie von einem Werben für freiwillige Weiterbildung über den amtlichen Pensionierungszeitpunkt hinaus versprechen wir Liberalen uns deutlich mehr Einspareffekte als von fortlaufenden Einzelmaßnahmen zu lasten der Lehrer.

Die Arbeitszeitverordnung wäre auch Ihre Chance gewesen, eine offensichtliche Ungerechtigkeit bei den Deputaten der Fachlehrer zu beseitigen. Während Fachlehrkräfte und technische Lehrkräfte im Regelfall ein Deputat von 28 bzw. – je nach Fachrichtung – 27 Stunden haben, müssen ihre Kolleginnen und Kollegen an den Sonderschulen 31 Stunden pro Woche unterrichten. Auf eine Anfrage von unserem Fraktionsvorsitzenden und mir antwortete das Kultusministerium, technische Lehrer und Fachlehrer seien viel im pflegerischen Bereich, das heißt, nicht hauptsächlich im Unterricht eingesetzt, woraus ein geringerer Vor- und Nachbereitungsaufwand resultiere.

Das ist eine Einschätzung, die die GEW in einem Brief so nicht stehen lassen wollte – Zitat –:

*Die Arbeit der Fach- und technischen Lehrkräfte zeigt sich heute ganz anders. Sowohl in der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums vom August 2008 – Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf und Behinderungen – als auch im Bildungsplan der Schule für geistig Behinderte von 2009 wird nicht mehr zwischen Fachlehrkräften und Sonderschullehrkräften unterschieden. Alle Aufgaben, die die Lehrkräfte an diesen Schulen übernehmen, sind Unterricht. Die pflegerischen Aufgaben werden von allen Lehrkräften dieser Schulen übernommen.*

Wie steht es im entsprechenden Bildungsplan?

*Im Hinblick auf das ganzheitliche Erleben der Kinder und Jugendlichen ist der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule mit diesen Behandlungs-, pflegerischen und therapeutischen Aufgaben eng verwoben.*

Vermutlich ist die Gleichbehandlung der Sonderschulfachlehrer wie so vieles andere auch schlicht eine Frage der Prioritäten im Umgang mit grundsätzlich begrenzten Ressourcen. Aber gerade die Finanzsituation ist für den Bildungsbereich so günstig wie schon lange nicht mehr. Das Land erhält in diesem Jahr 3 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen, der Bund schüttet in erheblichem Umfang zusätzliches Geld für Bildung an die Länder aus, und durch die sinkenden Schülerzahlen werden Kapazitäten frei, die genutzt werden könnten. Für die Privilegierung der sehr teuren Gemeinschaftsschulen haben Sie ja auch Geld. Während die Gemeinschaftsschule als einzige Schulart einen pauschalen Zuschlag für Inklusion erhält, obwohl die Landesregierung bis heute kein Inklusionskonzept vorgelegt hat, ist für das Schließen einer Gerechtigkeitslücke im Sonderschulbereich kein Geld übrig.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das wirft auch kein gutes Licht auf Ihre angekündigten Bemühungen um mehr Wahlmöglichkeiten durch Inklusionsan-

gebote; denn diese sollen ja die Angebote der Sonderschulen ergänzen und nicht ersetzen.

Abgesehen von diesen beiden Punkten, die uns an der Zustimmung hindern, bedauern wir, dass eine Frage in der Arbeitszeitverordnung offensichtlich keine Rolle gespielt hat, nämlich die Frage, ob jedes Detail zentral geregelt werden muss oder besser der Entscheidung der einzelnen Schule überlassen werden sollte. Dazu hätte es aber vermutlich der Mitarbeit von Liberalen bedurft – die leider wieder einmal nicht angefragt wurden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Stoch.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich hoffe, dass die Mannschaften, die jetzt vor zwei Minuten auf das Fußballfeld gegangen sind, mehr Applaus ernten als Kollege Kern gerade.

(Unruhe)

Das hoffe ich sehr, Herr Kollege Kern.

Da ich auch für den Sport Verantwortung trage, werde ich versuchen, in aller Kürze auf die entsprechenden Ausführungen der Kollegen zu reagieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Was halten Sie von Fair Play?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren – noch steht es 0 : 0 –, Herr Kollege Käppeler hat zu Recht darauf hingewiesen: Auslöser und Grund dafür, dass wir heute über eine Rechtsverordnung sprechen, ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Das ist letztlich auch Anlass gewesen, weil wir andernfalls bereits zum neuen Schuljahr in einen rechtlosen Zustand verfallen würden. Deswegen müssen wir diese Regelungen jetzt treffen, und deswegen ist es auch richtig, diese Regelungen in der notwendigen Eile zu treffen.

Wir haben bereits im Ausschuss darüber gesprochen – auch Herr Kollege Wacker hatte diese Frage aufgeworfen –: Natürlich gibt es gerade, wenn es um die Lehrerarbeitszeit geht, bereits seit Jahren Diskussionsbedarf. Denn natürlich werden immer wieder Fragen gestellt, die auch die Systemgerechtigkeit betreffen: zwischen den verschiedenen Schularten, zwischen den Kolleginnen und Kollegen, die verschiedene Lehramtsstudiengänge absolvieren, zum einen, was ihre Lehrerarbeitszeit angeht, und natürlich zum anderen, was ihre Besoldung angeht. Wir werden uns alle in den nächsten Jahren dieses Themas annehmen müssen. Ich lade dazu ein, dass wir gemeinsam konstruktiv auf die Veränderungen an der Schule eingehen. Auch wenn es um Themen wie den Ausbau des Ganztagsangebots geht, müssen wir, glaube ich, im Hinblick auf die Lehrerarbeitszeit neu denken, und zwar gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Lehrerschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte kurz auf zwei Punkte eingehen, die auch von Ihnen angesprochen wurden: zum einen die einheit-

(Minister Andreas Stoch)

liche Regelung des Deputats an Gemeinschaftsschulen und zum anderen die Neuregelung bei der Altersermäßigung.

Bei der Gemeinschaftsschule werden wir zukünftig mit einer Wochenstundenzahl von 27 arbeiten, und zwar für alle Lehrkräfte. Wir halten das in Abwägung aller Gesichtspunkte für einen gerechten Ausgleich, und wir gehen auch davon aus, dass sich die Kolleginnen und Kollegen aller Lehramtsstudiengänge, auch Gymnasiallehrer, bewusst für die Gemeinschaftsschule entscheiden. Auch bei der bisherigen Einstellung ist dies so gewesen. Die Lehrer haben sich bewusst dafür entschieden, und wir haben auch die entsprechenden Rückmeldungen, dass sie bereit sind, diese Wochenstundenzahl zu erfüllen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir werden auch in Zukunft sehr genau hinschauen, wenn es um die Frage der Lehrerarbeitszeit geht.

Ich bitte Sie nur um eines – da gehört auch ein gewisses Erinnerungsvermögen dazu –: Wenn, wie durch Sie, die Lehrerarbeitszeit z. B. im Gymnasialbereich für alle Lehrerinnen und Lehrer von 23 auf 25 Wochenstunden angehoben wurde,

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

dann sage ich Ihnen: Für diese Landesregierung wäre es wahrscheinlich, was die Ressourcenseite angeht, einer der effektivsten Schritte, die Lehrerarbeitszeit insgesamt anzuheben.

Wir haben das bewusst nicht getan. Deswegen ist es auch ein Stück weit heuchlerisch, wenn von Ihnen die Verschiebung der Altersermäßigung als eine unzumutbare Verschlechterung kritisiert wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns allen ist bewusst, dass wir auch im Bildungsbereich – ich verweise auf 87 % Personalkostenanteil – zur Haushaltskonsolidierung beitragen müssen. Sie selbst sind immer wieder dabei zu fordern, die Schuldenbremse noch schneller einzuhalten. Wenn es konkret wird, wird das Ganze sehr flüchtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir halten die Verschiebung der Altersermäßigung für einen zumutbaren Schritt. Denn die Lebensarbeitszeit – das wissen wir alle, Thema „Rente mit 67“ – wird in den nächsten Jahren verlängert. Ich halte es auch für ein Gebot der Gerechtigkeit, hier eine Vergleichbarkeit herzustellen.

Auch trifft nicht zu, dass wir, was die gesundheitliche Belastung der Lehrkräfte angeht, unverantwortlich handeln. Herr Kollege Wacker, ich darf Sie insoweit korrigieren, als in den letzten Jahren ein signifikanter Rückgang der Zahl der gesundheitlich begründeten vorzeitigen Pensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern festzustellen ist.

(Abg. Georg Wacker CDU: Abschlüge! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja zum Einschlafen! Das weiß doch jeder! – Glocke der Präsidentin)

Herr Kollege Wacker, die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Es geht hier nicht allein um die Altersermäßigung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schaffen Sie sie ab! Mal sehen, was passiert!)

wenn es um den Gesundheitsschutz geht, sondern um ein umfassendes Konzept, um dafür zu sorgen, dass die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen früher Hilfe bekommen, wenn sie Anzeichen von Überlastung zeigen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt in dieser Form nicht, was Sie da sagen!)

Wir müssen ein Konzept erstellen, mit dem die Lehrerinnen und Lehrer ihren Beruf möglichst in voller Leistungsfähigkeit ausüben können.

Ich glaube, dass es ein richtiger Schritt ist – Frau Kollegin Boser hat es entsprechend ausgeführt –, jetzt die Lehrerarbeitszeitverordnung in Form einer Rechtsverordnung in dieser Weise zu erlassen. Wir werden aber zum Thema „Arbeitszeit der Lehrkräfte“ auch in den nächsten Jahren noch intensive Verhandlungen führen müssen. Wir werden auch im Hinblick auf die Veränderungen in unserer Schullandschaft in Verantwortung für die Lehrkräfte in diesem Land die richtigen Lösungen finden.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bei einem Spielstand von 1 : 1 zwischen Argentinien und Nigeria kommen wir zur Abstimmung

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir lehnen sowieso ab!)

über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 15/5270. Der Bildungsausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/5183, zustimmend Kenntnis zu nehmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt, und wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung gelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 26. Juni 2014, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:08 Uhr**

## Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

### Umbesetzung im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	stellvertretendes Mitglied	Schneidewind- Hartnagel	Boser

25. 06. 2014

Edith Sitzmann und Fraktion